

Jahrgang 37 • Heft 4 • 2008

Soziologie

Aus dem Inhalt

- Holger Lengfeld:
Sociology goes public
- Berthold Oelze:
Soziologen als Unternehmensberater?
- Friedhelm Neidhardt:
Das Forschungsrating des Wissenschaftsrats
- Nina Baur, Richard Münch und Maurizio Bach:
E-Mail-Debatte: Zukunft der Promotion

DGS DEUTSCHE
GESELLSCHAFT
FÜR SOZIOLOGIE

campus

SOZIOLOGIE

FORUM

DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE

Heft 4 • 2008

Herausgeber im Auftrag von Konzil und Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:
Prof. Dr. Georg Vobruba (verantwortlich im Sinne des Presserechts).

Redaktion: PD Dr. Sylke Nissen und Thilo Fehmel, M.A., Universität Leipzig,
Institut für Soziologie, Beethovenstraße 15, 04107 Leipzig,
E-Mail: soz-red@sozio.uni-leipzig.de, Tel.: 03 41/97 35-648 (Redaktion)
oder -641 (G. Vobruba), Fax: 03 41/97 35-669.

Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Hans-Georg Soeffner, E-Mail: Hans-Georg.Soeffner@kwi-nrw.de.

Vorstands- und Vorsitzarbeit: Dipl.-Soz. Dana Giesecke,
Kulturwissenschaftliches Institut NRW, Goethestraße 31, 45128 Essen,
E-Mail: Dana.Giesecke@kwi-nrw.de, Tel.: 02 01/72 04-208, Fax 0201/72 04-111.

Schatzmeisterin: Prof. Dr. Beate Kraus, Technische Universität Darmstadt,
Institut für Soziologie, FB 2, Residenzschloss, 64283 Darmstadt,
E-Mail: Kraus@ifs.tu-darmstadt.de, Tel.: 0 61 51/16 34 67, Fax: 0 61 51/16 60 75.

Aufnahmeanträge auf der Homepage der DGS: www.soziologie.de

Soziologie erscheint viermal im Jahr jeweils zu Beginn eines Quartals. Redaktionsschluss ist jeweils sechs Wochen vorher. Für Mitglieder der DGS ist der Bezug der Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Beiträge in der *Soziologie* werden erfasst in CSA Sociological Abstracts (San Diego) und SOLIS (Bonn).

Campus Verlag, Kurfürstenstraße 49, 60486 Frankfurt am Main,
www.campus.de

Geschäftsführer: Thomas Carl Schwoerer

Programmleitung Wissenschaft: Dr. Judith Wilke-Primavesi

Abonnenen- und Anzeigenbetreuung:

Beate Hildebrand, 0 69/97 65 16-812, b.hildebrand@campus.de

Bezugsmöglichkeiten 2008 für Nichtmitglieder der DGS:

Jährlich erscheinen vier Hefte. Jahresabonnement privat (print + online) 70 €;

Jahresabonnement Bibliotheken/Institutionen 110 €;

Jahresabonnement Studenten/Emeriti (print + online) 30 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Alle Preise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Kündigungen des Abonnements müssen spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums schriftlich mit Nennung der Kundennummer erfolgen.

© Campus Verlag, Frankfurt 2008

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-Rom und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Druck: Druck Partner Rübelmann, Hemsbach

ISSN 0340-918X

Inhalt

Editorial387

Soziologie in der Öffentlichkeit

Holger Lengfeld

Sociology goes public.

Über Laienöffentlichkeit, Bürgeruniversität und
eine Stiftungsprofessur für Soziologie389

Berthold Oelze

Soziologen als Unternehmensberater? Chancen einer
offensiven Vermarktung soziologischer Kompetenz407

Identität und Interdisziplinarität

Friedhelm Neidhardt

Das Forschungsrating des Wissenschaftsrats.
Einige Erfahrungen und Befunde421

Lehren und Lernen

Nina Baur, Richard Münch und Maurizio Bach

E-Mail-Debatte: Zukunft der Promotion433

DGS-Nachrichten

Veränderungen in der Mitgliedschaft446

Berichte aus den Sektionen und Arbeitsgruppen

<i>Sektion</i> Soziologische Theorie	451
<i>Sektion</i> Wissenschafts- und Technikforschung	454
<i>Sektion</i> Wissenssoziologie	459
<i>Arbeitsgemeinschaft</i> Architektursoziologie	462

Nachrichten aus der Soziologie

Call for Papers	471
Von der Klasse zum Cluster: Zum Verhältnis von Medien, Messungen und Sozialität; Agricultural Biotechnology: Economic, Social and Legal Aspects; Präsenz und Entzug der Bilder: Herausforderungen sozial- und kulturwissenschaftlichen Bildverstehens; Prozessierung neuen Wissens: Umgangsformen und Aneignungsweisen von Bio- und Reproduktionstechnologien; Prosumer Revisited: Zur Aktualität der Prosumer-Debatte; Neue Herausforderungen und innovative Lösungsansätze für Gesundheitssysteme; Die Ökonomie des Konsums – der Konsum in der Ökonomie; Housing Assets, Housing People	
Tagungen	486
Free Inquiry at Risk: Universities in Dangerous Times; Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Vermachtung; Körper und Organisation; Youth and Youth Sociology in Europe; »Missbrauch« in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft: Realitäten, Fiktionen und gesellschaftliche Antworten; »Körperwissen«	
Autorinnen und Autoren	497
Abstracts	498

Eine neue Sau,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

wird durchs Dorf getrieben. Ihr Name ist: Konzeptzursystematischenverbesserungderhochschullehre.

Nicht, dass ich etwas dagegen hätte, wenn die eine oder andere Lehrveranstaltung spannender wäre. Was mich skeptisch macht, ist der Zeitpunkt, zu dem diese Idee auf die öffentliche Tagesordnung gebracht wird. Wie ist die Lage?

Mit der Umstellung auf BA/MA waren zahlreiche Versprechen verbunden. Eine zentrale Erwartung war, dass die Teilnehmerzahlen in den Veranstaltungen kleiner und die Lehr- und Lernsituation dadurch besser würde. Bei gleich bleibenden Studierendenzahlen und gleich bleibenden Lehrkapazitäten ist das natürlich unmöglich. Das war allen, welche die Rechenoperation Dividieren beherrschen, von vornherein klar. Innerhalb der Universitäten gab man sich diesbezüglich – soweit ich sehen kann – kaum Illusionen hin. Aber in der Hochschulpolitik hielt sich die Erwartung erstaunlich lange. Jetzt lichtet sich der Nebel, und auch dort wird bemerkt, dass bei gleich bleibenden Studierendenzahlen und Lehrkapazitäten einfach keine kleineren Seminare herauskommen können – egal, ob man das Ganze »Grundstudium« oder »BA« nennt.

Und genau in dieser Konstellation scheint sich ein sehr typisches Politikmuster abzuzeichnen: Man reagiert auf quantitative Probleme mit qualitativen Maßnahmen. Aus der Perspektive politischer Akteure hat dies erst mal zwei Vorteile. Erstens, man tut überhaupt etwas. Zweitens, es kostet nicht viel (ganz im Gegensatz zur längst überfälligen Aufstockung des Lehrpersonals). Aus der Perspektive der Universitäten bleibt freilich der entscheidende Nachteil: Es kann nicht funktionieren; die beste Hochschuldidaktik macht aus einem Seminar mit 120 Leuten keine Veranstaltung mit Diskussionscharakter. Hat man aber erst einmal das Mengenproblem erfolgreich verdrängt und mit Qualifikationsmaßnahmen die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Lehrenden gelenkt, so hat man gleich die Schuldigen dafür, dass die Bemühungen um mehr Qualität nur schief gehen konnten. Die Lehrenden.

Wie gesagt, die Verbesserung hochschuldidaktischer Fähigkeiten ist keine schlechte Idee. Aber der Zeitpunkt, zu dem sie lanciert wird, macht sie suspekt.

And now for something completely different.

Wie müsste eine Universitätsverwaltung organisiert sein, damit sich ihre Mitglieder über Erfolge des akademischen Teils der Universitäten freuen könnten? Die Frage unterstellt, dass dies zur Zeit nicht so ist. Ja, das ist tatsächlich so, und ich möchte es noch präzisieren: Wenn sich Mitglieder einer Universitätsverwaltung über Erfolge ihrer Kolleginnen und Kollegen in Forschung und Lehre freuen und sie nach Kräften unterstützen, so tun sie das, einfach weil sie nett sind. »Nett« bedeutet hier: Bereit sein, jenseits der institutionellen Anreizstrukturen, welche die Uni ihnen bietet, zu agieren. Denn: Welche Konsequenzen haben akademische Erfolge für die Universitätsverwaltung?

Wissenschaftliche Publikationserfolge? Sind verwaltungstechnisch weitestgehend unproblematisch. Beliebte Lehrveranstaltungen machen Mühe, wenn damit Bitten um große Veranstaltungsräume verbunden sind – woher soll die zuständige Sachbearbeiterin die nehmen? Teilnahme an internationalen Konferenzen? Zusatzerbeit durch nicht den Anforderungen des Rechnungshofs entsprechend ausgefüllte Reisekostenabrechnungen. Organisation von Konferenzen? Führen zu unüblichen Öffnungszeiten einzelner Gebäude. Neue Drittmittel?! Eine personalrechtliche, raummäßige und buchhaltungstechnische Zumutung für Universitätsverwaltungen, die (in der Regel) ohnehin schon an ihren Kapazitätsgrenzen arbeiten.

Was auch immer akademischer Erfolg genau sein mag – Universitäten können keine anderen als akademische Erfolge haben. Die meisten akademischen Erfolge sind nur unter Mitwirkung der Universitätsverwaltung zu erzielen. Aber die Verwaltungen sind an akademischen Erfolgen weder materiell noch symbolisch beteiligt. Ein Problem, dessen institutionelle Lösung so schwierig ist, dass man wohl bis auf weiteres auf nette Menschen in den Universitätsverwaltungen angewiesen sein wird. Gut, dass es die gibt.

Ihr

Georg Vobruba

Sociology Goes Public

Über Laienöffentlichkeit, Bürgeruniversität
und eine Stiftungsprofessur für Soziologie

Holger Lengfeld

»We have spent a century building professional knowledge, translating common sense into science, so that now, we are more than ready to embark on a systematic back-translation, taking knowledge back to those from whom it came, making public issues out of private troubles, and thus regenerating sociology's moral fiber. Herein lies the promise and challenge of public sociology, the complement and not the negation of professional sociology.« (Burawoy 2005: 348)

Der vorliegende Beitrag handelt von der Vermittlung soziologischer Forschungsergebnisse in die Öffentlichkeit hinein.¹ Dabei greife ich Michael Burawoys wortmächtige Forderung auf, nach der die Soziologie als eine Institution der öffentlichen (»public«) Aufklärung über die Struktur und Dynamik der Gegenwartsgesellschaft revitalisiert werden sollte. Doch anders als Burawoy, der in einer Reihe von Beiträgen der grundlegenden Frage nach den Ursachen der diagnostizierten Marginalisierung einer »Public Sociology« und ihrer Beziehung zu den anderen Formen soziologischen Arbeitens nachgeht, setze ich im Abstraktionsgrad einige Ebenen tiefer an. Ich komme auf die praktische Seite der öffentlichen Wissenschaftsvermittlung zu sprechen, die ich als Erfahrungs- und Praxisbericht

¹ Für die Bereitstellung von Hintergrundinformationen bedanke ich mich bei Heinz Abels und Hubert Groten. Jochen Hirschle, Tuuli-Marja Kleiner und Uwe Schimank danke ich für hilfreiche Kritik an einer früheren Fassung dieses Beitrags.

fasse. Dazu beginne ich mit einer Klärung darüber, wen die Soziologie im Auge hat, wenn sie die Öffentlichkeit als Adressat ihres Wirkens anpeilt.

In ausdifferenzierten Gesellschaften tritt Öffentlichkeit in der Regel nicht im Singular, als umfassende Öffentlichkeit, sondern in Teilöffentlichkeiten auf. Diese Teilöffentlichkeiten richten unterschiedliche Erwartungen an die Wissenschaft. Grob gesprochen kann man vier Typen unterscheiden: (1) die Ausbildungsöffentlichkeit, vor allem Studierende; (2) die Fachöffentlichkeit, also Kolleginnen und Kollegen; (3) gesellschaftliche Funktionsträger in Wirtschaft, Politik, Verbänden, Schulen usw.; und (4) das Laienpublikum. Mit den Teilöffentlichkeiten variieren die Wege der Wissensvermittlung. Für die Ausbildungsöffentlichkeit werden Vorlesungen und Seminare abgehalten und Lehrbücher verfasst. Die Fachöffentlichkeit wird über Fachpublikationen und Tagungen erreicht. Gesellschaftliche Funktionsträger werden über Expertisen, mit Vorträgen oder via Teilnahme an gemeinsamen Kommissionen beraten. Wie aber erreicht man das Laienpublikum mit seinem oftmals diffusen Bedürfnis nach Orientierungswissen?

Für viele Wissenschaften, etwa die Naturwissenschaften oder die Humanmedizin, übernehmen dieses Geschäft vor allem die Wissenschaftsjournalisten der Massenmedien. Dieser Zugang ist für Geistes- und Sozialwissenschaftler aus bekannten Gründen ungleich schwieriger. Wollen sie ein breites Publikum erreichen, so sind sie in der Regel auf die persönliche Präsenz in den Massenmedien angewiesen. Doch dies ist ein recht mühseliges und mit häufigem Scheitern verbundenes Unterfangen. Zwar kann man (Qualitäts-)Zeitungen jederzeit Artikel anbieten. Doch haben die abgehandelten Themen keinen Bezug zur tagesaktuellen Entwicklung oder besitzt die anbietende Wissenschaftlerin keinen lockeren Schreibstil, so ist die Chance auf Annahme gering. Radio- wie TV-Auftritte sind ohnehin kaum steuerbar, da diese Medien ihre Protagonisten selbst rekrutieren und dabei auf bereits medienpräzente Wissenschaftler zurückgreifen. Und da von Radio- und TV-Journalisten zumeist Statements zu tagesaktuellen (gesellschafts-)politischen Themen erbeten werden, eignen sich diese Medien kaum zur gesteuerten Vermittlung von Fachwissen durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Was dann noch bleibt, sind die unendlichen Weiten der Internet-Onlinepublikation, die Verteilung von Broschüren in der Fußgängerzone oder »Speakers' Corner« im Hyde Park.

Im Folgenden möchte ich einen alternativen Weg der Vermittlung von (in diesem Fall vorwiegend) soziologischem Wissen an die Laienöffentlichkeit jenseits der Massenmedien vorstellen. Es geht um das Konzept der

»Bürgeruniversität«. Bürgeruniversität ist ein Sammelbegriff für öffentliche Veranstaltungen, in denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Grundfragen und bzw. oder Anwendungsbezüge ihrer jeweiligen Disziplin einem breiten, fachlich nicht vorgebildeten Publikum vorstellen. Dies kann über einen längeren Zeitraum geschehen, zum Beispiel durch regelmäßige öffentliche Vorlesungen, oder in Form eines einmaligen Events, etwa als »Lange Nacht der Wissenschaften« oder als »Tag der offenen Tür«. Das Konzept der Bürgeruniversität mit seinen verschiedenen Spielarten ist dabei keine neue Erfindung. Es wird von vielen Universitäten seit Jahren als Teil ihrer Öffentlichkeitsarbeit zur öffentlich sichtbaren Legitimation ihrer selbst genutzt. Im Unterschied zu dieser vorwiegend Top-Down-gesteuerten Konzeption möchte ich ein Praxisbeispiel beschreiben, das nicht vom Hochschulmarketing oder der Uni-Presseabteilung entworfen wurde, sondern das in gewisser Weise aus einem glücklichen Zusammentreffen von Wissenschaft und Öffentlichkeit entstanden ist. Das Praxisbeispiel ist die Veranstaltungsreihe »Die Zukunft der Gesellschaft – Coesfelder BürgerUniversität«, die federführend vom Institut für Soziologie der FernUniversität in Hagen in der nordrhein-westfälischen Stadt Coesfeld seit Anfang des Jahres 2007 durchgeführt wird.

Dass eine Disziplin wie die Soziologie mit erheblichem Ressourceneinsatz Wissenschaftsvermittlung an Laien betreibt, ist nicht zuletzt wegen der Zunahme an Verpflichtungen für Hochschullehrer in den letzten Jahren in Lehre (Bologna-Prozess) und Forschung (Dauer-Evaluationen, Drittmittelkonkurrenz) eher unwahrscheinlich. Daher stellt sich die Frage, unter welchen strukturellen Bedingungen die oben genannte »Coesfelder BürgerUniversität« als direkte Form der Wissenschaftsvermittlung etabliert werden konnte. Diese Bedingungen sind durchaus besondere: Organisatorischer Kern der »Coesfelder BürgerUniversität« ist die (unseren Recherchen nach) derzeit einzige aus privaten Mitteln finanzierte Stiftungsprofessur für Soziologie an einer deutschen Universität. Diese »Ernsting's family-Stiftungsprofessur für Soziologische Gegenwartsdiagnosen«, die der Autor derzeit inne hat, wurde von einem westfälischen Unternehmen im Jahr 2006 gestiftet – und zwar explizit mit dem Ziel, soziologische Aufklärung des Laienpublikums in Gestalt von öffentlichen Veranstaltungen zu betreiben. Wie es zu dieser Professur kam, lege ich im ersten Abschnitt dar. Im zweiten Abschnitt stelle ich die Zielsetzung der »Coesfelder BürgerUniversität«, ihr Format und ihre Themen vor. Im dritten Abschnitt zeige ich auf, welcher Ressourceneinsatz mit diesem Veranstaltungsformat

verbunden ist, und im vierten Abschnitt gehe ich auf die Akzeptanz und das Ausmaß der Nutzung unserer Angebote durch die angesprochene Öffentlichkeit sowie auf nicht-intendierte Folgen ein.

Alles in allem ist es jedoch nicht das Ziel dieses Beitrags, eine pädagogisch-didaktische Handlungsanleitung zu formulieren. Meine Absicht ist vielmehr, das eigene, didaktisch durchaus laienhafte Handeln im Sinne eines Erfahrungsberichts darzulegen, die Kontexte dieses Handelns aufzuzeigen und, soweit möglich, beides (selbst-)kritisch zu reflektieren. Dass sich aus diesen Beobachtungen Anregungen für Dritte ergeben können, ist durchaus erwünscht.

1. Der Kontext: Eine Stiftungsprofessur für Soziologische Gegenwartsdiagnosen

Die direkte, unvermittelte Aufklärung der Laienöffentlichkeit über gesellschaftliche Entwicklungsdynamiken ist ein Stiefkind der soziologischen Profession. Dafür gibt es mindestens zwei Gründe. Erstens zählt dieser Vermittlungstyp nicht zum Kanon der kodifizierten Dienstaufgaben von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Nachdem feste Deputatsregelungen und ein erwartetes Mindestmaß an Beteiligung in Studienorganisation und Selbstverwaltung das individuelle Zeitkontingent der Hochschullehrer und des Mittelbaus belastet haben, bleibt der Rest der verfügbaren Zeit für die Forschung übrig. Die Zeit, die für Wissenschaftsvermittlung aufzubringen ist, kann daher nur vom Forschungszeitbudget abgezweigt werden.

Zweitens bringt Laienbeschulung keinen oder nur einen sehr geringen Reputationsgewinn innerhalb des Wissenschaftssystems. Glaubt man manchem älteren Kollegen, so galt es noch in den 1980er Jahren an vielen deutschen Universitäten als anrühlich, Zeitungsartikel (mit analytischem, nicht politischem Inhalt) zu verfassen. Tat man es doch, so musste der betroffene Kollege mit Ansehensverlust rechnen. Auch wenn sich in dieser Hinsicht die Zeiten sicher geändert haben, so ist doch zu konstatieren, dass direkte Wissenschaftsvermittlung gegenüber Laien bestenfalls eine Steigerung des individuellen Sozialprestiges in der Öffentlichkeit, nicht aber fachliche Reputation hervorbringt. Man muss kein Anhänger des Rational Choice-Ansatzes sein, um zu sehen, dass Wissenschaftler, denen an fachli-

cher Reputation gelegen ist, unter diesen Bedingungen kaum wohlverstandenes Eigeninteresse an einer dauerhaften und professionellen soziologischen Aufklärung von Laien entwickeln *können*. Denn Wissenschaftsvermittlung, die nicht sporadisch, sondern systematisch betrieben wird, ist zeit- und ressourcenintensiv. Sie erfordert andere Methoden als die eingangs beschriebenen Vermittlungswege, sie erfordert eine höhere Bereitschaft zu Investitionen in Formen (unter anderem in die Werbung) anstatt in Inhalte, und sie unterliegt den Unwägbarkeiten eines schwankenden öffentlichen Interesses. So findet manche gut gemeinte Vortragsveranstaltung im Rathaus oder bei städtischen Themenwochen zu Armut, Familie, Stadtentwicklung oder Europa nur vor wenigen Zuhörern statt, weil entweder die Werbung oder das Format nicht stimmt oder weil in der Stadt bzw. der Region keine Erfahrung mit öffentlichen akademischen Veranstaltungen dieser Art besteht.

Unter diesen Bedingungen setzen zielführende Investitionen in die Wissenschaftsvermittlung ein hohes Maß an innerer Überzeugung voraus. Will man sich aber nicht auf dieses schmale motivationale Band zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit verlassen, so ist es notwendig, strukturell verankerte Anreize zu schaffen, die solche Investitionen belohnen bzw. deren Unterlassen sanktionieren. Am Institut für Soziologie der FernUniversität in Hagen ist dies in Gestalt einer Stiftungsprofessur für Soziologie gelungen. Da diese Stiftungsprofessur schon an sich in mehreren Hinsichten ungewöhnlich ist, schildere ich zunächst den Hintergrund ihrer Einrichtung.

1.1 Wer fördert?

Stiftungsprofessuren sind in Deutschland vergleichsweise rar, zumal für das Fach Soziologie. In der Regel handelt es sich dabei um Professuren aus öffentlichen Mitteln wie zum Beispiel der DFG (»Heisenberg-Professur«) oder um Juniorprofessuren verschiedener institutioneller Stifter. Im Dezember 2006 wurde an der FernUniversität in Hagen eine ausschließlich aus privaten Mitteln geförderte Professur etabliert. Die »Ernsting's family-Stiftungsprofessur für Soziologische Gegenwartsdiagnosen« wird vom Westfälischen Unternehmen »EHG Service GmbH« im Zeitraum von 2007 bis einschließlich 2011 mit jährlich 100.000 Euro finanziell unterstützt. Die EHG Service GmbH ist die Muttergesellschaft des Einzelhan-

delsunternehmens »Ernsting's family GmbH & Co KG« mit Sitz in Coesfeld im Münsterland. Die Firma »Ernsting's family« verkauft vorwiegend Kinder-, Jugend- und Freizeitkleidung mittels eines dichten, aus recht kleinen Geschäften bestehenden Filialnetzes in Nord- und Mitteldeutschland. Nach Ablauf des Förderzeitraums von fünf Jahren wird die Professur, wie bei fast allen Stiftungsprofessuren üblich, in den regulären Stellenplan der Universität überführt und auf Dauer gestellt.

1.2 Warum wird gefördert?

Warum finanziert ein Handelsunternehmen eine Professur für Soziologie? Naheliegenderweise müssten damit substantielle Interessen an einer materiellen Verwertbarkeit der Lehr- oder Forschungstätigkeit der Professur verknüpft sein. Dem ist in diesem Fall aber nicht so. Mit der Einrichtung der Professur waren vonseiten des Stifters zwei andere Vorstellungen verbunden. Erstens sollte in inhaltlicher Hinsicht ein Beitrag zur Diagnose von Struktur und Dynamik der Gegenwartsgesellschaft geleistet werden. Der Grund für diese Zielsetzung ist, dass der Gründer und Alteigentümer von »Ernsting's family« als *Person* ein großes Interesse an Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung hat. Dagegen gab es keine Interessen des Unternehmens als stiftende Institution an den Inhalten der Professur (etwa an der für Handelsunternehmen durchaus interessanten Lebensstil- oder Konsumforschung). Die Denomination der Professur, »Soziologische Gegenwartsdiagnosen«, ist daher kein klassisches Fachgebiet, sondern bezeichnet im Sinne des Stifters eine Forschungsperspektive auf die moderne Gesellschaft, die jedoch Raum lässt für unterschiedliche inhaltliche Ausgestaltungen.

Zweitens hat der Stifter den Wunsch geäußert, dass die Professur neben den üblichen Dienstaufgaben in Lehre und Forschung zusätzlich Wissenschaftsvermittlung betreiben soll. Angestrebt wurde, gegenwartsdiagnostische Forschungsergebnisse in die Laienöffentlichkeit hinein zu tragen. Dazu muss man wissen, dass die Familie des Alteigentümers der stiftenden Firma seit vielen Jahren Kulturprojekte in ihrer Heimatregion fördert.² Die Stiftungsprofessur sollte dieses Engagement um den Bereich

² So wurde 1995 eine Kulturstiftung ins Leben gerufen, die ein Glasmuseum betreibt, und im Jahr 2007 wurde ein privat errichtetes Konzert-Theater in Coesfeld mit über 600 Plätzen eröffnet.

der Erwachsenenbildung in der Stadt und dem Landkreis erweitern. Im Stiftervertrag ist daher festgehalten, dass die Professur öffentliche Veranstaltungen in Coesfeld, der Heimatstadt des Stifters, durchführt. Welcher Art diese Veranstaltungen sind und in welchem Umfang sie stattfinden sollen, ist vertraglich nicht geregelt.

1.3 Wie kam es zur Förderung?

Dass sich ein Handelsunternehmen oder ein privater Mäzen für die Förderung der Soziologie engagiert, ist, trotz der geschilderten Zielsetzungen, gleichwohl ungewöhnlich. Dies gilt selbst dann, wenn der potentielle Stifter konkrete Vorstellungen darüber hat, was er inhaltlich fördern möchte. Entscheidend ist, wie beide Seiten, Stifter und Universität, zueinander finden. Im Falle der hier geschilderten Professur haben sich zwei Umstände als sehr hilfreich erwiesen. Erstens waren der Stifter und die FernUniversität einander schon bekannt. Der Grund liegt in einer Besonderheit des Fernstudienbetriebs. Die FernUniversität in Hagen, die einzige ihrer Art im deutschen Sprachraum, unterhält rund 60 sogenannte »Studienzentren« in Deutschland und dem benachbarten europäischen Ausland. Studienzentren sind regionale Serviceeinheiten, in denen Studierende unter anderem Präsenzseminare, Übungen und Lerngruppen besuchen, Klausurprüfungen ablegen oder sich in allgemeinen oder fachbezogenen Studienangelegenheiten beraten lassen können. Die Studienzentren dienen der Universität zugleich als Brücke in die regionale Wirtschaft und Politik hinein. Eines dieser Studienzentren befindet sich in Coesfeld, und zwar zufällig in einem Gebäude, das von der Firma »Ernsting's family« vor einigen Jahren erworben und nach Sanierung auch an andere Bildungseinrichtungen (Volkshochschule, Musikschule) vermietet wurde. Diese bereits bestehende Verbindung zwischen Universität und Stifter ebnete den Weg zur ersten Kontaktaufnahme.

Zweitens wirbt die FernUniversität in Hagen seit dem Jahr 2000 aktiv Stiftungsprofessuren ein. Vier ihrer derzeit rund 80 Professuren sind bzw. waren Stiftungsprofessuren; neben der soziologischen als jüngste Professur sind dies zwei wirtschaftswissenschaftliche und eine rechtswissenschaftliche Professur, eine angesichts der Größe der Hochschule sicher achtbare Quote. Voraussetzung dafür war die Professionalisierung des Hochschulmarketings. Eine der Aufgaben des Hochschulmarketings ist die dauerhaf-

te Pflege von Kontakten zwischen der Universität und der regionalen Wirtschaft, in deren Nähe sich ein Studienzentrum befindet. Einige Jahre vor Besetzung der Professur kam es zwischen dem Uni-Hochschulmarketing und dem potentiellen Stifter in Coesfeld zu einem ersten Ausloten von Kooperationsmöglichkeiten. Daran waren auch die Leiterin des Studienzentrums und die Stadt Coesfeld beteiligt. Unter Mitwirkung verschiedener Hochschullehrer wurden zwischen beiden Seiten unterschiedliche Fördermöglichkeiten (unter anderem ein Graduiertenkolleg und ein Forschungsinstitut) erwogen und wieder verworfen. Erst rund zwei Jahre später hat man sich auf eine Stiftungsprofessur geeinigt. Zu diesem Zeitpunkt war zwar klar, dass es sich um eine kultur- oder sozialwissenschaftliche Professur handeln sollte. Dass ihr Gegenstand Soziologie wird, ergab sich aber erst später, als dem potentiellen Stifter unterschiedliche Themenstellungen vorgeschlagen wurden. Letztlich ausschlaggebend war das persönliche Interesse des Alteigentümers von »Ernsting's family« (selbst kein studierter Sozialwissenschaftler) an der Entwicklung der modernen Gesellschaft.

Fazit: Dass am Institut für Soziologie der FernUniversität seit 2007 systematisch Wissenschaftsvermittlung an ein (regionales) Laienpublikum betrieben wird, ist der Existenz einer Professur zu verdanken, die aus der Öffentlichkeit heraus, in die sie hineinwirken soll, selbst gestiftet wurde. Dabei wurde die Aufgabe der Wissenschaftsvermittlung zunächst im Stiftervertrag vereinbart und anschließend in die Berufungsvereinbarung mit dem Inhaber der Professur explizit als zusätzliche Dienstaufgabe aufgenommen. Damit sind Sanktionsmöglichkeiten, aber auch Anreize geschaffen worden. Unternähme der Inhaber der Professur auf dem Gebiet der Wissenschaftsvermittlung keine Anstrengungen, so könnte er, zumindest im Grundsatz, sanktioniert werden. Zu dieser impliziten Sanktionsandrohung treten Positivanreize: Während der Laufzeit des Stiftungsvertrags (für fünf Jahre) stehen der Professur neben der Grundausrüstung zusätzliche Ressourcen in Form einer halben wissenschaftlichen Mitarbeiterstelle sowie ein erhöhtes Sachmittelbudget zur Verfügung. Diese Ressourcen sind explizit für Wissenschaftsvermittlung bestimmt. Beide Faktoren, Sanktionierbarkeit qua Zweckbestimmung und verbesserte Ausstattung, lösen das oben beschriebene Anreizproblem in weiten Teilen.

2. Eine soziologische Bürgeruniversität

Um Laien über sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse zu informieren, kann man unterschiedliche Veranstaltungsformate wählen. Man kann in einer ersten groben Annäherung projektförmige Formate von dauerhaften Formaten unterscheiden. *Projektförmige* Formate sind zeitlich klar eingegrenzte Veranstaltungen, häufig mit einer Dauer von wenigen Stunden bis zu etwa zwei Tagen. Hierzu zählen zum einen kleinere Veranstaltungstypen wie die einmalige öffentliche Vorlesung oder die singuläre Podiumsdiskussion. Ein größeres Veranstaltungsformat ist der »Tag der offenen Tür«, die »Nacht der Wissenschaft« oder der »Marktplatz des Wissens«. Diese Formate präsentieren Forschungen aus unterschiedlichen Disziplinen zeitlich parallel, häufig in Form von Marktständen, an denen Interessenten mit Wissenschaftlern oder Studenten in Kontakt treten können. Projektförmige Großveranstaltungen dienen nicht der vertieften Vermittlung von Inhalten, sondern können nur erste Einblicke in die Forschungstätigkeit bieten. *Dauerhafte* Formate finden dagegen in einem festen zeitlichen Rhythmus statt, zum Beispiel als Vorlesung oder als Seminar im Monatsrhythmus. Diese Veranstaltungen werden in der Regel nicht parallel, sondern einzeln durchgeführt. Gegenüber der projektförmigen Großveranstaltung können sie dazu genutzt werden, vertiefendes Wissen zu transportieren, jedenfalls dann, wenn die Veranstaltungen thematisch aufeinander abgestimmt sind.

Da die Wissenschaftsvermittlung, wie oben beschrieben, eine Daueraufgabe der Stiftungsprofessur für Soziologische Gegenwartsdiagnosen ist, haben wir uns für das dauerhafte Format in Form der »Coesfelder Bürger-Universität« entschieden. Dabei waren Entscheidungen über die Art des zu vermittelnden Wissens und die anzusprechende Zielgruppe, über Inhalte und Formen zu treffen.

2.1 Zielsetzung und Publikum

Mit der »Coesfelder BürgerUniversität« verfolgen wir zwei Ziele. Erstens wollen wir mit unseren Veranstaltungen Orientierungswissen bereitstellen. Im Unterschied zu methodengestütztem Problemlösungswissen zielt Orientierungswissen darauf ab, Menschen Erklärungen für (in unserem Fall soziale) Phänomene zu liefern, die sie aus dem Alltag kennen, deren Zustandekommen sie sich aber entweder nicht oder (nach analytischen

Maßstäben) objektiv falsch erklären. Wir sind dabei von der Annahme ausgegangen, dass die Bürgerinnen und Bürger zunächst einmal Beschreibungen und Erklärungen von realen, d. h. für sie alltagsweltlich wahrnehmbaren gesellschaftlichen Problemen erwarten. Weniger sind sie unserer Vermutung nach an Erläuterungen des Stands der Forschung interessiert, erst recht nicht an einer ausführlichen Identifizierung von darin befindlichen Forschungslücken. Beide Herangehensweisen, die alltags- und die forschungsbezogene, schließen einander natürlich nicht aus; erstere sollte der letzteren jedoch vorangehen.

Wichtiger als die konkrete Wahl des Sachinhalts ist für diese Teilöffentlichkeit aus unserer Sicht, dass die Bildungsangebote an sozialen Problemlagen anknüpfen, um Relevanz für das wissenschaftliche Erklärungsangebot zu schaffen. Dies erscheint für die Soziologie, die aufgrund der Eigenschaft ihres Erkenntnisgegenstands notwendigerweise mit dem Mitteln der theoretischen und sprachlichen Abstraktion arbeitet («Soziologendeutsch»), besonders bedeutsam. Orientierungswissen zu vermitteln bedeutet aber auch, die Alltagsebene schrittweise zu verlassen und exemplarische Einblicke in die Logik sozialer Gesetzmäßigkeiten zu bieten, auch unter Verweis auf die methodische Seite der Wissensgenerierung. Gemäß dieser Zielsetzung sprechen die Veranstaltungen der »Coesfelder BürgerUniversität« einen breiten Interessentenkreis an, der im Idealfall von Schülerinnen und Schülern weiterführender Schulen über Studierende, Berufstätige und Nicht-Berufstätige bis zu Ruheständlern reicht.

Das zweite Ziel der »Coesfelder BürgerUniversität« ist, Handlungswissen bereitzustellen. Damit ist, wie eingangs dieses Beitrags beschrieben, eine andere Teilöffentlichkeit angesprochen. Rezipienten, die Handlungswissen erwarten, sind beruflich oder zivilgesellschaftlich mit sozialen Problemstellungen konfrontiert, zu deren Lösung sie sich von der Wissenschaft fachliche Anregungen erwarten. Dazu zählen unter anderem Lehrerinnen und Lehrer, Rechtsanwälte, Angestellte sozialer Dienste, Kommunalpolitiker, aber auch Vertreter von Kirchen, Sozialverbänden, Berufs- und Wirtschaftsverbänden sowie der Gewerkschaften. Entsprechend liegt für diese Teilöffentlichkeit der Schwerpunkt stärker auf der Vermittlung spezifischer Inhalte. Unsere Annahme ist, dass Veranstaltungen zu sozialpolitischen Problemlagen für diese Teilöffentlichkeit in besonderer Weise attraktiv sind.

2.2 Inhalte

Der thematische Rahmen der »Coesfelder BürgerUniversität« ist durch die Denomination der Stiftungsprofessur gesetzt. Soziologische Gegenwartsdiagnose bedeutet in dieser Hinsicht, empirisch ausgerichtete Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung in den Vordergrund zu stellen. Es geht um aktuelle Entwicklungsdynamiken, die zu beschreiben und unter Rückgriff auf Theorien und die Ergebnisse der Anwendung von Methoden der empirischen Sozialforschung zu erklären sind. Dies schließt ein breites thematisches Spektrum ein, das von der Mikrosoziologie (zum Beispiel Familie, Jugend, Sozialisation, Devianz) über die Sozialstrukturanalyse (etwa Bildung, Ungleichheit, demografischer Wandel), die Kulturosoziologie (Religiosität, Wertewandel) bis hin zur Makrosoziologie (etwa Globalisierung, weltweite Armut, Migration) und einer Vielzahl von Bereichssoziologien reicht. Aus der Aufzählung wird bereits deutlich, dass die einzelnen Themen idealerweise an gesellschaftliche Problemstellungen anknüpfen bzw. Fragestellungen behandeln, die die Menschen auch subjektiv als Problem definieren. Dass auch andere Disziplinen wie die Psychologie, die Politikwissenschaft, die Geschichtswissenschaft oder die Wirtschaftswissenschaft Beiträge zur »Coesfelder BürgerUniversität« bieten können, ist leicht ersichtlich.

2.3 Format

Unsere Annahme war, dass wir in einer Region ohne Erfahrung mit Hochschulinstitutionen die größtmögliche Aufmerksamkeit mit einem Mix unterschiedlicher Lehrformen unter einem gemeinsamen Dach erreichen können. Dieses Dach ist der Begriff der »BürgerUniversität«. Mit diesem Begriff sind positiv konnotierte Vorstellungen der popularisierten Vermittlung wissenschaftlicher Inhalte mit den Formen der universitären Lehre assoziiert. Um dieser Vorstellung gerecht zu werden, führen wir Vorlesungen und Seminare durch. Unsere Annahme ist, dass die Vorlesung (mit Diskussion) vorwiegend zur Vermittlung von Orientierungswissen geeignet ist, während im Seminar beide Wissenstypen, Orientierungs- und Handlungswissen, vermittelbar sind.

BürgerUni-Vorlesungen: Seit Frühjahr 2007 bieten wir Vorlesungen in einem Rhythmus von sechs bis acht Wochen an. Die einzelnen Vorlesungen sind thematisch voneinander unabhängig und werden von unterschied-

lichen Vortragenden durchgeführt. Damit reduziert sich zwar der didaktisch erwünschte Effekt des aufbauenden Lernens. Dem steht gegenüber, dass die Rezipienten von Vorlesung zu Vorlesung wechseln können, womit wir einen breiteren Interessentenkreis erreichen. Die Vorlesungen dauern rund 90 Minuten, wobei bis zu 60 Minuten auf die Vortragszeit und etwa 30–45 Minuten auf die Diskussion entfallen. Sie finden immer mittwochs in der Zeit von 19 bis 21 Uhr im Studienzentrum Coesfeld statt. Diese zeitliche Lage hat sich, gemessen an der Teilnehmerzahl, gegenüber früheren Zeitpunkten (zum Beispiel 18 bis 20 Uhr) als vorteilhaft erwiesen. Eine Anmeldung für die Teilnahme an der Vorlesung war angesichts der Raumkapazität (ca. 170 Plätze) bislang nicht erforderlich. Um möglichst viele Teilnehmer zu erreichen, wählen wir nur Termine aus, an denen keine anderen kulturellen Großveranstaltungen in der Region stattfinden. Themen und Referenten waren beispielsweise im ersten Halbjahr 2008:

- Spitzensport in der Dopingfalle?
(Prof. Dr. Schimank, FeU Hagen)
- Familie heute: Wer erzieht eigentlich wen und wozu?
(Prof. Dr. Dr. Abels, FeU Hagen)
- Medien und Gewalt: Gewalttätige Gesellschaft durch TV, Internet und Computerspiele?
(Dr. Schäfer, FU Berlin)
- Soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft: Eine Illusion?
(Prof. Dr. Lengfeld, FeU Hagen)

BürgerUni-Seminare: Seit Frühjahr 2008 bieten wir halbtägige Seminare in einem Rhythmus von ca. acht Wochen an. Auch diese Seminare sind thematisch voneinander unabhängig und werden von verschiedenen Lehrenden durchgeführt. Wie die Vorlesungen gehen sie von einer gesellschaftlichen Problemlage aus, beschreiben das betreffende Phänomen und geben Einblicke in den diesbezüglichen Forschungsstand einschließlich der Forschungsmethoden. Der entscheidende Unterschied zur Vorlesung besteht in der aktiven Beteiligung der Rezipienten. In didaktischer Hinsicht bestehen die Seminare aus einer Mischung aus Lehrendenvortrag, gemeinsamer Diskussion, Einzel- und Gruppenarbeit und weiteren aktiv-dialogischen Lehrelementen (welche davon wie eingesetzt werden, liegt bei den jeweils Lehrenden). Vorkenntnisse oder Vorbereitung der Teilnehmer sind nicht erforderlich. Die Seminare finden samstags vormittags in der Zeit von 10 bis etwa 14 statt. Durch diese Terminierung am Wochenende erreichen wir

ebenfalls einen recht breiten Teilnehmerkreis. Um den intimen Charakter eines idealtypischen Seminars zu erhalten, ist die Teilnehmerzahl auf ca. 20 begrenzt. Anmeldungen sind für jedes einzelne Seminar erforderlich. Die Veranstaltungen finden in den Seminarräumen im Studienzentrum statt, die auch für den normalen Präsenzstudienbetrieb der FernUniversität genutzt werden. Unter anderem wurden im ersten Halbjahr 2008 folgende BürgerUni-Seminare durchgeführt:

- Einmal unten – immer unten? Chancengleichheit in Deutschland
(Prof. Dr. Lengfeld und Dr. Hirschle, FeU Hagen)
- Verstärkung: Blutet das Land aus?
(Prof. Dr. Dr. h.c. Bertels, FeU Hagen)
- Identität heute: Wer sind wir eigentlich?
(Prof. Dr. Dr. Abels, FeU Hagen)
- Kopf oder Zahl? Wie Entscheidungen in Organisationen getroffen werden
(Jun.-Prof. Dr. Wilz, FeU Hagen)

Vorlesungen und Seminare werden kostenfrei angeboten. Um den Universitätscharakter assoziativ zu unterstützen, teilen wir die Veranstaltungen in ein Sommer- und ein Wintersemester ein.

3. Werbung und Rekrutierung

Wissenschaftsvermittlung für Laien ist kein Selbstläufer. Dies gilt besonders für die Attrahierung und die Motivation des Publikums in einer Region, die, von dem genannten Studienzentrum der FernUniversität abgesehen, kein Hochschulstandort ist. Entsprechend hat das Publikum auch kaum Erfahrung in der Nutzung popularisierter Wissenschaftsangebote. Auch ist die Zahl der potentiellen Interessenten, verglichen mit typischen Hochschulstandorten, eher gering. Die Stadt Coesfeld hat rund 36.000, der umgebende Landkreis etwa 220.000 Einwohner. Zum Vergleich: Nächster Universitätsstandort ist, von Coesfeld ca. 40 km entfernt, die Stadt Münster mit 270.000 Einwohnern, davon allein rund 50.000 Studierende, und acht Hochschulen. Die Aktivitäten der »Coesfelder BürgerUniversität« mussten daher von vorneherein von Werbemaßnahmen begleitet werden, die für universitäre Verhältnisse ungewöhnlich umfangreich sind. Es wur-

den Programmflyer zur BürgerUniversität sowie eine 20-seitige Informationsbroschüre über die diese organisierende Stiftungsprofessur erstellt und in einer Auflage von rund 2.500 Stück einmalig versandt. Dazu wurde ein regionaler Adressverteiler mit potentiellen Interessenten und Multiplikatoren aufgebaut sowie die Postadressen von Studierenden benutzt, die im weiteren Einzugsbereich der Stadt Coesfeld wohnen. Weiterhin wurden vor jeder Vorlesung gesonderte Erinnerungseinladungen an denselben Personenkreis und eine separate Pressemitteilung an die lokale und regionale Presse versandt. Ergänzend wurden der lokalen und regionalen Presse, dem Regionalfernsehen und dem lokalen Privatradio Interviews gegeben.

Diese zeitintensiven und kostspieligen Werbemaßnahmen haben sich als notwendig erwiesen, um einen möglichst großen Kreis an potentiellen Interessenten anzusprechen. Dies wäre jedoch nicht möglich ohne die massive finanzielle und logistische Unterstützung durch die Universitätsleitung und die Verwaltung, vor allem durch das Hochschulmarketing, die Pressestelle, die Druckerei und den Versand. Darüber stehen den Besucherinnen und Besuchern der »BürgerUniversität« alle Vorlesungen als PDF-Dateien auf der Homepage der Stiftungsprofessur zum Herunterladen bereit.³ Die Seminarteilnehmer erhalten zusätzlich eine Teilnahmebestätigung.

Auch auf der Angebotsseite, bei den Lehrenden, muss umfangreiche Bereitschaft zur Partizipation bestehen, ohne die eine Bürgeruniversität dauerhaft nicht funktionieren kann. Um eine breite Palette an Inhalten anbieten zu können, wurden zahlreiche Kolleginnen und Kollegen gewonnen. Diese Lehrenden haben zum einen die didaktische Fähigkeit, Fachinhalte Laien verständlich zu machen, und sie sind zum anderen bereit, Zeit in die Popularisierung dieser Inhalte zu investieren. Erschwerend wirkt jedoch, dass das NRW-Haushaltsrecht, wie die Haushaltsgesetze anderer Bundesländer vermutlich auch, materielle Zuwendungen in Form von Honoraren an die Mitglieder der eigenen Universität untersagt. Erfreulicherweise findet die »Coesfelder BürgerUniversität« auch ohne Gratifikation umfangreiche Unterstützung vor allem aus der Hagener Soziologie, ergänzt um Wissenschaftler anderer Fächer und vereinzelt auch anderer Universitäten, sodass eine Verstetigung des Angebots (zumindest bislang) sichergestellt zu sein scheint.

3 http://www.fernuni-hagen.de/soziologie/sozIV/online_publicationen.html.

Die »Coesfelder BürgerUniversität« ist immer auch eine Gratwanderung zwischen weitgehender Popularisierung auf der einen und unzulässiger Vereinfachung von komplexen Zusammenhängen auf der anderen Seite. Aber selbst wenn die Form der Vermittlung möglicherweise entscheidend für den Vermittlungserfolg ist, so ist doch letztlich die Fachkompetenz der Lehrenden die Basis dieses Erfolgs. Denn Fachkompetenz schützt vor inhaltlicher Verflachung, sie schafft Skrupel vor allzu einseitiger Zuspitzung, und sie gibt den Anstoß dafür, soziale Phänomene exemplarisch anstatt streng systematisch darzustellen. Dies unterscheidet das Konzept der Bürgeruniversität von der Volkshochschule, aber auch von der akademischen Ausbildung: Während die Bürgeruniversität exemplarische Einblicke in die Komplexität der (sozialen) Welt vermittelt, hat die akademische Ausbildung idealtypisch die Vermittlung von Methoden zur Produktion von Erkenntnis über diese Welt zum Ziel.

4. Die öffentliche Resonanz

Die Qualität öffentlicher Wissenschaftsvermittlung bemisst sich nicht allein an der Art des Angebots. Entscheidend ist, auch angesichts des zeitlichen, organisatorischen und finanziellen Aufwands, der Umfang der Nachfrage. Hier ging es der »Coesfelder BürgerUniversität« zu Beginn nicht anders als anderen neuen Veranstaltungsformaten: Sie schlugen nicht immer ein wie der sprichwörtliche Blitz. Begonnen haben wir im Frühjahr 2007 zunächst mit einer Serie von Vorlesungen und einem noch relativ überschaubaren Werbeaufwand. Nach gutem Besuch der Pilot-Vorlesung mit rund 130 Zuhörern nahm die Zahl der Interessenten in den folgenden Veranstaltungen kontinuierlich ab. Sie erreichte zwischenzeitlich einen Tiefpunkt bei sechs Zuhörern. Im Mittel besuchten im ersten Jahr nur rund 20 Personen die Vorlesungen; zu wenige für eine dauerhafte Fortführung des Programms.

Als Reaktion auf den geringen Zuspruch zum ersten Veranstaltungszyklus haben wir im zweiten Jahr (2008) die Vorlesungen durch das Format des Seminars ergänzt, die Titel der Vorlesungen stärker popularisiert sowie die Werbemaßnahmen und die Pressearbeit erheblich ausgebaut. Zugleich haben wir den Namen »BürgerUniversität« eingeführt. Diese Maßnahmen haben eine erstaunliche Resonanz ausgelöst. Die erste Seminarserie war

von Anbeginn ausgebucht. Einzelne Seminare waren mehrfach überbucht, eines wurde wiederholt. Zeitgleich haben auch die Vorlesungen deutlich mehr Interesse gefunden. Die Besucherzahlen haben sich vervielfacht, zeitweise kamen bis zu 150 Besucher in die Vorlesungen. Die durchschnittliche Besucherzahl lag im ersten Halbjahr 2008 bei etwa 100. Beide Formate werden überdurchschnittlich von Männern wie Frauen mit folgenden soziodemografischen Merkmalen besucht⁴: Zwischen 45 Jahren und 65 Jahren alt; mit zumeist höherem Bildungsabschluss, viele auch mit abgeschlossenem Hochschulstudium; in freien Berufen, in der öffentlichen Verwaltung oder in Schulen Tätige (oft in leitender Funktion). Gleichwohl interessieren sich auch Schülerinnen und Schüler, Studierende und Rentnerinnen und Rentner für die »BürgerUniversität«, wenn auch in geringerem Umfang.

Es ist unklar, welche Veränderungen nun genau für diesen massiven Anstieg der Resonanz im zweiten Jahr unserer Veranstaltungen entscheidend waren. Manches spricht aber dafür, dass der Begriff »BürgerUniversität« einen entscheidenden Anteil hatte. Seit seiner Verwendung sind neben den lokalen auch die regionalen Medien (WDR-Regionalfernsehen, Regionalpresse) an den Veranstaltungen interessiert. Dabei wurde deutlich, dass es ein offenbar verbreitetes latentes Interesse vonseiten des Publikums an einem direkten Kontakt zur Wissenschaft gibt, mögliche Berührungspunkte wegen eines perzipierten Wissensgefälles dies aber verhindern. Der Begriff »BürgerUniversität« suggeriert dagegen eine Wissenschaft zum Anfassen: Da Vorkenntnisse nicht erforderlich sind und das Alltagswissen die legitime gemeinsame Basis aller Rezipienten ist, kann man sich als Interessent auch nicht mit vermeintlich dummen Fragen oder Wortbeiträgen blamieren. Anders gesagt: Es wird Schamfreiheit für das Publikum garantiert. Dies funktioniert natürlich nur solange, wie der Einzelne nicht das Gegenteil erfährt.

Sehr bald nach Beginn der »Coesfelder BürgerUniversität« zeichnete sich ab, dass die Veranstaltungen neben der Vermittlung von Orientierungs- und Handlungswissen zwei Effekte nach sich ziehen, die von uns nicht beabsichtigt waren, die aber sehr zu begrüßen sind. Erstens ist die »BürgerUniversität« ein ausgesprochen diskursiver und oftmals meinungsbildender Ort. Dies kann man an den immer sehr lebhaften Publikumsdiskussionen im Anschluss an die Vorlesungen sehen, aber auch an den

⁴Die folgenden Angaben basieren nicht auf einer kontrollierten Erhebung, sondern auf unsystematischen Beobachtungen des Autors.

ernsthaft geführten Diskussionen in den Seminaren, wenn die Teilnehmer in Kleingruppen eigenständig Inhalte erarbeiten oder Positionen abwägen. Insgesamt beeindruckt, wie engagiert die Teilnehmer in die Veranstaltungen gehen. Zweitens entwickeln sich besonders die Seminare zum Ort der Vergemeinschaftung von Menschen, die unter anderen Umständen wahrscheinlich kaum miteinander in Kontakt treten würden. So diskutiert der Bürgermeister mit der Studentin der Kunstgeschichte und der Rentnerin über Armutsrisiken, oder die Notarin erarbeitet mit dem Realschullehrer und der Hausfrau eine Liste von Maßnahmen zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Dabei lernen sie einander nicht nur persönlich besser kennen, sondern sie tauschen unterschiedliche berufliche und zivilgesellschaftliche Erfahrungen aus.

5. Schluss

»Public Sociology«, die Vermittlung soziologischer Erkenntnisse an eine breite Öffentlichkeit, ist, um den eingangs zitierten Michael Burawoy nochmals zu bemühen, keine Stärke unserer Disziplin; und vermutlich gilt diese Einschätzung auch für andere Fächer. Für Burawoy ist der Adressat der »Public Sociology« die Zivilgesellschaft. Im Dialog zwischen ihr und der Soziologie sieht er nichts weniger als eine Chance zur Revitalisierung der im 19. Jahrhundert gelegten moralischen Grundlagen des Fachs, die im Zuge der Professionalisierung seit den 1980er Jahren in den Hintergrund geraten sind: »In times of market tyranny and state despotism, sociology – and in particular its public face – defends the interests of humanity« (Burawoy 2005: 369). Ich bin skeptisch, ob man der Soziologie eine derartige Verantwortung wirklich aufladen darf, und ich zweifle, ob sie in der Lage wäre, diese Verantwortung zu schultern angesichts des Zuwachses an Aufgaben, die der akademische Lehrbetrieb und die veränderten Karriereanforderungen deutschen Soziologinnen und Soziologen in den letzten zehn Jahren aufgebürdet haben. Ich bin in diesem Beitrag daher von der Annahme ausgegangen, dass dem aufgrund der geltenden Aufgaben- und Anreizstruktur nicht so ist. Der Bolognaprozess hat die administrativen Anforderungen in der Organisation der Lehre erheblich ansteigen lassen; die Wissenschaftsvermittlung ist, unsystematischen Beobachtungen nach, im Regelfall kein Kriterium der Gewährung von besonderen Leistungsbe-

zügen für nach W-Besoldungsordnung bezahlte Hochschullehrer, und nicht zuletzt schafft die Laienbeschulung mehrheitlich keinen Reputationsgewinn innerhalb des Fachs.

Die Stiftung einer Professur für Gegenwartsdiagnosen ist ein Beispiel dafür, wie man durch die Veränderung der Anreizstruktur die systematische Wissenschaftsvermittlung fördern kann. Auch die beschriebene »Coesfelder BürgerUniversität« ist eine Möglichkeit, wie der eingeforderte Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Soziologie organisiert werden kann. Zugleich habe ich deutlich gemacht, wie aufwändig und – im Hinblick auf den angezielten Erfolg – kontingent beide Unterfangen sein können. Eine Stiftungsprofessur für Soziologie einzurichten kommt nicht ohne Mäzenatentum aus, und beide Seiten, potentielle Mäzene und Universität, zusammenzubringen, setzt voraus, dass die Universität bereit ist, lange davor in ein Fundraising zu investieren, ohne den späteren Ertrag dieser Investition absehen zu können. Eine Bürgeruniversität aus dem Fach heraus und nicht als Marketingmaßnahme durch die Uni-Pressestelle zu organisieren, bedeutet für die Fachwissenschaftler, vielfältige Risiken einzugehen, sich als professionelle Laien auf das Feld der nicht-akademischen Erwachsenenbildung zu begeben, sich auf die Informationsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger einzulassen und auch, vorübergehende Rückschläge in Form mangelnden öffentlichen Interesses in Kauf zu nehmen. Dass es sich dennoch lohnt, habe ich in diesem Beitrag zum Ausdruck zu bringen versucht.

Informationen zum aktuellen Programm der Coesfelder BürgerUniversität und zur Ernsting's family-Stiftungsprofessur für Soziologische Gegenwartsdiagnosen finden Sie auf folgenden homepages:

- <http://www.coesfelder-buergeruni.de> (im Aufbau)
- <http://www.fernuni-hagen.de/soziologie/sozIV/>

Literatur

Burawoy, M. 2005: For Public Sociology. Soziale Welt, 56. Jg. Heft 4, 347–374.

Soziologen als Unternehmensberater?

Chancen einer offensiven Vermarktung soziologischer Kompetenz

Berthold Oelze

Beratung liegt im Trend. Das »unglaubliche Wachstum des Beratungsmarktes« (Ernst, Kieser 2002) rechtfertigt, von einem Wandel zur »beratenden Gesellschaft« zu sprechen (Schützeichel, Brüsemeister 2004). Die Menschen in der postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft akzeptieren, dass sie in vielen Bereichen Ratschläge brauchen. Sie lassen sich beraten, und viele beraten ihrerseits wieder andere. So wird Beratung zum Inbegriff einer wechselseitigen Produktion von Orientierung und Sicherheit, die das Leben unter Bedingungen zunehmender Unübersichtlichkeit, hoher Ansprüche, starken Erfolgsdrucks und fortgesetzter Entwertungsschübe zu bewältigen hilft.

Vor wenigen Jahrzehnten waren es in Deutschland noch Tätigkeiten im Bereich sozialer und personaler Hilfe wie zum Beispiel Eheberatung, Erziehungsberatung oder Berufsberatung, die das öffentliche Bild von Beratern und Beraterinnen prägten. Heute werden mit dem Begriff »Berater«¹ häufig Unternehmensberater assoziiert, die mit ihren Klienten auf einer Augenhöhe reden, weltweit »über eine Million hochbezahlter und akade-

¹ Ausschließlich aus Gründen der Lesbarkeit erhält hier anstelle von maskulin-femininen Doppelformen die kürzere maskuline Form den Vorzug. Wo künftig von »Beratern«, »Soziologen« etc. die Rede ist, sind selbstverständlich immer auch »Beraterinnen« und »Soziologinnen« etc. gemeint.

misch hochgebildeter Profis« (Rügemer 2004: 8). Die traditionellen, ganz oder teilweise staatlich finanzierten Beratungsangebote gibt es nach wie vor. Doch es fehlen Mittel, sie weiter auszubauen, wenn sie nicht gar Einsparungsmaßnahmen zum Opfer fallen. Im Unterschied dazu bietet der freie Markt nahezu unbegrenzte Möglichkeiten, mit Beratungstätigkeiten Geld zu verdienen. Besonders verlockend erscheinen dabei hoch dotierte Aufträge finanzkräftiger Unternehmen. Auch die universitäre Forschung versucht davon zu profitieren, und sie wird immer häufiger daran gemessen, wie weit ihr das gelingt.

Die Zukunft der Soziologie in der beratenen Gesellschaft

Zunächst scheint die Soziologie auf den Trend zur Beratung gut vorbereitet zu sein und daran zu partizipieren, denn »Beratung durch Soziologen hat eine lange Tradition« (von Alemann 2007: 73), und eine wachsende Anzahl von Soziologen ist beratend tätig.² Seit Anfang der 1990er Jahre wird das Berufsfeld auch von Soziologen in Wissenschaft und Praxis erfolgreich besetzt. Zahlreiche Veröffentlichungen, Vorträge und Arbeitsgemeinschaften belegen das soziologische Interesse am Forschungsgegenstand Beratung sowie an Möglichkeiten einer Beratung durch Soziologen und einer darauf gerichteten Professionalisierung.³ Dies nährt die Zuversicht, immer mehr Studenten der Soziologie das Berufsfeld Beratung erschließen zu können.⁴ »Während der Druck auf die Soziologie wächst, auf dem Arbeitsmarkt Eigeninitiative zu entfalten, entdecken Unternehmen, dass sie nicht nur ökonomisches, sondern auch sozialwissenschaftliches Wissen brauchen...« (von Alemann 2007: 73). Einer weiteren Annäherung von soziologischer Wissenschaft und unternehmerischer Praxis zum beiderseitigen Vorteil scheint also nichts im Wege zu stehen.

2 Ausgehend von der relativ schmalen Datenbasis von Befragungen Bielefelder Soziologieabsolventen und im BDS organisierter Soziologen ergibt sich, dass ca. 15% der Soziologen später als Berater arbeiten (von Alemann 2002) oder »vorsichtig geschätzt ... ca. 20% ... – Tendenz steigend« (Blättel-Mink, Katz 2004: 17).

3 Übersichten über die Forschungsentwicklung und Veröffentlichungen bieten Renate Ohly (2000) und Anette von Alemann (2004). Neuere Literatur diskutiert Michael Faust (2006).

4 Das Berufsfeld Beratung für Soziologen analysiert von Alemann (2002).

Dieser optimistischen Sichtweise widerspricht allerdings die Wahrnehmung, dass das Soziologiestudium nicht sonderlich gut auf diesen kompetitiven Arbeitsmarkt vorbereitet (Latniak et al. 2004: 166). So wirkt die Soziologie als Basis im Kampf um lukrative Beratungsaufträge eher ungeeignet. Dieser Eindruck der Unzeitgemäßheit dürfte dazu beigetragen haben, dass sie seit ihrer Popularität in der 68er Bewegung an Bedeutung verlor. Unübersehbar ist eine »Marginalisierung der Soziologie im Wettlauf um öffentliche Aufmerksamkeit« (Wiesenthal 2008: 23). »Die akademische Soziologie befindet sich, trotz steigender Studentenzahlen, im gesellschaftlichen Abwind« (Springer 2004: 106). Wenn diese Entwicklung sich fortsetzen sollte, erscheint es sogar möglich, »dass die Soziologie als eigene Wissenschaft ebenso wieder verschwindet, wie sie vor etwa hundert Jahren institutionalisiert wurde« (Steinert 2008: 42).

Wie sind diese verschiedenen Einschätzungen zu erklären? Einige Vorträge, die an der Universität Frankfurt gehalten und nebst kritischen Kommentaren, Diskussionen und Interviews Anfang dieses Jahres veröffentlicht wurden (Blätzel-Mink et al. 2008), geben hierüber Aufschluss. Ob die Prognosen für die Soziologie optimistisch oder pessimistisch ausfallen, liegt daran, worauf man gerade blickt:

Für die traditionellen Felder von Beratungstätigkeiten scheinen Soziologen nach wie vor »gut aufgestellt« zu sein. Das gilt auch für die Beratung in Unternehmen – aber nur, solange diese auf Seiten oder im Interesse der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen erfolgt.

Anders sieht es dagegen aus, wenn es um die Beratung von Unternehmen und Führungskräften geht. Die traditionell herrschaftskritische Soziologie tut sich schwer damit oder lehnt es ab, für die Herren der Wirtschaft zu arbeiten und deren unternehmerische Perspektive einzunehmen. Das hat nicht nur mit politisch-weltanschaulichen Präferenzen führender Protagonisten der Industrie- und Organisationssoziologie zu tun, sondern auch mit langfristig gewachsenen Bindungen zu betrieblich-gewerkschaftlichen Interessenvertretungen als Auftraggeber, Vermittler und Partner von Projekten begleitender soziologischer Forschung, also mit dem Festhalten am Bewährten und mit Loyalität. Ein »Tanzen auf zwei Hochzeiten« würde nicht akzeptiert werden. Das brachte in Frankfurt einer der Siemens-Betriebsräte zum Ausdruck. Deshalb bleibt die einseitige Arbeitnehmerorientierung bestehen, zuweilen irreführenderweise verbunden mit einem Anspruch auf »Interessenneutralität« (Kurz 2008: 70). Eine dezidierte Öff-

nung zur Arbeitgeberseite hin, die jungen Soziologen neue Beschäftigungsmöglichkeiten anbahnen könnte, lässt weiter auf sich warten.

Die einseitige betriebspolitische Parteinahme lässt sich allerdings nur mit Hilfe der Konstruktion von Feindbildern legitimieren. Dazu dienen das Schlagwort vom »neoliberal inspirierten Beraterkapitalismus« (Resch 2008: 68), die bereits aus den 1960er Jahren bekannten Kritiken an soziologischen »Servants of Power« (Blättel-Mink, Briken 2008: 13; Hardwig 2008: 88) und technokratischen »Sozialingenieuren« (Hardwig 2008: 75) sowie eine Skandalisierung der unternehmerischen Beratungsarbeit für Unternehmer.

Kritik der kommerziellen Unternehmensberatung

Ein Beispiel der Kritik an der herrschenden kommerziellen Unternehmensberatung, für die »McKinsey & Co.« zu einem Synonym wurde, liefert Christine Resch⁵: Diese Art der Unternehmensberatung sei vorrangig an schnellen Profiten und lukrativen Folgeaufträgen für die eigene Firma interessiert, ermangele oftmals einer soliden Expertise und blende mit »schnellen Ergebnissen«, einem »starken Guru-Element« und »Stimmungsmache«. Sie konstruiere Probleme, die die Klienten hätten, um dafür dann ihre »hochgradig standardisierten Lösungen« anzubieten, sofern sie sich nicht gleich zur Legitimierung von Rationalisierungsmaßnahmen gebrauchen ließe (Resch 2008). Mit anderen Worten: diese Art der Beratung agiere selbstbezogen, unethisch und unseriös.

So berechtigt diese Kritik an der Praxis von Unternehmensberatungen in einigen Fällen auch sein mag, gilt es doch zu differenzieren. Denn diesem skandalösen Bild stehen andere Erfahrungen mit »McKinsey & Co.« entgegen: Dort arbeiten meist kompetente, international erfahrene Leute. Wäre deren Arbeit wirklich so unseriös und blenderisch, wie manche Kritiker glauben machen, wäre es ein Rätsel, wie sie damit durchkommen, dafür hohe Summen kassieren und oft noch Folgeaufträge erhalten. Mit billiger »Schaumschlägerei« würden sie ihren qualifizierten Auftraggebern schnell auffallen und ihren Ruf ruinieren. So also kann das Geschäft der Unternehmensberater nicht funktionieren. Richtig ist vielmehr, dass »McKinsey &

⁵ Dabei folgt Resch Vorbildern zu Skandalisierung neigender Berichte (Craig 2005, Leif 2005).

Co.« – wie andere Berater auch – in erster Linie dafür bezahlt werden, dass sie echte (und nicht bloß konstruierte) *Probleme lösen*. Ein häufiger Auftragsgrund ist, dass Unternehmen nicht genügend Personal vorhalten, um größere Aufgaben wie zum Beispiel Umstrukturierungen selbst bewältigen zu können. Deshalb müssen sie sich externe Kräfte ins Boot holen, und dann natürlich Leute, die solcherlei Aufgaben schon vielfach gemeistert haben: *das* eben sind »McKinsey & Co.«.

Was an der Kritik an »McKinsey & Co.« berechtigt sein mag, erzwingt keinesfalls die Ablehnung jeglicher kommerzieller Unternehmensberatung. Die Herausforderung wäre vielmehr, es anders zu machen. Um das Feld nicht weiterhin gänzlich »McKinsey & Co.« und Vertretern anderer Disziplinen zu überlassen, könnten Soziologen durchaus eigenständige Alternativen entwickeln, die sich nicht in Konkurrenz, sondern neben oder besser noch über bestehenden Beratungsangeboten etablierten. Offenbar hegen einige bereits entsprechende Pläne. »Ich würde sagen: Versucht das ruhig, wenn ihr Erfolg damit habt, es ist ein interessanter Ansatz« (Pongratz 2008: 100).

Soziologische Unternehmensberatung – ein Beispiel aus der Praxis

Es gab bereits vielfach erfolgreiche soziologische Unternehmensberatungen, nicht nur im Rahmen strukturfunktionalistisch geprägter Industrie-soziologie. Und es gibt sie aktuell in neuen, differenzierten Formen. Das möchte ich hier kurz zeigen. Dabei kann ich unter anderem auf Erfahrungen selbständiger Arbeit im Netzwerk einer Düsseldorfer Firma zurückgreifen. Ein Schlüsselbegriff des betreffenden Feldes beratender Tätigkeit heißt »strategische Planung«. Ziel ist dabei die umfassende Gestaltung sämtlicher Aktionen eines Unternehmens als Ganzes und in seinen Teilen. Es gibt Teilziele und konkrete Aufgaben, für die jeweils konkrete strategische Planungen erforderlich sind. Aber sie alle bedürfen einer übergreifenden Koordination und Planung. Unternehmen sind äußerst komplexe Gebilde. Sie sind nicht nur Produktionsstätten, sondern auch Akteure im sozialen, kulturellen und politischen Umfeld. Als solche stehen sie unter Beobachtung. Jedes Unternehmen möchte natürlich möglichst positiv dastehen, denn es braucht Akzeptanz und politische Unterstützung. Also

wird versucht, die Wahrnehmung positiv zu gestalten. Dazu genügt es nicht, dass man mit schöner Werbung und PR Kosmetik betreibt. Denn vordergründige Fassadenarbeit kann weit mehr schaden als nützen, wenn es dahinter übel aussieht. Solche Inkongruenz wird früher oder später publik werden. Deshalb muss die innere Wirklichkeit eines Unternehmens und darin nicht zuletzt die alltägliche Arbeit der Mitarbeiter nach Möglichkeit so gestaltet werden, dass sich alle Beteiligten und relevanten Anspruchsgruppen mit dem Unternehmen, seinen Aktionen und seinen Zielen identifizieren können. Hierfür sind vielfältige, weitreichende und tiefgehende Planungen gefordert, die den Rahmen wirtschaftswissenschaftlicher Rationalität sprengen. Allein die Soziologie hat die multiperspektivische Beweglichkeit und Offenheit, um die Komplexität dieser Situation angemessen zu begreifen und daraus Antworten zu entwickeln, die für die Führung und Zukunft eines Unternehmens von vitalem Interesse sind. Wenn hauptberufliche Soziologen das nicht leisten, tun es andere (Kocyba 2008: 93). Viele haben ja Soziologie als Nebenfach studiert oder sich sonst mit Soziologie beschäftigt. Aber warum sollten Soziologen solche Positionen nicht gezielt anstreben und sich in diesem Bereich als soziologische Berater profilieren?

Im Rahmen strategischer Beratung kann es sich als sinnvoll erweisen, dass das beratene Unternehmen in anderer, neuartiger Weise aktiv wird, etwa mittels einer Institution. Das kann zum Beispiel ein Verband, eine Konferenz oder auch eine Stiftung sein. Wenn dabei die Möglichkeit fehlt, auf Vorhandenes zurückzugreifen, muss die betreffende Institution aus dem Nichts geschaffen, von Grund auf in allen Details geplant und Schritt für Schritt aufgebaut werden. Das ist eine anspruchsvolle, hoch interessante Aufgabe, die alles erfordert, was man als Soziologe produktiv leisten kann. Und Soziologen sind für solche Aufgaben zweifellos prädestiniert. Ist das dann eigentlich noch »Beratung«? Es gehört jedenfalls zu dem, was einige Beratungsunternehmen unter anderem auch erledigen bzw. steuern. Der Sache nach ist es ein produktives Schaffen. Die Berater werden hier, wie in der Beratungspraxis häufig, zu Managern – und zwar oft ehe sie es sich versehen, auch ohne Wirtschaftsstudium oder MBA-Abschluss, oft in enger Zusammenarbeit mit Managern der beteiligten Unternehmen. So weit kann Unternehmensberatung gehen, und so vielfältig kann sie sein.

Warum sind eigentlich nicht mehr Soziologen in diesem Bereich aktiv? Gründe dafür liegen in der oben skizzierten betriebspolitischen Frontstellung und in den damit verbundenen Feindbildern, Skrupeln und Berüh-

rungsängsten. Weiterhin offenbart die innersozialogische Diskussion zum Thema Beratung eine Reihe lähmender Bedenken, sofern dort eher die Schwächen als die Stärken, eher die Nichteignung als die Eignung für den Beratungsmarkt und eher die Risiken als die Chancen betont werden. Sehen wir uns das einmal genauer an.

Unnötige Vorbehalte gegen soziologische Unternehmensberatung

Zunächst fällt auf, dass die Soziologie weder über ein »klar definiertes Beratungsfeld« noch über besondere standardisierte Beratungsmethoden verfügt (Pongratz 2008: 100). Daher gibt es auch keine profilierte soziologische Beratung, sondern nur eine Beratung durch Soziologen (Howaldt 2008: 205).⁶ Wo Soziologen als Berater arbeiten, ist ihre akademische Provenienz oft gar nicht mehr erkennbar. »Erfolgreich ist die Soziologin im Unternehmen am ehesten, wenn sie keine mehr ist« (Kocyba 2008: 95). Dieser Befund wird auch unter dem Stichwort »Entsoziologisierung« diskutiert (z.B. Kühl, Tacke 2004: 67; Blättel-Mink, Briken 2008: 11). Die »Entsoziologisierung«, die Diffusion soziologischen Wissens im Sinne der »Trivialisierungsthese« (von Alemann 2002: 77) sowie die Möglichkeit eines »Überlaufens ins neoliberale Lager« führen dazu, dass viele Soziologen den freien Markt eher als Gefahr denn als Chance wahrnehmen. Es wachsen Befürchtungen, soziologische Inhalte würden sich in der unternehmerischen Praxis sozusagen »auflösen« und Soziologen könnten ihre »Identität« verlieren. Hier verdichten sich eine defensive Rückzugsmentalität und ein Block lähmender Bedenken, die eine Bewegung der Soziologie zu einer eigenständigen Form von Unternehmensberatung schon im Vorfeld verhindern. Dabei sind diese Bedenken größtenteils unbegründet und basieren auf unhaltbaren Annahmen. Denn jeder Wissenschaftler, welcher Disziplin auch immer, der in die unternehmerische Praxis geht, wird, was er mitbringt, den dortigen Aufgaben und Situationen anpassen müssen. Und jedes Wissen kann in diskursiven Zusammenhängen grob vereinfacht bis

⁶ Diese Einsicht führte bereits zur pragmatischen Minimaldefinition »Soziologische Beratung ist ... Beratung, die von Soziologinnen und Soziologen ausgeübt wird« (Beywel et al. 1996: 270), die dem Muster der klassischen Soziologiedefinition Dahrendorfs folgt.

falsch verstanden werden. Dadurch nehmen aber weder das Wissen noch der Wissenschaftler Schaden. Weiterhin gibt es kein Lager und keine Theorie, auf die ein Soziologe per se zu verpflichten wäre. Und es gibt keine »reine Lehre« der Soziologie, die vor Verfall oder Missbrauch geschützt werden müsste. Denn wer wollte bestimmen, welche diese reine Lehre sei? Zumal in einer Disziplin, die wie kaum eine andere von ihrer Spannweite und Pluralität lebt. Szenarien vermeintlich drohender »Entsoziologisierung«, »Trivialisierung« und »Lagerwechsel« dienen in erster Linie zur Abwehr der Einsicht in die Notwendigkeit einer konsequenten Öffnung und Weiterentwicklung der Soziologie.

Was das Fehlen einer spezifischen Beratungsmethodik betrifft, so gilt dies auch für andere Disziplinen (Kocyba 2008: 97), sogar für die Wirtschaftswissenschaften selbst. Auch sie bereiten in der Regel nicht auf Beratungstätigkeiten vor. Solches leisten erst besondere Kurse. Die eklektizistische Managerschulung, die jenseits des Kanons klassischer universitärer Disziplinen stattfindet, vermittelt Kategorien, Modelle und Präsentationstechniken, die von Beratungsunternehmen übernommen und perfektioniert werden. Es dürfte Soziologen nicht schwer fallen, sich diese Kenntnisse anzueignen, so dass sie die Erwartungen von Führungskräften besser verstehen und sich darauf einstellen können, falls sie sich für eine Tätigkeit als Unternehmensberater interessieren. Solche Anpassungen bedeuten keine opportunistische Selbstverleugnung, sondern lediglich eine sachliche Voraussetzung, um Zielgruppen adäquat ansprechen und bedarfsgerechte Dienstleistungen anbieten zu können. So gibt es gewisse Standards und Maßstäbe, denen Angebote von Beratungsleistungen genügen müssen, um Aussicht auf Erfolg zu haben. Und es gibt Standardfelder für Beratungsbedarf wie zum Beispiel »Merger & Acquisitions«, Markenentwicklung oder Corporate-Aufgaben (Corporate Identity, Culture, Governance, Communications), mit denen man sich auskennen muss, um passende Lösungen auf professionellem Niveau entwickeln zu können.

Mindestens dreierlei ist erforderlich, um Unternehmensführer erfolgreich zu beraten: Eine besondere Beratungsmethodik ist dabei das Wenigste, denn im einfachsten Fall könnte bereits ein natürlich geführtes Gespräch unter vier Augen reichen. Die Kenntnis der Mandanten und ihrer typischen Probleme ist schon weit schwerer zu erwerben. Bleibt noch das Grundlegende: die besonderen fachlichen Kompetenzen, die zur Beratung eingesetzt werden. Was hat die Soziologie da zu bieten?

Soziologische Kernkompetenzen für das Beratungsgeschäft

In der erwähnten Frankfurter Vortragsreihe wurden einige soziologische Tugenden genannt:

Reflexion. Die Soziologie ist eine methodisch reflektierende Wissenschaft (Blättel-Mink, Briken 2008: 13). Hierüber besteht weitgehend Konsens. Reflexion befähigt zur Kritik, Selbstkritik und auch zur Gesellschaftskritik im Sinne der Kritischen Theorie.

Fremdbeschreibung. »Soziologie ist die Wissenschaft der Fremdbeschreibung« (Blättel-Mink, Briken 2008: 10). Das könnte sie für Analysen und Supervisionen empfehlen.

Möglichkeitsinn. Aufgrund der besonderen geistigen Beweglichkeit und Distanz, die mit Reflexion, Kritik und Fremdbeschreibungen verbunden sind, sei die Soziologie auch in der Lage, eine schöpferische Phantasie des sozial und unternehmerisch Möglichen zu entfalten (Wiesenthal 2008: 33).

Generalismus. Dies ist eine Konsequenz der enormen Spannweite soziologischer Themen und Methoden und die positive Seite mangelnder Spezialisierung, wobei die Soziologie ja zahlreiche Spezialgebiete umfasst, die bei entsprechendem Beratungsbedarf aufgerufen werden können. Mit ihren Teildisziplinen reicht die Soziologie weit in benachbarte Disziplinen hinein, etwa mit der politischen Soziologie, der Soziologie der Massenkommunikation, der Mikrosoziologie und Sozialpsychologie sowie mit der großen Gesellschaftstheorie, die nahtlos in Philosophie übergeht. Hinzuzufügen wäre daher:

Theoriefähigkeit. Theorien gibt es überall. Aber die Soziologie ist in der Lage, deren sozial vermittelten Motive und Konstruktionen zu durchschauen, konstitutiven Ideen und Argumente vergleichend zu analysieren, sie somit virtuos zu beherrschen. Hinzuzufügen wäre weiter:

Kulturkompetenz. Indem sie Gesellschaften als Ganze erfasst, deren typische Züge und Traditionen erforscht und vergleicht, ist die Soziologie prädestiniert, ein tieferes Verständnis fremder Kulturen zu ermöglichen. Sie kann die für den wirtschaftlichen Erfolg auf fremden Märkten wichtigen »local factors« analysieren, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Regionalwissenschaften. Solche Kulturkompetenz ist in international agierenden Unternehmen stark gefragt.

Wissenschaftlichkeit. Das ist die Seriosität und solide Expertise verbürgende Basis der Beratung (Resch 2008), jedoch kein Privileg der Soziologie.⁷

Interaktionskompetenz. »Sozialwissenschaftler zeigen weniger Scheu als andere, Kommunikationsprobleme und Interessenkonflikte produktiv zu thematisieren« (Wiesenthal 2008: 25). Das ist ebenfalls relativ unspezifisch, aber ein möglicher Pluspunkt. An anderer Stelle wurde erwähnt:

Gestaltungswissen. Eine Forderung an die Soziologie, ihre Forschung und ihr Wissen, die dem sozialen Geschehen üblicherweise hinterherlaufen, produktiv einzusetzen und in die Zukunft zu wenden (Springer 2004). Diese Forderung wurde bereits zurückgewiesen (Kasper, Liebl-Blöchinger 2008: 187): Die Soziologie sei keine Gestaltungswissenschaft. Das schließt jedoch nicht aus, dass soziologische Kenntnisse produktiv eingesetzt werden. Denn Wissen, das die soziale Welt betrifft, kann zu großen Teilen in Gestaltungswissen überführt werden, im einfachsten Fall mittels analogisierender, idealisierender Fortschreibung: Was einmal funktioniert hat, könnte in Zukunft wieder so oder ähnlich gemacht werden.

Gefordert wird hier aber nicht, die Soziologie komplett »neu zu erfinden«, sondern lediglich, ihr zusätzliche Möglichkeiten berufspraktischer Anwendung zu erschließen und sie entsprechend darauf einzustellen. Es geht um eine reflektierte Flexibilisierung und konsequente Öffnung für Beratungen von Unternehmern und Führungskräften. Was die Soziologie auszeichnet und was sich bewährt hat, wird dadurch keinesfalls abgewertet und abgelegt, sondern im Gegenteil aktiviert und in neue Formen überführt. Das kann der Soziologie vermehrte Anerkennung und Bedeutsamkeit verschaffen.

Der hier grob skizzierte Katalog soziologischer Kompetenzen ist nur ein erster Entwurf. Andere Stärken wie zum Beispiel eine besondere Expertise in Bezug auf Erklärungen sozialen Handelns und ein damit verbundenes komplexes Menschenbild jenseits des *homo oeconomicus* können hinzugefügt werden. Die Quintessenz ist jedenfalls, dass die Soziologie vieles zu bieten hat, sich nicht verstecken muss und mit anderen Disziplinen problemlos mithalten kann, wenn sie nicht gar über ein wesentlich breiteres Spektrum von Möglichkeiten verfügt.

⁷ Weitere Aspekte von Wissenschaftlichkeit wären zum Beispiel der »analytische Blick, die Identifikation von Problemlagen, die Recherche, die Reflexion über Methoden und Lösungswege« (Siegel 2008: 195).

Entscheidend für eine künftige selbständige Beratungspraxis wäre, dass man einige Kernkompetenzen – z.B. gebündelte Kultur-, Interaktions- und Reflexionskompetenz – gezielt nutzt, um eine profilierte Form soziologisch fundierter Unternehmensberatung aufzubauen. Dafür braucht man eine Vision, wie eine solche Beratung aussehen könnte. Das muss jeder, der sich dafür interessiert, selbst herausfinden, denn jeder selbständige Berater muss sein eigenes Beratungsmodell entwickeln, es seinen Fähigkeiten entsprechend gestalten und in der Praxis später mit Leben und Überzeugungskraft füllen. Der Markt und die Soziologie bieten sicherlich Möglichkeiten für viele verschiedene Formen soziologisch fundierter Unternehmensberatung. Im Anschluss an das oben genannte Praxisbeispiel ließe sich beispielsweise folgende Vision realisieren.

Soziologische Unternehmensberatung als neue Führungsdisziplin

Eine neuartige, soziologisch fundierte Unternehmensberatung gewänne Profil, wenn sie wesentlich mehr böte als die traditionellen Beratungsleistungen der Industrie- und Organisationssoziologie und wenn man sie konsequent als Führungsdisziplin aufbaute. Besser als andere könnte sie Möglichkeiten und Konsequenzen unternehmerischen Handelns im gesellschaftlichen Umfeld abschätzen (Wiesenthal 2008: 33). Mit ihrer außerordentlichen methodologischen Vielseitigkeit und thematischen Spannweite könnte sie Kompetenzen verschiedener Disziplinen bündeln, koordinieren und eine produktive sozialwissenschaftliche Interdisziplinarität ermöglichen. Die ideale, soziologisch fundierte Unternehmensberatung bewiese höchste analytische Kompetenz, da sie in der Lage wäre, zur Beantwortung von Fragen der Unternehmensführung vielfältige Instrumente quantitativer und qualitativer Forschung flexibel einzusetzen. Sie verfügte über herausragende Argumentations- und Deutungskompetenz, da sie mit der Konstruktion und Dekonstruktion von Begriffen und Theorien vertraut ist. Und sie wäre fähig, daraus kreative Lösungen, intelligente Strategien und gezielte Maßnahmen zu entwickeln, die Marktpositionen sichern und stärken. All dies erfordert keinen Verrat an politischen oder moralischen Überzeugungen. Denn wenn Soziologen einem Unternehmen auf diese Weise zum Erfolg verhelfen, können auch die Mitarbeiter gewinnen (Howaldt

2008: 207). Sollte sich in der Praxis dennoch die Frage stellen, wie man sich in einer heiklen Situation noch »treu bleiben« kann, werden die soziologischen Berater und Beraterinnen mit reflexionsgeübtem Verstand gewiss bereit sein, darauf eine adäquate Antwort zu finden.

Literatur

- von Alemann, A. 2002: Soziologen als Berater. Eine empirische Untersuchung zur Professionalisierung der Soziologie. Opladen: Leske + Budrich.
- von Alemann, A. 2004: Soziologische Beratung – ein Überblick. In B. Blättel-Mink, I. Katz (Hg.), *Soziologie als Beruf? Soziologische Beratung zwischen Wissenschaft und Praxis*. Wiesbaden: VS-Verlag, 35–53.
- von Alemann, A. 2007: Der »fremde Blick«. Soziologen in der Beratung. In K. Späte (Hg.), *Beruf Soziologe?! Studieren für die Praxis*. Konstanz: UVK, 73–90.
- Beywel, W., Krekel, E., Lehmann, J. 1996: Grundlagen und Qualifikationen soziologischer Beratung. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, 19. Jg., Heft 3, 267–270.
- Blättel-Mink, B., Briken, K. 2008: Soziologie zwischen Marktgängigkeit und Kritik. Eine Einführung. In B. Blättel-Mink et al. (Hg.), *Beratung als Reflexion. Perspektiven einer kritischen Berufspraxis für Soziolog/inn/en*. Berlin: edition sigma, 9–22.
- Blättel-Mink, B., Briken, K., Drinkuth, A., Wassermann, P. (Hg.) 2008: *Beratung als Reflexion. Perspektiven einer kritischen Berufspraxis für Soziolog/inn/en*. Berlin: edition sigma.
- Blättel-Mink, B., Katz, I. 2004: Soziologie als Beruf? Eine Einleitung. In B. Blättel-Mink, I. Katz (Hg.), *Soziologie als Beruf? Soziologische Beratung zwischen Wissenschaft und Praxis*. Wiesbaden: VS-Verlag, 17–32.
- Ernst, B., Kieser, A. 2002: Versuch, das unglaubliche Wachstum des Beratungsmarktes zu erklären. In R. Schmidt, H.-J. Gergs, M. Pohlmann (Hg.), *Managementsoziologie: Themen, Desiderate, Perspektiven*. Mering: Rainer Hampp, 56–85.
- Faust, M. 2006: Soziologie und Beratung – Analysen und Angebote. *Soziologische Revue*, 29. Jg., Heft 4, 277–290.
- Craig, D. 2005: *Rip-Off! The Scandalous Inside Story of the Management Consulting Money Machine*. London: Original Book Co.
- Hardwig, T. 2008: Position, Perspektive und Relevanz soziologischen Wissens in Unternehmen. In B. Blättel-Mink et al. (Hg.), *Beratung als Reflexion. Perspektiven einer kritischen Berufspraxis für Soziolog/inn/en*. Berlin: edition sigma, 76–91.

- Howaldt, J. 2008: Soziologie und Beratung – Gratwanderung zwischen Wissenschaft und Praxis. Podiumsdiskussion mit Jürgen Howaldt, Herbert Kasper, Rainer Liebl-Blöchinger und Tilla Siegel. In B. Blättel-Mink et al. (Hg.), *Beratung als Reflexion. Perspektiven einer kritischen Berufspraxis für Soziolog/inn/en*. Berlin: edition sigma, 187–215.
- Kasper, H., Liebl-Blöchinger, R. 2008. Soziologie und Beratung – Gratwanderung zwischen Wissenschaft und Praxis. Podiumsdiskussion mit Jürgen Howaldt, Herbert Kasper, Rainer Liebl-Blöchinger und Tilla Siegel. In B. Blättel-Mink et al. (Hg.), *Beratung als Reflexion. Perspektiven einer kritischen Berufspraxis für Soziolog/inn/en*. Berlin: edition sigma, 187–215.
- Kühl, S., Tacke, V. 2004: Organisationssoziologie für die Praxis? Zur Produktion und Lehre eines Wissens, das sich gegen seine Verwendung sträubt. In B. Blättel-Mink, I. Katz (Hg.), *Soziologie als Beruf? Soziologische Beratung zwischen Wissenschaft und Praxis*. Wiesbaden: VS-Verlag, 67–82.
- Kocyba, H. 2008: Soziologie ohne Soziologen: Verkauft sich eine Profession unter Wert? In B. Blättel-Mink et al. (Hg.), *Beratung als Reflexion. Perspektiven einer kritischen Berufspraxis für Soziolog/inn/en*. Berlin: edition sigma, 92–98.
- Kurz, C. 2008: Der lange Marsch der Wissenschaft zur soziologischen Beratung. In B. Blättel-Mink et al. (Hg.), *Beratung als Reflexion. Perspektiven einer kritischen Berufspraxis für Soziolog/inn/en*. Berlin: edition sigma, 68–74.
- Latniak, E., Moldaschl, M., Rehfeld, D. 2004: Praxisfelder Soziologischer Beratung – Kritischer Kommentar. In B. Blättel-Mink, I. Katz (Hg.), *Soziologie als Beruf? Soziologische Beratung zwischen Wissenschaft und Praxis*. Wiesbaden: VS-Verlag, 166–174.
- Leif, T. 2005: *Beraten und verkauft*. McKinsey & Co. – der große Bluff der Unternehmensberater. München: Goldmann
- Nestmann, F., Engel, F. (Hg.) 2004: *Das Handbuch der Beratung*. (2 Bde.). Tübingen: dgvt Verlag.
- Ohly, R. 2000: *Soziologische Beratung. Ein Überblick*. Sozialwissenschaften und Berufspraxis, 23. Jg., Heft 4, 307–321.
- Pongratz, H. 2008: *Beratung und Kritik: Praxisanforderungen an die Soziologie*. Hans Pongratz im Interview mit Andreas Drinkuth. In B. Blättel-Mink et al. (Hg.), *Beratung als Reflexion. Perspektiven einer kritischen Berufspraxis für Soziolog/inn/en*. Berlin: edition sigma, 99–115.
- Resch, C. 2008: *Wissenschaft und kommerzielle Beratung. Bedingungen der Möglichkeit von reflexiver Beratung*. In B. Blättel-Mink et al. (Hg.), *Beratung als Reflexion. Perspektiven einer kritischen Berufspraxis für Soziolog/inn/en*. Berlin: edition sigma, 47–67.
- Rügemer, W. (Hg.) 2004: *Die Berater. Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Schützeichel, R., Brüsemeister, T. (Hg.) 2004: *Die beratene Gesellschaft. Zur gesellschaftlichen Bedeutung von Beratung*. Wiesbaden: VS-Verlag.

- Siegel, T. 2008: Soziologie und Beratung – Gratwanderung zwischen Wissenschaft und Praxis. Podiumsdiskussion mit Jürgen Howaldt, Herbert Kasper, Rainer Liebl-Blöching und Tilla Siegel. In B. Blättel-Mink et al. (Hg.), *Beratung als Reflexion. Perspektiven einer kritischen Berufspraxis für Soziolog/inn/en*. Berlin: edition sigma, 187–215.
- Springer, R. 2004: Soziologie als Gestaltungswissenschaft – Kritischer Kommentar. In B. Blättel-Mink, I. Katz (Hg.), *Soziologie als Beruf? Soziologische Beratung zwischen Wissenschaft und Praxis*. Wiesbaden: VS-Verlag, 105–113.
- Steinert, H. 2008: Gibt es eine Nachfrage für Möglichkeitssinn? Hat die Soziologie besonders viel davon? Anmerkungen aus Anlass des Vorschlags von Helmut Wiesenthal, soziologische Beratung als Erweiterung der Möglichkeiten zu praktizieren. In B. Blättel-Mink et al. (Hg.), *Beratung als Reflexion. Perspektiven einer kritischen Berufspraxis für Soziolog/inn/en*. Berlin: edition sigma, 42–46.
- Wiesenthal, H. 2008: Optionensonde und Entscheidungshelfer. Zur unausgeschöpften Beratungskompetenz der Soziologie. In B. Blättel-Mink et al. (Hg.), *Beratung als Reflexion. Perspektiven einer kritischen Berufspraxis für Soziolog/inn/en*. Berlin: edition sigma, 23–41.

Das Forschungsrating des Wissenschaftsrats

Einige Erfahrungen und Befunde

Friedhelm Neidhardt

Den deutschen Soziologen und Soziologinnen wird nicht entgangen sein, dass sie vom Wissenschaftsrat im Hinblick auf die Qualität von Forschung, Nachwuchsförderung und Wissenstransfer ihrer Forschungseinrichtungen bewertet wurden. Vor zwei Jahren habe ich dieses Großunternehmen in der »Soziologie« (35. Jg., Heft 3) vorgestellt. Im April 2008 wurden die Ergebnisse von der Steuerungsgruppe des Wissenschaftsrats bekannt gemacht, und die Medien haben darüber berichtet. Sowohl der Ergebnisbericht der Steuerungsgruppe als auch der Abschlussbericht der zuständigen Bewertungsgruppe¹ (im Folgenden zitiert als AB) können bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrats angefordert werden. Beide Texte sind auch im Internet einsehbar.² Ich kann mich an dieser Stelle deshalb auf die

1 Mitglieder der Bewertungsgruppe waren Andreas Diekmann (Zürich), Birgit Geissler (Bielefeld), Jürgen Gerhards (FU Berlin), Ronald Hitzler (Dortmund), Hans Joas (Erfurt/Chicago), Karl-Dieter Keim (Berlin), Siegfried Lamnek (Eichstätt-Ingolstadt), Richard Münch (Bamberg), Friedhelm Neidhardt (Berlin – Vors.), Werner Rammert (TU Berlin), Bernhard von Rosenblatt (Infratest München), Uwe Schimank (Hagen), Heike Solga (Göttingen, jetzt WZB), Peter Weingart (Bielefeld) und Reinhard Wippler (Utrecht), als fachfremdes Mitglied aus dem Wissenschaftsrat Peter Lichter (Krebsforschungszentrum Heidelberg). In der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrats waren Rainer Lange und Moritz Mälzer für das Forschungsrating zuständig.

2 http://www.wissenschaftsrat.de/pilot_start.htm

Darstellung von Erfahrungen und Befunden beschränken, die mir besonders instruktiv erscheinen. Eine Podiumsveranstaltung, die am 8. Oktober 2008 auf dem anstehenden Soziologiekongress stattfinden soll, wird Gelegenheit zu Nachfragen und Diskussionen bieten.

Die Datenerhebung

Das Forschungsrating des Wissenschaftsrats folgt dem Prinzip des »Informed Peer Review«. Die zur Bewertung benötigten Daten werden nicht im Sinne einer »Kennziffernsteuerung« zu einem Indikatorensatz verdichtet, aus dem rein rechnerisch Bewertungen abgeleitet werden. Entscheidend ist, dass Gutachter, in diesem Falle die Mitglieder der Bewertungsgruppe, bei allen Falleinschätzungen unter anderem prüfen, ob und in welchem Maße die verfügbaren Deskriptoren auch valide Indikatoren sind, bevor sie zur Bewertung eingesetzt werden.

Die Qualität der Gutachterurteile hängt dabei aber zuerst einmal von der *Zuverlässigkeit der Daten* ab. Die damit gesetzten Ansprüche an die Datenerhebung waren im vorliegenden Falle schon dadurch nicht leicht einlösbar, dass es sich um ein Pilotprojekt zu einer Massenerhebung handelt. Das Forschungsrating sollte für die Soziologie flächendeckend sein – und in der Tat ist eine außerordentlich hohe Erfassungsquote der soziologischen Forschungseinrichtungen erreicht worden: Es gelang dank des auf die Universitäten durchgreifenden Einflusses des Wissenschaftsrats und den Bemühungen seiner Geschäftsstelle fast eine Vollerhebung. Für 57 soziologische Forschungseinrichtungen (Universitäten und drei außeruniversitäre Forschungsinstitute) mit insgesamt 254 Forschungseinheiten (Lehrstühlen, Abteilungen) liegen die einschlägigen Daten vor, und diese beziehen sich auf 376 Professoren mit 999 Mitarbeitern.

Die Bewertungsgruppe konnte zwar davon ausgehen, dass die ihr verfügbaren Datensätze bessere und reichhaltigere Informationen bieten, als dies für die bisher vorliegenden Universitätsrankings der Soziologie der Fall ist. Es sind in der WR-Pilotstudie aber gleichwohl Zuverlässigkeitsdefizite zu registrieren, die Anlass gaben, im Abschlussbericht modifizierende Verfahrensvorschläge für die Nachfolgestudien zu machen, die der Wissenschaftsrat für andere Disziplinen plant – später vielleicht noch einmal auch für die Soziologie. Sie betreffen unter anderem (a) Verbesse-

rungsmöglichkeiten bei den elektronischen Fragebögen der WR-Geschäftsstelle. Sie beziehen sich zudem (b) auf die ungleichen Informationsleistungen der Universitäten, da sich bei den Erhebungen ergab, dass viele von ihnen kein leistungsfähiges Berichtssystem besitzen, also über sich selber nicht gut Bescheid wissen.

Entwicklungsbedarf besteht auch (c) beim Service des Informationszentrums Sozialwissenschaften, das seine Publikationsdaten bisher nicht unter dem Gesichtspunkt institutionenbezogener Evaluationen erhoben hat, sich nun aber auf derartige Anfragen einzurichten beginnt.³ Als besonders aufwändig und schwierig erwies sich die für alles Weitere sehr wichtige Erstellung korrekter Publikationslisten. Da die Nachweise des IZ durchweg nicht vollständig waren, wurden für alle beteiligten Wissenschaftler über die Fachkoordinatoren, die die Universitäten für die Erhebung benannt hatten, passwortgeschützte Zugriffe auf die für sie erstellten Publikationslisten eingerichtet und Korrekturmöglichkeiten über eine Online-Maske angeboten. Es lag sicher nicht nur an vielleicht unzureichenden Einsätzen dieser Fachkoordinatoren, dass (d) ein Drittel der Professoren und insgesamt die Hälfte aller erfassten Wissenschaftler diese Kontrollchance nicht genutzt haben – zu ihrem Nachteil.

Auch wenn all diese Ungereimtheiten verschwinden würden, bliebe für das Forschungsrating ein Erhebungsproblem, nämlich die Festlegung der Bewertungseinheiten. Dazu einige Bemerkungen.

Bewertungseinheiten

Die Ergebnisse des Forschungsratings dürfen nicht als Kompetenz einschätzungen von Personen missverstanden werden; es geht bei ihnen nicht darum, wie gut Herr X und Frau Y sind. Beurteilt werden bestimmte Leistungen ihrer Einrichtungen in einem bestimmten Zeitraum, nämlich in den Jahren 2001 bis 2005. Welche Einrichtung aber ist der tatsächliche Leistungsträger für die Leistungen, die gemessen werden sollen? Welche Aggregationsebene liefert valide Zurechnungsgrößen?

³ Das IZ hat einen Bericht zur Publikationserhebung für das Forschungsrating Soziologie vorgelegt: http://www.gesis.org/Publikationen/Berichte/GESIS_Berichte/GESIS_Arbeitsbericht5.pdf

In den Forschungs- und Lehrein-schätzungen deutscher Universitäten, die man in einigen Zeitschriften (Stern, Fokus, Zeit) immer wieder lesen kann, sind Fakultäten bzw. Disziplinenbereiche in Fakultäten als Bewertungseinheiten ausgewiesen. Das mag in der Lehre angemessen sein, da deutsche Universitäten nach Lehrgesichtspunkten organisiert sind. Im Hinblick auf Forschungsleistungen aber sind »Forschungseinheiten« mit gemeinsamer Forschungsplanung und abgestimmten Projektgestaltungen in der Soziologie nur selten oberhalb der Ebene von Professuren (Lehr-einheiten) institutionalisiert. Es kann deshalb zumindest nicht hinreichend sein, die Forschungsqualität der Universitätsdisziplinen nur pauschal auszuweisen.

Eine Bestätigung dafür bieten die Ergebnisse des Forschungsratings in dem zentralen Kriterienbereich I (Forschungsqualität), in dem in der Pilotstudie nicht »Forschungseinrichtungen«, verstanden als die Summe aller Organisationseinheiten der Soziologie in Universitäten bzw. außeruniversitären Forschungsinstituten, bewertet wurden, sondern deren Unteraggregate, die sich als »Forschungseinheiten« definiert haben. In der überwiegenden Mehrheit der Fälle streuten in den Forschungseinrichtungen die Bewertungen für deren Forschungseinheiten über zwei bis drei Noten; in einem Falle waren in einer Universität die ausgewiesenen Forschungseinheiten über die gesamte fünfstellige Notenskala von »exzellent« bis »nicht befriedigend« verteilt.

Das Problem bei dieser Messung ist allerdings, dass soziologische Forschungseinheiten in den Universitäten nicht institutionalisiert sind. Sie werden in den Einrichtungen für die Zwecke des Forschungsratings nach den allgemeinen Vorgaben des WR ad hoc definiert, und dabei spielen sicher auch taktische Kalküle eine Rolle. Das lässt sich an den Daten erkennen. Einerseits bestehen drei Viertel der ausgewiesenen Forschungseinheiten aus nur einer Professur mit durchschnittlich eher zwei als drei überwiegend teilzeitbeschäftigten Mitarbeitern; und dieser Befund weist auf die tatsächlich vorhandene Kleinteiligkeit der soziologischen Forschungsinfrastruktur hin. Andererseits existieren zehn Fälle von Forschungseinheiten mit fünf und mehr Professoren, ohne dass über die eingereichten Daten nachvollziehbar gewesen wäre, ob und in welchem Maße es sich hier um Aggregate mit signifikant ausgeprägten Kooperationen und nicht um bloße Artefakte handelt. Die Bewertungsgruppe hat bei der Indikatorenbildung zumindest die Größeneffekte solcher Konstrukte neutralisieren, die mit ihnen verbundenen Differenzierungsverluste jedoch nicht identifizieren können.

Indikatorenkalküle

Die größte akademische Herausforderung bestand für die Bewertungsgruppe darin, Daten erheben zu lassen, die sich als valide Indikatoren im Hinblick auf die Leistungen interpretieren lassen, die beurteilt werden sollen. Solche Indikatoren wurden in einem »Qualitätsmodell« (AB: 75–79) für die sechs verschiedenen Kriterienbereiche (I. Forschungsqualität, II. Impact/Effektivität, III. Effizienz, IV. Nachwuchsförderung, V. Transfer, VI. Wissensvermittlung) festgeschrieben. Dabei konnten den beiden letztgenannten Kriterienbereichen nur qualitative Indikatoren zugeordnet werden, sodass sich die Bewertungsgruppe entschloss, hier nur mit einer dreistatt einer fünfstelligen Notenskala zu arbeiten.

Die unterschiedliche Indikatorenfundierung des Forschungsratings stand im Zusammenhang mit dem Prinzip, *prozessproduzierte Daten* für die eigene Urteilsbildung zu nutzen: Das Peer Review der Bewertungsgruppe sollte, wo immer möglich, den Peer-Review-Praktiken angeschlossen werden, die im normalen Wissenschaftsprozess bei der Bewertung von Projektanträgen, Manuskripten, Publikationen, Kandidaturen etc. ständig und in großer Zahl stattfinden. Auf diese Weise können in einem »Informed Peer Review« die jeweils engagierten Gutachter bei ihrer Urteilsbildung durch Daten informiert und kontrolliert werden, in denen zahlreiche Bewertungsergebnisse anderer Gutachter aggregiert sind. Das aber funktioniert nicht in jeder Hinsicht gleich gut. Die im Wissenschaftsprozess laufenden akademischen Qualitätskontrollen sind vor allem in Bereichen der Wissenschaftsanwendung relativ schwach ausgeprägt; sie liegen auch für die Nachwuchsförderung nur teilweise vor. Und wo sie, wie für die drei forschungsbezogenen Kriterienbereiche I–III, zahlreicher vorliegen, erscheinen sie nicht durchweg valide. Auch wenn sie valide für den Nachweis bestimmter Leistungen erscheinen, bleibt noch die Frage zu erwägen, ob es wünschbar ist, diese Leistungen über die normativen Effekte der Indikatorenbildung noch zusätzlich anzureizen.

Die Bewertungsgruppe hat das Für und Wider für ihre eigenen Entscheidungen über den Indikatoreneinsatz im Abschlussbericht ausführlicher dargestellt und für dessen weitere Qualifizierung Vorschläge gemacht (AB: 37–40, 58–60, 63–73). Hier nur drei Beispiele.

(1) Im Forschungsrating wurden mehrere durchaus gängige *Vernetzungsdaten* nicht erhoben, obwohl es üblich ist, dass Gastaufenthalte, Konferenzteilnahmen, Tagungsveranstaltungen in Evaluationen positiv bewertet wer-

den. Die Entscheidung der Bewertungsgruppe ergab sich aus dem Eindruck, dass es sich hier eher um Aktivitäts- als um Qualitätsausweise handelt und dass ihre Indikatorenutzung in folgenreichen Evaluationen eher einen Anreiz für Geschäftigkeit als einen Stimulus für wissenschaftliche Leistungssteigerung auslösen könnte.

(2) Die Bewertungsgruppe hat auf den Einsatz von *Drittmitteldaten* nicht verzichtet, hat diese aber nur zurückhaltend und mit bestimmten Spezifikationen benutzt – dies aus folgenden Gründen: (a) Im Hinblick auf Drittmittelabhängigkeit unterscheiden sich nicht nur Disziplinen, sondern in Disziplinen auch die diversen Forschungsbereiche, ohne dass es für diesen Zusammenhang passable Algorithmen gäbe. (b) Als Qualitätsausweis erscheinen Drittmittel nur dann, wenn ihre Vergabe einer verlässlichen Qualitätskontrolle folgt; deshalb ist es wichtig zu berücksichtigen, aus welchen Quellen Drittmittel stammen. (c) Auch bei qualitätskontrollierten Förderungen eignet sich als Indikator für die meisten Zwecke weniger die Summe von Drittmitteln als die Anzahl ihrer Bewilligungen. (d) Schließlich ist hier wie bei anderen quantitativen Indikatoren nicht anzunehmen, dass ihr Zusammenhang mit Leistungsmerkmalen linear verläuft (für Drittmittel Jansen et al. 2008: 136ff.). Die Maximierungslogik des »Je mehr, umso besser« dürfte auch in der Wissenschaft zur Qualitätssteigerung nicht unbedingt beitragen. Umso erstaunlicher ist es angesichts dieser Einschränkungen, dass in verschiedenen Bundesländern und in zahlreichen Universitäten Leistungszuschläge für die Forschung weit überwiegend in Abhängigkeit von eingeworbenen Drittmittelsummen beliebiger Herkunft verteilt werden – ohne dass die Wissenschaftsorganisationen gegen die derart umgesetzte »Tonnenideologie« (Menninghaus 2008) vernehmbar protestiert hätten.

(3) *Publikationen* wurden von der Bewertungsgruppe als instruktive Outputindikatoren im Forschungsbereich der Kriterien I–III behandelt. Aber auch deren Nutzung erscheint aus verschiedenen Gründen nicht unproblematisch (allgemein: Hornbostel 1997: 237–307). Schwierigkeiten ergeben sich vor allem aus den ungleich ausgeprägten Kontrollen der verschiedenen Publikationssorten. Von den 10.622 Publikationen, die von deutschen Soziologen für den Zeitraum 2001 bis 2005 im Forschungsrating erfasst wurden, waren 7,3% Monographien, 6,8% Sammelbände, 45,2% Sammelbandbeiträge, 34,4% Zeitschriftenaufsätze und 6,3% Rezensionen. Alle Publikationstypen wurden für die Bewertung der einzelnen Forschungseinrichtungen ausgezählt, um deren Anteil am jeweiligen Gesamtausstoß

des Faches würdigen zu können, und die jeweiligen Publikationslisten wurden auch qualitativ analysiert. Aber nur jene Publikationen erhielten ein besonderes Gewicht, für deren Veröffentlichung mit einiger Zuverlässigkeit angenommen werden konnte, dass ihr eine Qualitätsprüfung durch Peer Review vorausgegangen war. Dies war ausschließlich bei einem Drittel der Zeitschriftenaufsätze der Fall, sodass insgesamt nur eine kleine Minderheit der Publikationen bei den quantitativen Analysen durchweg und übergewichtet veranschlagt werden konnte. Das lieferte auch einen der Gründe dafür, dass im Forschungsrating Soziologie nicht mit Zitationsanalysen gearbeitet wurde (dazu ausführlicher AB: 48, 65f.). Bedauerlich erscheint vor allem, dass keine generelle Qualitätseinschätzung von Monographien und Sammelbänden möglich war (vgl. Clemens et al. 1995), da die deutschen Verlage eine fachlich korrekte Qualitätsprüfung vor der Veröffentlichung ihrer Fachbücher nicht routinisiert haben. (Dass das CHE für seine Notenbildung Publikationen pauschal und nach Seitenlänge gewichtet, erschien der Bewertungsgruppe nicht nur nicht valide, sondern auch normativ nicht vertretbar: Es erscheint nicht geboten, über die in Evaluationen gesetzten Gütemaßstäbe Anreize dafür zu setzen, dass noch mehr und noch ausladender veröffentlicht wird als jetzt schon.)

Der Bewertungsprozess

Alle Anmerkungen zum Indikatoreneinsatz weisen darauf hin, dass eine reine Kennziffernbestimmung von wissenschaftlichen Leistungen – wie in vorhandenen Rankings üblich – nicht statthaft ist. Peer Review bedarf zwar der Orientierung durch quantitative Kennziffern, aber es ist selber unverzichtbar für die gebotenen Prüfungen von deren Zuverlässigkeit und Gültigkeit (Weingart 2005: 110ff.). Solche Prüfungen sind allerdings sehr aufwändig. Auch den 15 Fachmitgliedern der Bewertungsgruppe wurde im Forschungsrating viel Einsatz abverlangt. Sie kamen im Zeitraum Februar 2006 bis März 2008 zu 11 Sitzungen mit insgesamt 15 Sitzungstagen zusammen, und sie brauchten für deren Vor- und Nachbereitung einen Zeitaufwand, der insgesamt auf jeweils zwei bis drei volle Arbeitsmonate einzuschätzen ist.

Dieser Aufwand entstand nicht zuletzt aus der Überzeugung, dass die dargestellten Publikationsprobleme einen unmittelbaren Einblick in die veröffentlichten Forschungsarbeiten der Forschungseinheiten erforderlich

machen, um die Benotungen von Forschungsqualität fundieren zu können. Die Forschungseinheiten wurden deshalb aufgefordert, aus dem Berichtszeitraum 2001 bis 2005 je nach ihrer Größe eine bestimmte Anzahl von Publikationen eigener Wahl einzureichen. Da diese von jeweils zwei Gutachtern eingesehen werden sollten, erhielt jeder Gutachter zwischen 80 und 90 Publikationen von maximal 50 Seiten zur Prüfung – dies mit erheblichen Effekten im Endresultat: Die definitive Notengebung wich aufgrund der qualitativen Einschätzungen der »Forschungsqualität« durch die Gutachter in etwa einem Drittel aller Fälle von den Notenwerten ab, die sich durch reine Kennzifferrechnung ergeben hätten.

Dieser Effekt konnte nur akzeptabel sein, weil im Bewertungsprozess *systematische Kontrollen* der jeweiligen Gutachternoten eingerichtet waren. Sie erscheinen notwendig, weil nicht wenige Untersuchungen darauf verweisen, dass »Reliabilität, Fairness und Validität des Peer-Review-Verfahrens« nicht per se zu unterstellen sind (Bornmann, Daniel 2003). Der Forschungsstand ist in dieser Hinsicht allerdings widersprüchlich. Das lässt sich vor allem damit erklären, dass die in der Wissenschaft sehr variablen institutionellen Bedingungen, unter denen Peer-Review stattfindet, in der einschlägigen Forschung kaum thematisiert und berücksichtigt werden (Neidhardt 2006). Begutachtungsprozesse unterscheiden sich im Hinblick auf die Sorgfalt, mit der Gutachter rekrutiert sowie deren Fachkompetenz und Unbefangenheit kontrolliert werden. Hinzu kommt, dass bei der Einschätzung von Personen, Texten und Projekten die teilweise dissentierenden Voten der eingesetzten Gutachter normalerweise nicht mehr als den Rang von Zwischenprodukten in den Entscheidungsprozessen über die Verteilung von Ämtern und Preisen, Forschungsgeldern und Veröffentlichungschancen besitzen. Entscheidungen treffen Komitees, Fachkollegien, Herausbergremien etc., und sie tun dies nicht zuletzt mit kritischer Nutzung von instruktivem Gutachterdissens.

Im Forschungsrating wurde diesen Bedingungen Rechnung getragen: (a) Die Mitglieder der Bewertungsgruppe wurden aus den Vorschlagslisten unter anderem der DGS und der DFG gewählt, und weil dabei (siehe Fußnote 1) auf eine Heterogenität sowohl der paradigmatischen Orientierungen als auch der fachlichen Spezialitäten der Kandidaten und Kandidatinnen geachtet wurde, darf unterstellt werden, dass die Reichweite gutachterlicher Kompetenzen insgesamt recht groß war. Wo sie für bestimmte Fälle nicht ausreichend erschien, wurden zusätzlich externe Sondergutachter herangezogen. (b) Für den Einsatz der Mitglieder der Bewertungs-

gruppe bei der Begutachtung der verschiedenen Forschungseinrichtungen galten im Übrigen streng gefasste Befangenheitsregeln.⁴ (c) Vor allem aber wurde durch eine Mehrstufigkeit des Bewertungsprozesses für die systematische Kontrolle der Gutachtervoten gesorgt (Prinzip der »Mehrinstanzlichkeit«, Hirschauer 2004: 73ff.). Dazu einige Anmerkungen.

In einer ersten Bewertungsphase waren für die Einzelfälle jeweils zwei Mitglieder der Bewertungsgruppe als Gutachter tätig. Kamen sie zu keinem übereinstimmenden Votum, wurden sie in der zweiten Bewertungsphase angehalten, ihren Dissens wenn nicht aufzulösen, so doch aufzuklären. In einer dritten Bewertungsphase wurden alle Einzelurteile in der Gesamtgruppe aufgerufen, häufig (vor allem bei unaufgelöstem Dissens) kommentiert und am Ende vom Plenum beschlossen. Nach meistens kurzer, gelegentlich aber auch längerer Diskussion ergaben sich durchweg einmütige Notenfestlegungen.⁵ (Ausführlicher zum Bewertungsprozess AB: 24ff., 50f.) Es stellte sich also beim Forschungsrating eine ähnliche Erfahrung ein wie in Herausgeber- und Gutachtergruppen (zum Beispiel der DFG): In gemeinsamen Diskussionen erreicht der kollegiale Bewertungsprozess eine elementare Ebene geteilter Gütemaßstäbe, die ein Einvernehmen bei Qualitätseinschätzungen auch jenseits aller paradigmatischen Konfessionen möglich und wahrscheinlich machen.

Ratingfolgenabschätzungen

Das mit hohem Aufwand betriebene Verfahren rechtfertigt die Vermutung, dass die Fehlermenge im Forschungsrating vergleichsweise gering ist. Es schließt solche Fehler angesichts der dargestellten Probleme der Datenerhebung und der Indikatorenbildung aber sicher nicht aus. Und die Sorgfalt des Vorgehens nimmt dem Gesamtprojekt auch nicht den Charakter eines Konstrukts, dessen Erhebungspraktiken, Datenoperationalisierungen, Indikatorenkalküle und Skalendefinitionen wie überall in der Sozialfor-

⁴ Betraf eine Begutachtung die eigene Forschungseinheit eines Mitglieds der Bewertungsgruppe (das war in 10 Fällen gegeben), wurden sie von mir als Vorsitzenden der Bewertungsgruppe zusammen mit zwei Sondergutachtern durchgeführt. Die Ergebnisse wurden in der Bewertungsgruppe nicht diskutiert.

⁵ Der einzige Ausnahmefall führte dazu, dass keine Noten vergeben wurden.

schung nicht durchgängig nach dem Muster von »richtig oder falsch« zu bestimmen waren. Das Design des Projekts ergab sich aus Güteabwägungen, die im Einzelnen auch anders hätten ausfallen können, als sie unter den wahrgenommenen Umständen im Forschungsrating balanciert wurden.

Es ist dann auch nicht überraschend, dass Ambivalenzen über die Vernünftigkeit des folgenreichen Unternehmens in der Bewertungsgruppe selber verbreitet waren. Gleichwohl entstand in der letzten Sitzung nach Abschluss aller Arbeiten in der Gruppe ein voller *Konsens* darüber, dass es vertretbar und sinnvoll sei, die Ergebnisse für die öffentliche Nutzung durch den Wissenschaftsrat freizugeben. Für die Nachvollziehbarkeit dieser Entscheidung sprechen neben der relativen Güteeinschätzung des Forschungsratings auch sehr grundsätzliche Überlegungen: Evaluationen werden aus der Wissenschaft nicht mehr verschwinden, und sie werden auch die Soziologie regelmäßig vermessen. Entscheidend wird sein, dass die betroffenen Disziplinen diesen Prozess weder den Interessen von Universitätsleitungen und Ministerialbürokratien noch den Marktabhängigkeiten von privaten Instituten und bestimmten Zeitungen überlassen. »... academics should no longer leave evaluations to others, but should invest in self-defined measures of quality, relevance, and efficiency, and in the collection and propagation of data...« (Schimank 2005: 375).

Die Bewertungsgruppe hat dem Wissenschaftsrat vorgeschlagen, Forschungsratings unter bestimmten Qualitätsbedingungen zu routinisieren (AB: 57ff.)⁶, und dafür spielte auch folgendes eine Rolle: Die Treuhänderschaft des Wissenschaftsrats würde einerseits eine gewisse Verbindlichkeit der Forschungsratings garantieren und andererseits relativ wahrscheinlich machen, dass diese im Grundsätzlichen in der Regie der Wissenschaft bleiben. Deren Einfluss wäre freilich nicht schon dadurch gesichert, dass von den Fächern bei Bedarf kleine Gruppen von Kollegen und Kolleginnen für das Evaluationsgeschäft abgestellt werden. Auch im vorliegenden Fall ist mit den Berichten der Bewertungsgruppe das Thema für die Soziologie nicht erledigt. Diese Berichte verstehen sich als Teil eines Prozesses,

⁶ Dies allerdings nicht unbedingt in den vom WR erwogenen Fünfjahresabständen. Zehnjahresabstände würden, meine ich, einerseits die Untersuchungsphasen verlängern und damit die Erhebungen auf eine breitere Datenbasis beziehen, und sie würden andererseits die durch den Erhebungsaufwand entstehenden Belästigungen der Betroffenen vermindern. Den Universitäten bliebe es im Übrigen unbenommen, zur Selbstkontrolle ihrer Fächer nach dem Muster des Forschungsratings in den Zwischenzeiten Evaluationen durchzuführen.

in den sich das Fach mit seinen einschlägigen Experten und die DGS mit ihrem wissenschaftspolitischen Auftrag einschalten müssen.

Dabei geht es einerseits um die *Kontrolle der Professionalität* des bisherigen Verfahrens und der Schlüssigkeit der Empfehlungen, die die Bewertungsgruppe selber zur weiteren Entwicklung des Verfahrens gegeben hat. Im Hinblick darauf soll eine offene Berichterstattung zum Forschungsrating des Wissenschaftsrats die kritische Urteilsbildung im Fach ermöglichen. Diese wird dadurch fundierbar werden, dass die Geschäftsstelle des Wissenschaftsrats mit dem Kölner Zentralarchiv inzwischen vereinbart hat, die Daten des Forschungsratings, angemessen anonymisiert, noch in diesem Jahr für Sekundäranalysen freizugeben. Unabhängig von den gebotenen Qualitätskontrollen geht es aber bei den Versuchen der Profession, die Dinge nicht aus der Hand zu geben, auch noch um Grundsätzlicheres, nämlich um die *Kontrolle der Steuerungseffekte*, die von den Forschungsratings ausgehen (Nelson Espeland, Sauder 2007).

Steuerungseffekte resultieren aus Evaluationen (a) dadurch, dass sie auch (und vielleicht besonders) von denen wahrgenommen werden, die die Forschung symbolisch und materiell unterstützen – mit Reputation, Status und natürlich Geld. Reagieren sie mit Ressourcenverstärkung bei denen, die in Forschungsratings gut abschneiden, und mit Ressourcenverknappung bei denen, die dabei schlecht abschneiden, dann verändert sich die Statusdifferenzierung der Disziplin im Sinne des »Matthäus-Prinzips« – mit der Folge einer self-fulfilling prophecy (Münch 2008: 73ff.). Tendenzen in diese Richtung wirken dann (b) auf die Motivationen der Forscher ein. Rationale Akteure werden ihre Forschung auf die Kriterien hin ausrichten, mit denen sie folgenreich gemessen werden. Insofern ist jede Indikatorensetzung in Forschungsratings ein normativer Akt.

Die Bewertungsgruppe hat versucht, sich solche Effekte vorzustellen und je nach ihrer Wünschbarkeit bei der Wahl und Operationalisierung von Indikatoren zu berücksichtigen. Jedoch gibt es keine instruktiven Studien über Bedingungen und Wirkungen von Steuerungen durch Evaluation (vgl. aber Gläser et al. 2008). Deshalb hat die Bewertungsgruppe den Wissenschaftsrat auch angehalten, Forschungen im Sinne von »Ratingfolgenabschätzung« anzuregen und zu unterstützen. Aber auch hier wäre es die Sache der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, aufzupassen. In dem Maße, in dem sich die Universitäten dem Regime eines »New Public Management« anpassen, werden die Fachgesellschaften gefordert sein, die Integrität der Wissenschaft auch nach außen hin stärker zu schützen als bisher.

Literatur

- Bornmann, L., Daniel, H.-D. 2003: Begutachtung durch Fachkollegen in der Wissenschaft. Stand der Forschung zur Reliabilität, Fairness und Validität des Peer-Review-Verfahrens. In S. Schwarz, U. Teichler (Hg.), *Universität auf dem Prüfstand*. Frankfurt a.M.: Campus, 207–225.
- Clemens, E.S., Powell, W. W., McIlwaine, K., Okamoto, D. 1995: Careers in Print. Books, Journals, and Scholarly Reputations. *American Journal of Sociology*, Vol. 101, No. 2, 433–494.
- Gläser, J., Lange, S., Laudel, G., Schimank, U. 2008: Evaluationsbasierte Forschungsfinanzierung und ihre Folgen. In R. Mayntz, F. Neidhardt, P. Weingart, U. Wengenroth (Hg.), *Wissensproduktion und Wissenstransfer*. Bielefeld: Transcript, 145–172.
- Hirschauer, S. 2004: Peer Review Verfahren auf dem Prüfstand. Zum Soziologie-defizit der Wissenschaftsevaluation. *Zeitschrift für Soziologie* 33. Jg., Heft 1, 62–83.
- Hornbostel, S. 1997: *Wissenschaftsindikatoren. Bewertungen in der Wissenschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jansen, D., Wald, A., Franke, K., Schmoch, U., Schubert, T. 2007: Drittmittel als Performanzindikator der wissenschaftlichen Forschung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 59. Jg., Heft 1, 125–149.
- Menninghaus, W. 2008: Tonnenideologie. Elite-Universitäten durch Masse? *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 96 vom 26.4.2008, 14.
- Münch, R. 2008: Stratifikation durch Evaluation: Mechanismen der Konstruktion von Statushierarchien in der Forschung. *Zeitschrift für Soziologie*, 37. Jg., Heft 1, 60–80.
- Neidhardt, F. 2006: Fehlerquellen und Fehlerkontrollen in den Begutachtungssystemen der Wissenschaft. In S. Hornbostel, D. Simon (Hg.), *Wie viel (In-)Transparenz ist notwendig? Peer Review revisited*. iFQ-Paper No.1, Dezember 2006, 7–14.
- Nelson Espeland, W., Sauder, M. 2007: Rankings and Reactivities – how Public Measures recreate Social Worlds. *American Journal of Sociology*, Vol. 113, No. 1, 1–40.
- Schimank, U. 2005: »New Public Management« and the Academic Profession. Reflections on the German situation. *Minerva*, Vol. 43, 361–367.
- Weingart, P. 2005: Das Ritual der Evaluierung und die Verführung der Zahlen. In P. Weingart, *Die Wissenschaft der Öffentlichkeit*. Weilerswist: Velbrück, 102–122.

E-Mail-Debatte: Zukunft der Promotion

Nina Baur, Richard Münch und Maurizio Bach

- > Liebe Frau Baur,
- > soviel ist sicher: Demnächst wird die Bologna-Prozesswelle bei
- > den Promotionen eintreffen. Soweit sich absehen lässt, werden die
- > Bologna-Regulierungen (von »Reformen« möchte ich lieber nicht
- > sprechen) doch erhebliche Veränderungen mit sich bringen: Die
- > Studienzeiten werden länger, die Studiengänge und -abschlüsse
- > werden schwächer an den Wissenschaftsdisziplinen orientiert sein,
- > möglicherweise werden auch Studienplatzwechsel – national und
- > international – komplizierter. Aber ich will mich hier nicht ein wei-
- > teres Mal von der wissenschaftspolitischen Irrationalität des Bo-
- > logna-Prozesses faszinieren lassen. Mir geht es um die Zukunft des
- > Promovierens. Und dass ich mich damit an Sie wende, hat einen
- > einfachen Grund. Wenn ich recht sehe, sind Sie als Juniorprofesso-
- > rin in einer Position, aus der Sie das Promovieren von beiden
- > Seiten aus der Nähe sehen: Ihre eigene Promotion ist noch nicht
- > gar so lange her, und Sie tragen Verantwortung für das Promovie-
- > ren anderer. Darf ich Ihnen also ein paar Fragen stellen?
- > Werden die Bologna-Veränderungen auch auf die Promotions-
- > phase durchschlagen? – Doch wohl vor allem dann, wenn mit der
- > Vielfalt an MA-Studiengängen die Identität der Fächer angegriffen
- > wird. In all den Global Studies, Urban Studies, European Studies,
- > Public Health Studies usw. spielt die Soziologie eine gewisse Rolle.

- > Aber aus all diesen Studiengängen entstehen keine Soziologinnen
- > und Soziologen. Was folgt daraus? Ich sehe drei Möglichkeiten.
- > Entweder müssen wir uns darauf einstellen, dass Soziologie-Pro-
- > movenden am Beginn ihrer Promotionsphase erst einmal ernsthaft
- > Soziologie lernen. Oder man muss sich an den Gedanken gewöh-
- > nen, dass sich das Fach nur noch über die Absolventen jener weni-
- > gen Soziologie-Institute entwickelt, denen es gelungen ist, ein dis-
- > ziplinär klar konturiertes Soziologie-Studium gegen die Bologna-
- > Regulierungen zu verteidigen. Oder aber es wird in Zukunft statt
- > einer Promotion in Soziologie oder Politikwissenschaft Promotio-
- > nen in European Studies etc. geben. Das führt zu den nächsten
- > Fragen: Welche Bedeutung hat die Promotion für die Reproduk-
- > tion eines Faches? Haben wir demnächst Fächer ohne Nachwuchs?
- > Oder entwickeln sich über Verschiebungen in den Promotionsfel-
- > dern neu zugeschnittene Fächer? Wie würden die dann aussehen,
- > und was könnten und sollten sie leisten? In letzter Zeit gab es ja
- > immer wieder Auseinandersetzungen darüber, welche Institutionen
- > Promotionsrecht haben sollen. Das ist auch ein wichtiges Problem.
- > Vor allem für die Institutionen, die bisher keines haben. Dabei, so
- > scheint mir, spielen Eitelkeiten eine nicht unerhebliche Rolle. Wie
- > dem auch sei. Der Zusammenhang von akademischer Ausbildung
- > und Promotion ist (mir) wichtiger. Denn über die Zukunft der Pro-
- > motion entscheidet sich die zukünftige Substanz der Fächer, jeden-
- > falls in den Sozialwissenschaften.
- > Liebe Frau Baur, können Sie mit den Fragen etwas anfangen?

- > Herzlichen Gruß
- > Ihres

- > Georg Vobruba

- > Lieber Herr Vobruba,

- > ich habe jetzt an drei Universitäten drei BA-/MA-Reformen mit-
- > bekommen, und vor allem eines gelernt: Die Reformvorschriften
- > sind so offen gehalten, dass die Universitäten einen sehr großen
- > Gestaltungsspielraum haben. Es ist sowohl möglich, die traditio-
- > nellen sozialwissenschaftlichen Lehrformen und Lerninhalte unter

- > dem Deckmantel des Neuen aufrechtzuerhalten, als auch Studien-
> gänge zu schaffen, die mit Wissenschaft und den traditionellen
> Disziplinen nur noch sehr wenig zu tun haben. Mir scheint aller-
> dings, dass die Fächer diese Flexibilität zu wenig aktiv genutzt ha-
> ben, sich vielmehr zu Getriebenen der Universitätsverwaltungen
> gemacht haben. Diesen Fehler sollte man bei den Promotionen –
> sollte es auch hier zu einem Bologna-Prozess kommen – nicht
> wiederholen.
- > Natürlich sehe ich die Gefahr der fachlichen Zersplitterung
> und des Verlusts der Fachidentität, aber in jeder Neuerung liegen
> auch Chancen – gerade für die Soziologie. Waren wir nicht von
> Anfang an ein Fach, das um seine fachliche Identität kämpfen
> musste und dessen Übergänge zu andere Disziplinen fließend wa-
> ren? Ist nicht die »Einheit des Faches« auch ein Mythos, da unter
> dem Stichwort »Soziologie« an verschiedenen Universitäten sehr
> unterschiedliche Forschung betrieben wird? Ist nicht gerade diese
> Vielfalt die große Stärke der Soziologie? Entstehen nicht einige der
> spannendsten Arbeiten gerade in interdisziplinären Forschungsfel-
> dern? Wenn es gelingt, diese – wenn auch von außen aufgezwun-
> gene – Interdisziplinarität fruchtbar für die Forschung zu nutzen,
> kann sich dies sogar sehr positiv auf die Entwicklung der Sozio-
> logie als Fach auswirken, sofern es gelingt, die Diskursfähigkeit zu
> erhalten. Hierzu, denke ich, sind vor allem gemeinsam geteilte
> Wissensbestände im Rahmen der Theorie und Methoden erfor-
> derlich, die sich durchaus im Rahmen eines Promotionsstudiums
> vermitteln ließen. Ich glaube deshalb, dass es mehr darauf an-
> kommt, das Fach »Soziologie« für Promovierende attraktiv zu ma-
> chen, unter anderem durch eine anregende wissenschaftliche Dis-
> kussion mit entsprechenden Publikationsmöglichkeiten, eine gute
> Professionspolitik zum Beispiel durch die DGS sowie spätere
> Berufschancen.
- > Für viel größer als das Risiko des Verlustes der Fachidentität
> halte ich die Gefahr für die Reproduktion des Faches durch die an-
> deren Entwicklungstendenzen, die Sie ansprechen: der möglichen
> Ausweitung der Institutionen mit Promotionsrecht. Hierzu gehö-
> ren auch die Zunahme der Promotionen in Graduiertenkollegs,
> mit Stipendien und in reinen Forschungsprojekten sowie die
> (wahrscheinliche) Hierarchisierung der Standorte durch die Ex-

- > zelleninitiative. Für die Qualität der Forschung allgemein und der
> Promotionen im Besonderen sind diese neuen Promotionsformen
> wahrscheinlich sogar förderlich. Was aber dabei vergessen wird, ist
> die implizite Abwertung der traditionellen wissenschaftlichen Mit-
> arbeiterstellen an den einzelnen Professuren: Im Gegensatz zu den
> neuen Promotionsformen müssen die Doktoranden auf diesen
> Regel-Stellen den Großteil ihrer Zeit in Lehre und Verwaltung in-
> vestieren. Zu meiner Promotionszeit waren diese Stellen dennoch
> heiß begehrt, da mit ihnen die Aussicht auf bessere Karrierechan-
> cen verbunden war. Regel-Stellen geraten derzeit ins Hintertreffen
> gegenüber den neuen Promotionsformen und scheinen zu Karrie-
> refällen zu mutieren. Welcher erstklassige Nachwuchswissen-
> schaftler will an einer Provinzuniversität für die Lehre verbraten
> werden, wenn er die Chance hat, an einer Exzellenzuniversität in
> einem Projekt oder einem strukturierten Graduiertenprogramm zu
> promovieren? Wer macht dann aber die Lehre an den kleineren
> Universitäten? Und ist diese potenzielle Erosion der Lehre nicht
> eine wesentlich größere Gefahr für die Reproduktion des Fachs
> »Soziologie« als die Labels der neuen Studiengänge?
- > Unabhängig von diesen Prozessen sehe ich erheblichen Verän-
> derungsbedarf bei der Lage der Doktoranden während der Promo-
> tionszeit selbst: Das Durchschnittsalter bei der Promotion liegt in
> Deutschland (über alle Fächer) bei 34 Jahren. Während in den So-
> zialwissenschaften die reine Bearbeitungsdauer der Doktorarbeit in
> der Regel bei etwa viereinhalb Jahren liegt, vergehen im Schnitt
> über sieben Jahre vom Studienabschluss zur Promotion. Die Un-
> terbrechungen werden vor allem durch Finanzierungslücken und
> Erziehungszeiten verursacht. Eine Promotion dauert damit länger
> als ein Studium und muss erst einmal finanziert werden, zumal sich
> die soziale Zusammensetzung der Promovierenden im Vergleich
> zu den 1970er Jahren geändert hat: Ein großer Teil der Doktoran-
> den muss heute seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten und kann
> nicht im Zweifelsfall auf das Elternhaus zurückgreifen. Viele junge
> Wissenschaftler verschwenden wertvolle Zeit und Energie mit
> Versuchen, ihren Lebensunterhalt zu sichern – sie hangeln sich
> von Projektantrag über Arbeitslosigkeit zum nächsten Projekt und
> ziehen damit Ressourcen von der Promotion selbst ab. Eine Ne-
> benfolge sind viele Ortswechsel in kurzen Zeitabständen, die die

> Vereinbarkeit von Wissenschaft und Privatleben weiter erschwe-
> ren. Gleichzeitig überschneidet sich die Promotionszeit mit der
> Familiengründungsphase – bzw. eben gerade nicht, wie die Empi-
> rie zeigt: Die meisten deutschen Nachwuchswissenschaftler blei-
> ben kinderlos und gleichzeitig sinkt die Frauenquote während die-
> ser Zeit – vermutlich eine Selbstselektion.

> Ich halte es deshalb für dringend erforderlich, sich verstärkt
> um eine sichere und bessere Bezahlung junger Wissenschaftler zu
> bemühen. Es ist ein Hohn, die Besten eines Absolventenjahrgangs
> mit 1.000 € im Monat auf einer halben Stelle oder einem Stipen-
> dium abzuspeisen und dann politisch von Elitenförderung zu
> sprechen. Die Doktoranden selbst können sich aber für die Ab-
> schaffung dieser Missstände nicht einsetzen – dies liegt in der
> Hand der Generation der bereits etablierten Wissenschaftler. Hier-
> zu gehört auch, sich verstärkt die Frage zu stellen, was denn nach
> der Promotion geschehen soll: Deutschland hat nach Schweden
> und der Schweiz die höchste Promotionsquote der Welt. Die Wis-
> senschaft kann längst nicht mehr alle Promovierten dauerhaft auf-
> nehmen. Was aber sollen diese Doktoren stattdessen machen,
> wenn sie nicht arbeitslos werden sollen? Wie kann ein Übergang in
> außerwissenschaftliche Arbeitsfelder auch nach der Promotion ge-
> lingen?

> Wie Sie sehen, nehme ich eine ganze Reihe von Problemen
> wahr – vielleicht, weil wir den Bereich der Promotion in der Dis-
> kussion viel zu lange vernachlässigt haben. Leider habe ich keine
> Antworten auf diese Fragen, weshalb mich Ihre Meinung zu die-
> sem Thema sehr interessieren würde.

> Herzliche Grüße aus Berlin,
> Nina Baur

> Liebe Frau Baur, lieber Herr Vobruba,

> ja, die Promotion bekommt im Zuge des Bologna-Prozesses einen
> anderen Stellenwert. Sie wird zu einem Studiengang, und dieser
> Studiengang wird in Zukunft die Reproduktion der Identität des
> Faches gewährleisten müssen. Fangen wir von unten an: Bald wer-

- > den wir in allen Bundesländern das achtjährige Gymnasium haben,
- > fünfzig Prozent einer Alterskohorte sollen nach OECD-Vorgaben
- > ein Hochschulstudium absolvieren, egal ob das wirtschaftlich not-
- > wendig ist oder nicht. Es reicht, wenn die OECD das sagt. Selbst
- > wenn es noch eine Weile dauern wird, bis der Philologenverband
- > endgültig seinen Widerstand dagegen aufgibt, dass Lehrer entwer-
- > tet werden zu Vermittlern von gering ausdifferenzierten, PISA-
- > konformen Grundkompetenzen, die noch nicht zu einem wissen-
- > schaftlichen Studium befähigen. Dasselbe gilt für den Widerstand
- > des Hochschulverbands (das sind wir) gegen die Entwertung des
- > Professorenberufs zur Erweiterung dieser Grundkompetenzen auf
- > einem der ehemaligen Kollegstufe am Gymnasium angenäherten,
- > aber auch darüber hinausgehenden Niveau.

- > Die alte Fiktion der Einheit von Forschung und Lehre
- > Wir leben ja seit gut dreißig Jahren mit der Fiktion, dass man mit an-
- > nähernd einem Drittel bis zur Hälfte eines Altersjahrgangs dem
- > Humboldtschen Ideal der Einheit von Forschung und Lehre ent-
- > sprechen könne, wenn sich Lehrende und Lernende nur richtig an-
- > strengen und mit flächendeckender hochschuldidaktischer Ertüch-
- > tigung die Kluft zwischen Forschung und Lehre überbrückt wird.
- > Dieses Leben in der Fiktion ist einer Art hybridalen Modernisie-
- > rung auf einem nationalen Entwicklungspfad zu verdanken, der die
- > Bildungsexpansion umstandslos in die vorhandenen Institutionen
- > der Reproduktion der Bildungseliten wie auch der wissenschaftli-
- > chen Fachdisziplinen gelenkt hat. Wir waren an den Universitäten
- > wenig bereit, uns darauf mit einem Abgehen vom wissenschaft-
- > lichen Anspruch und einer stärkeren Praxisorientierung einzu-
- > stellen. Das ist mit gutem Recht geschehen, weil man von keiner
- > Berufsgruppe erwarten kann, dass sie von selbst ihren Status und
- > ihr Selbstverständnis aufgibt. Die Logik der Distinktion geht genau
- > in die andere Richtung, dass Fachhochschulprofessoren – immer
- > häufiger habilitiert – nach dem Promotionsrecht streben. Dieses
- > fatale Zusammenspiel zwischen der Modernisierung durch Bil-
- > dungsexpansion und dem Festhalten an der Idee der Einheit von
- > Forschung und Lehre musste mit exorbitant hohen Studienab-
- > brecherquoten und einer wachsenden Kluft zwischen schöner Idee
- > und hässlicher Realität bezahlt werden. Die Autonomie der Uni-

> versität war bislang in der korporativ-kollegialen Herrschaft der
> Professoren verankert. Dieses Bollwerk fällt jetzt dem Zangengriff
> von Bologna-Prozess, Exzellenzinitiative und neuem Hochschul-
> management mit entsprechender Entmachtung der Organe der
> akademischen Selbstverwaltung und der professoralen Korpora-
> tion zum Opfer.

> Die Soziologie im Bachelorstudiengang
> Die Universitäten müssen jetzt Bachelorstudiengänge anbieten, die
> keine Abbrecher produzieren, sondern ihre Absolventen mit ver-
> besserten und in bestimmte Richtungen entwickelten Grundkom-
> petenzen auf einen beruflich weniger als zuvor geschlossenen Ar-
>beitsmarkt vorbereiten, auf dem sie sich mehr durch ihre »persön-
>lichen Qualitäten« und »lebenslanges Lernen« als durch ein für alle-
>mal erworbene Berufsqualifikationen behaupten müssen. Das ver-
>langt die oft gebetsmühlenhaft beschworene »Flexibilität« und ge-
>rade nicht die frühe Fixierung auf das Studium eines Faches auf
> Gedeih und Verderb. Den Diplom-Studiengang der Soziologie in
> abgespeckter Form in den Bachelorstudiengang hineinzupressen,
> können wir deshalb vergessen. Das geht an der Nachfrage vorbei.
> Stattdessen bedarf es der Anreicherung von Grundkursen der So-
>ziologie durch »Module«, die sowohl eher praxisorientiert als auch
> eher allgemeinbildender Natur sein können. Die einen werden
> dann aus der Soziologie zum Beispiel ein Marketing- und Public-
>Relations-Studium machen, die anderen eine Allgemeinbildung,
> angereichert durch Kurse in Philosophie und Geschichte, wie in
> einem amerikanischen Liberal Arts College.

> Befreit vom Zwang der nie wirklich gelungenen Professionalisi-
>erung durch den Diplomstudiengang tut sich hier ein neues Feld
> des Beistuerns genuin soziologischer Gehalte zu einem offener
> gehaltenen Bachelorstudium auf. Das geschieht in direkter Kon-
>kurrenz zu den Fachhochschulen. Dabei werden sich zwei Strate-
>gien der Positionierung in diesem erweiterten Feld des Bachelor-
>studiums herausbilden. Auf der einen Seite besteht die Möglich-
>keit, wie die Fachhochschulen stark praxisorientierte Elemente in
> das Studium aufzunehmen. Damit wird man die größere Masse der
> Studierenden anziehen müssen. Ein Teil davon können zum Bei-
>spiel intensive Sprachkurse, Kommunikationstraining und derglei-

> chen sein. Die andere, eher exklusive, nur wenige mutige und
 > selbstbewusste Studierende anziehende Strategie ist das Modell des
 > Liberal Arts College, das auf die Erweiterung der Allgemeinbil-
 > dung zielt.

> Die Verteilung der Studentenströme wird sich zunehmend über
 > attraktive Angebote nach der einen oder nach der anderen Seite er-
 > geben, also zum Beispiel durch das Angebot an praxisrelevanten
 > Trainingskursen oder durch exklusive Bildungsangebote, für die
 > man mit einer international reputierten »Faculty«, das heißt mit be-
 > kannten Namen wirbt. Der Kampf um die Positionierung im Feld
 > verlangt die strategisch zirkuläre Akkumulation von monetärem
 > und symbolischem Kapital. Dieser Kampf findet längst statt und
 > führt dazu, dass es bald nur noch eine begrenzte Zahl potenter
 > Standorte geben wird, an denen die Soziologie eine führende Rolle
 > einnimmt und auf zuliefernde Module anderer Disziplinen zugrei-
 > fen kann, während die Soziologie an den weniger potenten Stand-
 > orten selbst auf den Status der Zulieferung zu den von anderen
 > Disziplinen beherrschten Studiengängen verwiesen bleibt. Das ist
 > nicht völlig neu, wird sich aber viel schärfer als in der Vergangen-
 > heit durchsetzen.

> Damit ist auch schon klar, wie es nach dem Bachelor weiter-
 > geht. Die meisten Bachelorabsolventen werden sich in der Praxis
 > weiter qualifizieren, aber nicht unmittelbar ein Masterstudium be-
 > ginnen. Aus dem alten Diplom einen konsekutiven Bachelor-/
 > Masterstudiengang zu machen, wird langfristig nicht von Erfolg
 > gekrönt sein. Man wird nicht genug Interessenten finden.

> Die Soziologie im Masterstudiengang

> Es wird viele Masterstudiengänge geben, die mit wohlklingenden
 > englischen Namen um Interessenten werben und auf möglichst
 > attraktiv erscheinende Betätigungsfelder fokussiert sind, wie zum
 > Beispiel European Studies, Urban Studies, Media Studies (wohl
 > weniger: Poverty Studies). Dabei muss die Bezeichnung schon
 > Lust auf die Betätigung machen. Für »Sociology« gibt es da wenig
 > zu holen. Dafür werden sich nur wenige Qualifizierungswillige in-
 > teressieren. Also muss man jeden nehmen, der sich meldet. Ande-
 > rerseits wird zur Akkumulation von monetärem und symbolischem
 > Kapital eine hohe Quote abgelehnter Bewerber um einen Studien-

> platz gehören. Denn wer alle aufnehmen muss, steht ganz unten in
> der Hierarchie. In diesem Dilemma wird der Soziologie ähnlich
> wie im Bachelorstudiengang auch beim Master nichts anderes übrig
> bleiben, als an potenten Standorten mit möglichst vielen Zulie-
> ferern Spezialmaster anzubieten, und an den weniger potenten
> Standorten selbst Zulieferer zu sein.

> Die Soziologie im Promotionsstudiengang
> Wo findet dann aber die Reproduktion des Faches Soziologie
> statt? Ja, nur noch in einem Promotionsstudiengang an den poten-
> ten Standorten. Es wird zwar noch eine Weile dauern, bis wir so
> weit sind. Es wird aber so kommen. Wir befinden uns mitten in
> diesem Verdrängungswettbewerb. Er bringt das hervor, was der
> Wissenschaftsrat unter horizontaler und vertikaler Differenzierung
> der Hochschullandschaft versteht. Der Kampf geht aktuell darum,
> wie viele Promotionsstandorte es neben den von der Exzellenz-
> initiative mit einer Graduiertenschule beschenkten Standorten Ber-
> lin (HU), Bielefeld, Bremen und Mannheim in Deutschland geben
> wird. Für die Erhaltung der für die Offenheit der Wissens evolu-
> tion erforderlichen Vielfalt soziologischen Wissens und des Wett-
> bewerbs sind das eindeutig zu wenig Standorte. Das kann man
> schon als eine der Wissens evolution abträgliche Konzentration
> von Ressourcen und damit als eine von der Exzellenzinitiative be-
> förderte Fehlentwicklung bezeichnen. Sie schafft Monopolrenten
> für privilegierte Standorte.

> Wenn aber die Soziologie an sich weder für Bachelor- noch für
> Masterstudenten attraktiv ist, woher sollen dann die Promotions-
> studenten kommen, und was soll sie zu einem solchen Studium be-
> wegen? Man wird die Doktoranden überwiegend im Masterstu-
> diengang abholen müssen, und zwar durch die Einrichtung eines
> Forschungs-Masters. Nach dem gemeinsamen ersten Studienjahr
> vertiefen die Studierenden dieser Spezialisierung ihre theoretischen
> und methodischen Kenntnisse in der Soziologie. Auf diese Weise
> qualifizieren sie sich für die Promotion, die dann nur noch wenige
> Seminare beinhaltet und sich überwiegend auf die Ausarbeitung
> der Dissertation konzentriert.

> An dieser Stelle prallen aber alte und neue Strukturen beson-
> ders heftig aufeinander, auf der einen Seite die etatmäßigen, in Lehre

> und Drittmittelinwerbung ausgebeuteten Lehrstuhlmitarbeiter, auf
> der anderen Seite die wachsende Zahl der mit einem Stipendium
> ausgestatteten Doktoranden in den Graduiertenkollegs und Gra-
> duiertenschulen. Letztere sind gegenüber den Ersteren nach dem
> neuen Modell privilegiert, Erstere jedoch noch nach dem alten
> Modell, weil sie in der Regel mehr als nur drei Jahre finanziert wer-
> den, wobei die Übergänge zwischen beiden Positionen immer häu-
> figer stattfinden. Es schält sich aber in der Tat eine privilegierte
> Gruppe von Nachwuchswissenschaftlern heraus, die mit Hilfe von
> Doktoranden- und Postdoktorandenstipendien und Auslands-
> aufenthalten an prestigereichen Forschungsstätten ihre Publika-
> tions- und Referenzlisten anreichern, während sich die anderen in
> der Lehrstuhlmitarbeit verschleißen und abgehängt werden. Hier
> haben sich die Verhältnisse um 180° gedreht. Bisher waren die Sti-
> pendiaten marginalisierte Mitläufer ohne feste Verankerung im
> System. Viele Professoren haben das noch gar nicht bemerkt. Die
> Privilegierten haben die weitaus besseren Berufungschancen, wer-
> den dann aber auf der Professur einem besonders heftigen Praxis-
> schock ausgesetzt, den sie nur mit tatkräftiger Unterstützung durch
> zahlreiche Mitarbeiter überstehen. So erhält sich dieses System von
> selbst.

> Für die meisten Absolventen der Doktorandenkollegs gibt es
> aber in der alten Oligarchie der Universität mit 17 Prozent Profes-
> sorenstellen und 83 Prozent Mitarbeiterstellen überhaupt keine
> Karriereaussichten. Die neuen Kollegs, gerade auch die im Rah-
> men der Exzellenzinitiative eingerichteten Graduiertenschulen,
> ringen einerseits um qualifizierte Doktoranden und finden sie über-
> haupt nicht in der gesuchten Zahl, andererseits produzieren sie
> eine Doktorandenschwemme, für die es überhaupt keine anschlie-
> ßenden Positionen in der Forschung und Lehre gibt, schon gar
> keine Professorenstellen. Die Profilierung der zukünftigen Promo-
> tionsstandorte erfolgt demnach auf Kosten vieler junger Men-
> schen, denen Hoffnungen gemacht werden, die sich innerhalb un-
> serer Hochschulstrukturen für die meisten von ihnen gar nicht er-
> füllen können. Das ist eine der zynischsten Seiten der von der Ex-
> zellenzinitiative initiierten Ausscheidungskämpfe.

> Diese Profilierungsstrategie in der Forschung wird nun durch
> eine »Qualitätsoffensive« in der Lehre flankiert. Auch diese Offen-

> sive läuft auf die weitere Aufblähung des Mittelbaus in besonders
> prekärer Stellung hinaus. Neben die kurzfristig privilegierten Sti-
> pendiaten und die mittelfristig ausgebeuteten Lehrstuhlmitarbeiter
> tritt die neue Kategorie der Lehrkraft für besondere Aufgaben, der
> ein Deputat von bis zu 18 SWS aufgebremst wird, damit sich die
> Professoren dem Monopoly-Spiel der Einwerbung von Dritt-
> mitteln, der Konstruktion weithin »sichtbarer« Forschungsverbün-
> de und der Attrahierung sowie Betreuung Prestige steigender
> Gastwissenschaftler widmen können, um mit dem eingeworbenen
> monetären Kapital noch mehr Mitarbeiter ohne Aussichten auf
> eine akademische Karriere beschäftigen zu können. Bei den neuen
> Lehrkräften ist an solche Aussichten überhaupt nicht zu denken.
> Sie hangeln sich von Vertrag zu Vertrag, immer in der Hoffnung,
> doch irgendwann eine feste Stelle zu ergattern. Je länger sie das
> tun, umso mehr schwinden jedoch die Chancen auf eine feste be-
> rufliche Stellung. Die neuen Leuchttürme der Wissenschaft werden
> auf dem Trümmerfeld vieler irgeleiteter und missbrauchter junger
> Menschen errichtet. Wir werden dazu gezwungen, dieses Monopo-
> ly-Spiel mitzuspielen, wenn wir selbst nicht an den Rand gedrängt
> werden wollen. Aber davon war ja schon in der letzten E-Mail-De-
> batte ausführlich die Rede.

> Promovieren mit Karriereaussichten. Wie geht das?
> In diesem Spiel wird es erst dann einigermaßen ehrlich und fair zu-
> gehen, wenn wir vollständig Abschied von den alten Strukturen
> nehmen. Das bedeutet zuallererst die komplette Abschaffung des
> Mittelbaus, auch des Mittelbaus an Projektmitarbeitern und dessen
> Ersetzung durch Tenure-track Juniorprofessuren. Erst dann gibt
> es ein einigermaßen ausbalanciertes Verhältnis zwischen Promo-
> vierenden, Juniorprofessuren und Seniorprofessuren. Erst dann ist
> auch ein Promotionsstudium der Soziologie attraktiv genug, um
> fähige Doktoranden anzuziehen. Erst dadurch kann die deutsche
> Soziologie so weit professionalisiert werden, dass sie – abgesehen
> von der hegemonialen Stellung der USA – international konkur-
> renzfähig ist. Innerhalb der alten Strukturen, in denen die Profes-
> soren Mitarbeiter beschäftigen, um weitere Mitarbeiter zu beschäf-
> tigen, und bei dieser Managementarbeit verlernen, selbst zu for-
> schen und zu publizieren, wird das nicht gelingen. Befreit von der

- > Herrschaft der Professoren werden dann die Doktoranden und
- > Postdoktoranden einzeln und in Teams zusammen mit den Profes-
- > soren viel mehr als zuvor für eine breit ausdifferenzierte, vielfältige
- > Reproduktion der Soziologie als Fachdisziplin sorgen. Hier stellt
- > sich wieder die Einheit von Forschung und Lehre ein, die an den
- > deutschen Universitäten und erst recht an den außeruniversitären
- > Forschungseinrichtungen zum Nachteil der Konkurrenzfähigkeit
- > im internationalen Wettbewerb verloren gegangen ist. Die halbe
- > Revolution, die wir gegenwärtig erleben, ist ein Desaster. Der Weg
- > zurück ist verstellt. Ein Ausweg aus dem Desaster ist nur durch
- > eine ganze Revolution zu finden.

- > Herzliche Grüße aus Bamberg
- > Ihres
- > Richard Münch

- > Liebe Frau Baur, lieber Herr Münch, lieber Georg,

- > ja, es ist wohl so: im Zuge des Bologna-Prozesses ist die Soziologie
- > als Lehrfach an vielen unserer Hochschulen in eine Krise geraten.
- > Als Fachvertreter an einer Provinzuniversität mit objektiv geringen
- > Chancen zum Aufstieg in die prestigeträchtige Exzellenzliga habe
- > ich das zweifelhafte Privileg, den Verdrängungswettbewerb, auf
- > den Kollege Münch aufmerksam macht, direkt und gleichsam an
- > der Front zu beobachten. Seit einiger Zeit laufen mir schlicht die
- > Doktorandinnen und Doktoranden weg. Wenn sie nicht in die
- > Praxis (darunter in Unternehmensberatungen) gehen, wo sie wohl
- > deutlich mehr verdienen (aber um welchen Preis?), wandern sie in
- > die Graduiertenkollegs ab. Das überraschte mich zunächst. Hielt
- > ich doch immer eine Mitarbeiterstelle mit deutlich reduziertem
- > Lehrdeputat, der Möglichkeit, Praxis- sowie Lehrerfahrungen zu
- > sammeln und vor allem auch: durch die Lehre selbst soziologische
- > Fachkompetenz (am meisten lernt doch immer der Lehrer) zu er-
- > langen, für den Königsweg der wissenschaftlichen Qualifizierung.
- > Unter solchen Bedingungen konnte man auch die nötige Muße
- > und Freiheit finden, um an einer Dissertation zu arbeiten. Ich er-
- > innere mich noch gut an frühere Zeiten, in denen Stellen dieser

- > Art äußerst knapp und entsprechend begehrt waren. Wer von uns
> kennt nicht gute Wissenschaftler, die nie eine Chance erhielten, auf
> eine Universitätsstelle zu gelangen und schließlich auf der Strecke
> blieben? Nun, mittlerweile scheint sich die Situation ins Gegenteil
> verkehrt zu haben. Es fehlt vielfach an qualifizierten Bewerbern
> für reguläre Mitarbeiterstellen. Jüngere Absolventen mit wissen-
> schaftlichem Potenzial werden zunehmend von den Graduierten-
> kollegs abgefischt. Auf dem Markt bleiben vielfach – Ausnahmen
> bestätigen natürlich die Regel – die *loser*. Diese aber werden in Zu-
> kunft wohl die Mitarbeiterstellen, insbesondere die neu geschaffene-
> nen Stellen für »Lehrkräfte für besondere Aufgaben« mit bis zu
> achtzehn (!) Semesterwochenstunden besetzen. Eine Folge davon
> wird sein, dass sich die Lehrgestalt der Soziologie noch radikaler
> verändern wird als bisher schon durch die Modularisierung. Die
> Überantwortung der Lehre in der Breitenausbildung an weniger
> qualifiziertes Personal mit deutlich erhöhtem Stellendeputat wird
> zu erheblichen Qualitätseinbußen in der Lehre führen. Nicht mehr
> die Entwicklung eines kritischen Problembewußtseins, intellektuell
> anspruchsvoller Diskursfähigkeit und inkongruenter Perspektiven
> auf die Alltagswelt werden im Vordergrund der Lehre stehen.
> Stattdessen wird einer zunehmenden, prüfungsbezogenen Didakti-
> sierung des »Stoffs« und der Vermittlung von trivialisierten, frag-
> mentierten und ins Power-Point-Format gepressten Lehrbuch-
> kenntnissen Vorschub geleistet. Dabei schwinden dann vollends
> die Chancen, dass sich Studierende überhaupt noch in ausreichen-
> der Zahl für Soziologie interessieren. Die Auswirkungen für die
> Promotionen an den »weniger potenten Standorten«, wie Kollege
> Münch es euphemistisch ausdrückt, liegen auf der Hand: Sie wer-
> den schlicht verschwinden. Immerhin tragen damit die Provinzuni-
> versitäten dann nicht mehr zu der prognostizierten »Doktoranden-
> schwemme« bei ...
- > Herzlich grüßt aus Passau
> Maurizio Bach

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Neue Mitglieder

Dipl.-Soz.wiss. Lars Alberth, Wuppertal
Dipl.-Soz. Steffen Albrecht, Berlin
Dipl.-Soz. Gina Atzeni, München
Dipl.-Pol. Ulf Banscherus, Dresden
Jun.-Prof. Dr. Ullrich Bauer, Bielefeld
Dr. phil. A. Doris Baumgartner, Zürich
PD Dr. Guido Becke, Bremen
Dipl.-Soz. Jenny Buchkremer, Oldenburg
Dipl.-Soz. Gesa Busche, 07749 Jena
Antje Daniel, M.A., Tübingen
Dr. Martina Dieckhoff, Berlin
Stephan Drucks, M.A., Bielefeld

Thomas Engel, M.A., Jena
Anina Engelhardt, M.A., Marburg
Prof. Dr. Susanne Anja Frank, Dortmund
Dr. phil. Eva Gerharz, Bielefeld
Lars Gertenbach, M.A., Jena
Dr. Robert Gugutzer, Frankfurt a.M.
Torsten Hans, Magdeburg
Sascha Helbardt, M.A., Passau
Nicole Carola Holzhauser, M.A., Braunschweig
Dipl.-Soz. Stephan Kirchschrager, Luzern
Matthias Klemm, M.A., Erlangen-Nürnberg
Gabriele Korge, M.A., Stuttgart
Dipl.-Soz. Regina Krezo, Berlin
Susanne Lantermann, M.A., Wittenberge
Dr. phil. Nina Leonhard, Strausberg
Dr. Michael Liegl, Mainz

Ana Mijic, M.A., Wien
Valerie Moser, M.A., Darmstadt
Dipl.-Soz. Julian Müller, München
Dipl.-Soz. Nina Müller, München,
Oliver Neumann, M.A., Bochum
Dr. phil. Jörg Oberthür, Jena
PD Dr. phil. Dietrich, Freiburg
Andrea Papst, M.A., Berlin
Dr. phil. Claudia Peter, Bielefeld
Viola-Donata Rauch, M.A., Berlin
Dipl.-Soz. David Reimer, Mannheim
Dipl.-Soz. Annette Reuter, Berlin
PD Dr. Birgitt Riegraf, Bielefeld
Dr. phil. Iris Ruppin, Weingarten
Dr. Gernot Saalman, Staufen
Dipl.-Soz.wiss. Melike Sahinol, Tübingen

Dr. Kornelia Sammet, Leipzig
Dipl.-Soz. Steffen Schindler, Mannheim
Dipl.-Soz. Frank Schubert, Bern
Dipl.-Soz. Silvester Stahl, Potsdam
Dr. phil. Silke Steets, Darmstadt
Dr. phil. Maja Suderland, Darmstadt
Prof. Dr. Hildegard Theobald, Vechta
Dipl.-Soz. Judith Vey, Berlin
Dr. rer. soz. Gabriele Wagner, Frankfurt a. M.
Dr. Jochen Wittenberg, Bielefeld
Prof. Dr. Volker Wittke, Göttingen

Neue studentische Mitglieder

Ole Hinrich Bassen, Hannover
Sarah Eckardt, Radebeul
Katharina Esche, Chemnitz
Regina Jutz, Ottobeuren

Oliver Komorek, Dresden
Matthias Lehmann, Dresden
Anika Michaelis, Berlin
Kristin Neumann, Dresden
Lena Respondek, Dresden
Judith Rosendahl, Dresden
Martin Schiele, Gernrode
Marlene Tietz, Jena

Austritte

Alexander Gabriel, Mainz

Sektion Soziologische Theorie

Bericht über die Tagung »Parasiten« der modernen Gesellschaft?»

Vor dem Hintergrund der Frage, wie soziale Ordnung möglich ist, hat sich die soziologische Theorie immer auch für »ordnungswidrige« Phänomene interessiert, diese aber lange als Abweichungen von erstrebten Entwicklungspfaden und Ordnungszuständen behandelt, die langfristig überwunden werden können. Solche weder intendierten noch erwünschten gesellschaftlichen Zustände haben sich jedoch in vielen Fällen als so dauerhaft erwiesen, dass der Verdacht wächst, es könnte sich bei ihnen um Begleitphänomene der modernen Gesellschaft handeln, deren Reproduktion durch moderne Sozialstrukturen nicht blockiert, sondern gerade ermöglicht wird. Die Tagung »Parasiten« der modernen Gesellschaft?«, die am 20. und 21. Juni 2008 an der Universität Osnabrück stattfand, setzte die Metapher des Parasiten ein, um Ordnungsformen zu thematisieren, die Institutionen der modernen, in unterschiedliche Handlungsfelder, Wertspären bzw. Funktionssysteme differenzierten Gesellschaft zu widersprechen scheinen, möglicherweise aber erst durch selektiven Gebrauch dieser Institutionen stabilisiert und reproduziert werden. Von *Wolfgang Ludwig Schneider* (Osnabrück) und *Michael Schmid* (München-Neubiberg) organisiert, beschäftigte sich die Tagung mit korruptiven, mafiösen und terroristischen Strukturen als Beispielen für »parasitäre« Ordnungsformen.

Zu Beginn der Tagung schlug *Michael Schmid* vor, das Problem der Sicherung von Eigentumsrechten als Ankerpunkt zu benutzen, um parasitäre Strukturen vergleichend zu thematisieren. Aus seiner Sicht stellen Mafia, Warlord-Strukturen, Terrorismus und Korruption Wege dar, Eigentumsansprüche zu erlangen und/oder zu schützen, wenn dies auf Basis der Durchsetzung eines staatlichen Gewaltmonopols nicht gelingt. Solche Handlungsmuster sind rational, aber parasitär insofern, als sie zu ineffizienten Einkommensverteilungen führen.

Peter Graeff (Bielefeld) vertiefte die handlungstheoretische, mit Elementen der Institutionenökonomik angereicherte Perspektive, indem er den Fall der Korruption (verstanden als Amtsmissbrauch) näher untersuchte. Im Zentrum stand die Frage, wie in einem Korruptionsverhältnis gewährleistet wird, dass beide Seiten die vereinbarten (illegalen) Handlungen tatsächlich ausführen. Neben Vertrauen, das vor allem bei längerfristigen Beziehungen über gemeinsames Wissen wechselseitige Erwar-

tungen stabilisiert, spielen Korruptionsnormen dafür eine wichtige Rolle. Sind solche Normen verbreitet, die als negatives Sozialkapital verstanden werden können, erscheint korruptes Handeln als zwar illegal, aber nicht illegitim und wird somit wahrscheinlicher, selbst wenn die Beteiligten sich nicht kennen.

Elmar Koenen (München) nahm anschließend das Beispiel der Korruption zum Anlass, die Brauchbarkeit der Parasiten-Metapher zu diskutieren. Er kontrastierte die Massenhaftigkeit alltäglichen korruptiven Handelns mit dem moralischen Unwerturteil, das mit der Rede von Korruption wie mit der Rede von Parasiten verbunden ist. Ausgehend von der These, dass es sich in vielen Fällen so genannter Korruption um informelle Praktiken der Absprache und Interessenvermittlungen handele, die unternehmerischen Erfolg unter schwierigen Bedingungen ermöglichen, ohne gravierende soziale Folgeschäden zu erzeugen, plädierte er dafür, solche funktionalen und insofern tolerablen Praktiken schärfer von einem Kernbereich schädigender und deshalb strafrechtlich zu verfolgender Korruption zu trennen.

Margit Weibrich (München) stellte in ihrem Vortrag mafiöse Strukturen in den Mittelpunkt und schilderte, wie das »Grundgeschäft« der Mafia, Schutz als partikuläre Dienstleistung anzubieten, ausgedehnt wird, so dass die verschiedensten Transaktionen – von der Müllentsorgung bis zum Drogenhandel – unter Rekurs auf die Drohung mit Gewalt gegen den Bruch informeller Vereinbarungen durch Transaktionspartner und gegen unerwünschte Konkurrenten abgesichert werden. Damit deutet sich ein Wandel an von einer parasitären Struktur, die sich in Widerspruch zum staatlichen Gewaltmonopol entwickelt, es schwächt, aber dennoch auf es bezogen bleibt, hin zu einem Wettbewerb privater Gewaltunternehmer.

Der Vortrag von *Andreas Pettenkofer* (Hagen) nahm Terrorismus als radikale Protestbewegung in den Blick. Während die Figur des Parasiten aus seiner Sicht vor allem auf die Gelegenheitsstrukturen verweist, die die Entstehung einer solchen Bewegung ermöglichen, vertrat er die These, dass eine längerfristige Selbststabilisierung terroristischer Gruppen gerade die Abkopplung von externen Gelegenheitsstrukturen impliziert. Am Beispiel der IRA argumentierte er in Anlehnung an religionssoziologische Ansätze, dass terroristisches Handeln sich stabilisiert, weil die Akteure auf diese Weise die Unerschütterlichkeit ihrer inneren Gesinnung den anderen Anhängern der Bewegung wie auch sich selbst demonstrieren können. Gleichzeitig ruft die gemeinsame Erinnerung an verübte Terrorakte und die damit

verbundene wechselseitige Bestätigung der Bindung innerhalb der Gruppe Euphorie hervor, was den Wunsch erzeugt, entsprechende Handlungen zu wiederholen.

Petra Hiller (Bielefeld) wandte sich in ihrem Vortrag erneut dem Beispiel Korruption zu, wählte aber eine systemtheoretische Perspektive. Sie betonte, dass Korruption nicht etwa auf Entdifferenzierung hinweist, sondern im Gegenteil als Folge der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft einerseits und der Bildung von Organisationen andererseits zu begreifen ist. Die Entscheidungsprogramme der meisten Organisationen orientieren sich primär an einem bestimmten Funktionssystem, sind aber auch für Konditionierungen durch die Rationalitäten anderer Funktionssysteme zugänglich. Solche Konditionierungen erfolgen maßgeblich über Netzwerke, die sich an Organisationen anlagern, aber nicht durch sie kontrolliert werden können. Korruption ist dann ein Beobachtungsschema der Moral, das selektiv bestimmte systemfremde Sinnverknüpfungen als unerwünscht markiert, während andere toleriert werden.

Marco Schmitt (Hamburg-Harburg) deutete in seinem Vortrag parasitäre Strukturen ebenfalls als Folge von Ausdifferenzierungsprozessen. Er plädierte dafür, die Figur des Parasiten als Schnittpunkt von systemtheoretischen (Luhmann) und netzwerktheoretischen (Latour, White) Ansätzen zu nutzen, um eine Kombination dieser Theorien zu ermöglichen. Ziel wäre dabei weder die Integration noch die bloße Gegenüberstellung der Perspektiven, sondern die Entdeckung von Komplementaritäten, die in der Thematisierung von Zurechnungsprozessen, Unschärfen und Handlungsblockaden liegen könnten.

Schließlich skizzierte *Wolfgang Ludwig Schneider* (Osnabrück) in seinem Vortrag, wie unterschiedliche parasitäre Sozialsysteme als Effekte selektiver Blockierungen der codegestützten Informationsverarbeitung in Funktionssystemen gedeutet werden können. Wenn in einem Funktionssystem ein Ereignis nicht eindeutig einer der beiden Seiten des binären Codes zugeordnet werden kann, produziert das System keine Information, sondern Lärm, der dann zur Basis für die Bildung eines parasitären Systems werden kann, das den Lärm verarbeitet, ihn aber gleichzeitig immer wieder neu erzeugt. Während mafiose Organisationen und korruptive Netzwerke Lärm im Rechtssystem nutzen und verstärken, setzen Protestbewegungen und terroristische Netzwerke an Codeblockaden im politischen System an.

In der Schlussdiskussion wurde deutlich, wie fruchtbar aus Sicht der Teilnehmer die gegenstandsbezogene Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Theorien im Rahmen der Tagung war. Der mit dem Tagungsthema grob abgesteckte Phänomenbereich wurde in den Vorträgen zwar durchaus unterschiedlich aufgegriffen. Auffällig war aber, dass in den Debatten klassische Konfliktpunkte zwischen konkurrierenden theoretischen Ansätzen in den Hintergrund traten und einem auf den Gegenstand bezogenen Vergleich der Erträge unterschiedlicher theoretischer Perspektiven Platz machten. Neben vielen interessanten Beobachtungen zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden von korruptiven, mafïösen und terroristischen Strukturen lieferte die Tagung somit auch wichtige Impulse für einen produktiven Umgang mit der Theorienvielfalt in der Soziologie.

Isabel Kusche

Sektion Wissenschafts- und Technikforschung

Bericht über die Tagung »Zwiespältiger Fortschritt? Epistemische und legitimatorische Probleme praktisch wirksamer Wissenschaft«

Insbesondere in der Klimaforschung und -politik, aber auch in vielen anderen risikopolitisch sensiblen Feldern wie »Grüne Gentechnik«, Chemiepolitik, Nanotechnologie oder Food Safety wird offenkundig, welchen besonderen Bedingungen Wissenschaft unterworfen ist, deren Ergebnisse für die Politikgestaltung von unmittelbarer Relevanz sind. In diesen Konflikten ist deutlich sichtbar geworden, dass die Wissenschaft in praktischen Anwendungskontexten in der Regel weit davon entfernt ist, konsensuelles, eindeutig handlungsorientierendes Wissen zur Verfügung zu stellen. Die seit einigen Jahren wachsende öffentliche und (sozial-)wissenschaftliche Aufmerksamkeit für Ungewissheit und wissenschaftliches Nichtwissen sowie für die Pluralität epistemischer Kulturen bringt dies recht klar zum Ausdruck und markiert einen zumindest partiellen Perspektivenwechsel in der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Wissenschaft und wissenschaftsbasierter Technik. Die Chance zur Erzeugung konsensuellen Wissens verringert sich, so dass kognitive Unsicherheit, normativer Dissens und kategoriale Uneindeutigkeiten aufbrechen.

Wie gelingt vor diesen Hintergrund die Herstellung von Handlungsfähigkeit? In jedem Fall provoziert diese Konstellation einer engen Verflechtung von Wissenschaft und Politik nicht nur Veränderungen im politischen System der Vorbereitung und des Treffens kollektiv verbindlicher Entscheidungen, sondern wirkt auch auf die Wissenschaft selbst zurück und führt dort zu Anpassungsprozessen. Diese vielfältigen Wechselwirkungen zu würdigen und ihre Effekte zu studieren, stand im Mittelpunkt der Tagung »Zwiespältiger Fortschritt? Epistemische und legitimatorische Probleme praktisch wirksamer Wissenschaft« am 26. und 27. Juni 2008 in Augsburg, deren Vorträge anhand verschiedener empirischer Fallstudien wie theoretischer Konzepte diese Problemstellung ausloteten.

Den Auftakt machte *Franz Seifert* (Wien) mit seinen Überlegungen »Zurück an den Start. Wenn der Konsens ausbleibt«. Mit Blick auf die transnationale Regulierung der Agrobiotechnologie (»grüne Gentechnik«) ging er von der These aus, dass die Hegemonie von Konzepten des »wissenschaftlich nachweisbaren« physischen Risikos die Chancen einer reflexiven Gestaltung solcher Politikprozesse stark begrenzt. Dies untermauerte er zum einen am Beispiel einer Intervention von Sozialwissenschaftlern/innen im Streitschlichtungsverfahren der WTO (2003-2006) um das frühere EU-Moratorium beim Import gentechnisch veränderter Organismen (GVO). Der Vorstoß, der auf eine Kritik am Objektivitätsanspruch des wissenschaftlichen *risk assessment* zielte, dokumentierte den begrenzten Einfluss reflexiver Angebote ohne konkreten Risikobezug, und wurde schlicht ignoriert. Zum anderen sind die nachfolgenden Disziplinierungsversuche der Europäischen Kommission gegenüber Österreich aufschlussreich, das sich als gentechnikfreie Zone erhalten wollte. Hier bestand die Lösung darin, Österreich zuzugestehen, keine GVO anzubauen, jedoch entsprechende Produkte importieren zu müssen. Der verwissenschaftliche Risikodiskurs lief ins Leere und mündete in fragwürdige politische Aushandlungen.

Gottbard Bechmann und *Fritz Gloede* (Karlsruhe) eröffneten ihr Referat zu »Wissen und Politikberatung – eine neue Dimension des Praktischwerdens der Theorie« mit einer Erinnerung an zentrale Konzepte der Systemtheorie Luhmanns, die den Begriff des Risikos vor dem Hintergrund von Kontingenz und Komplexität als hochstufige Kontingenzarrangements auszudeuten halfen. Der wesentliche Gewinn dieser Überlegungen bestand darin, an die Voraussetzung jeglicher Risikopolitik zu erinnern, dass im Grunde unentscheidbare Angelegenheiten entscheidbar gemacht werden müssten.

Vor diesem Hintergrund plädierten die beiden Autoren für ein »qualitativ hochwertiges« Management von Unsicherheit, für eine Prozeduralisierung des Zusammenhangs von Wissen und Entscheidung sowie für die Konzentration der Technikfolgenabschätzung auf bislang von der Aufmerksamkeit Ausgeschlossenes.

In seinem Referat »Legitimation trotz wissenschaftlicher Unsicherheit? Die Grenzziehung zwischen Natur und Gesellschaft und das erfolgreiche Scheitern des internationalen Klimaregimes« konzentrierte sich *Willy Viehöver* (Augsburg) auf unterschiedliche Krisenformen, die bei der Etablierung des internationalen Klimaregimes entscheidend sind. Am Beispiel des Streits um den anthropogenen Klimawandel machte er auf eine grundlegende Krise der modernen Unterscheidung zwischen Natur und Gesellschaft aufmerksam. Die Legitimationsprobleme handlungspraktisch wirksamer Wissenschaft verdeutlichte er mit Blick auf die Etablierung notwendiger Fiktionen, einer Objektivitätsfiktion, gestiftet durch das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) und seine Berichte, einer Souveränitätsfiktion im Rahmen hybrider klimapolitischer Governance-Strukturen und einer Konsensfiktion vor dem Hintergrund wachsend unscharfer Grenzen zwischen Wissenschaft, Politik und den Medien. In der Folge wäre es für die politische Gestaltung von Klimaregimen notwendig, eine »grammar of confidence« zu entwickeln. Viehöver bündelte seine Überlegungen in der These, dass das CO₂ sich von einem »Tracer« in ein Totem verwandeln würde.

Jens Soentgen (Augsburg) nahm diese erzähltheoretisch inspirierte Perspektive, wonach Geschichten zu »Geburtsstätten neuer Welten« (Paul Ricoeur) werden können, direkt auf und zeichnete den Bedeutungswandel des »Kohlendioxid[s] – vom Spiritus lethalis zum Klimakiller« nach. Dabei wurde deutlich, wie wenig man diese Geschichte verstünde, wenn man allein den Zeithorizont der modernen Gasforschung seit dem 17. Jahrhundert in den Blick nähme. Vielmehr beginnt diese Geschichte mit dem Beginn der Erdgeschichte, denn das Kohlendioxid war erdgeschichtlich eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass überhaupt Leben auf der Erde entstehen konnte. Kohlendioxid weist also – je nach Perspektive – sehr unterschiedliche Bedeutungen und Funktionen auf. Zugleich bildete dieser Vortrag eine Einführung in die Wissenschafts-Ausstellung zu dieser Thematik am Wissenschaftszentrum Umwelt der Universität Augsburg (<http://www.co2-story.de>).

Alexander Bogner (Wien) fokussierte mit seinen Überlegungen zu »Handeln trotz Wertedissens – Formen und Funktionen bioethischen Unsicherheits-Managements« auf die Bedeutung ethischer Expertise in politischen Prozessen. Seine These lautete, dass mit ethischen Expertisen ein ganz eigener »Rahmen« der Behandlung von Technisierungskonflikten etabliert würde. Der »Rahmen« selbst ließe sich als eine gemeinsame diskursive Basis der Konfliktaustragung bestimmen. Im Gegensatz zum Bereich der Agrobiotechnologie, die unter einem »Risiko-Rahmen«, bei dem der Streit um das »richtige« Wissen im Mittelpunkt steht, behandelt würde, etablierten sich die Konflikte um die Stammzellforschung unter einem »Ethik-Rahmen«. Auf diese Weise vollziehe sich ein Geltungswandel des Dissenses. Dissens sei nicht mehr kontraproduktiv. Vielmehr biete der Ethik-Rahmen durch seine Legitimität des Dissenses eine Dauerchance zur Öffnung von Diskursen. Dies stifte zugleich der Politik neue Autonomiespielräume gegenüber den Experten. Man könne den Titel des Vortrags daher zuspitzen zu »Handeln wegen Wertedissens«.

Cordula Kropp und *Gerald Beck* (München) konzentrierten ihre Überlegungen zur »Risikokommunikation zu Nahrungsergänzungsmitteln – wissensbasierte Verbraucherberatung als legitime Handlungsorientierung?« auf zwei zentrale Aspekte. Zum einen müsse im Spannungsfeld zwischen Politik, Wirtschaft und Verbrauchern die Rolle von Wissenschaft bei Prozessen der Risikokommunikation neu bestimmt werden. Hierbei könne zwischen zwei Formen der Risikokommunikation unterschieden werden. Einer »Risikokommunikation 1«, bei der Experten über Risiken aufklären und Betroffene anhand besseren Wissens zu angemessenem Handeln befähigt würden, sowie einer »Risikokommunikation 2«, die sich selbst noch so reflektierten Aufklärungsmodellen widersetze und relationale wie partikularistische Effekte sowie die Ungewissheit des Wissens mit berücksichtige. Diese Unterscheidung wurde zum anderen mit Blick auf unterschiedliche Angebote der Risikokommunikation zu Nahrungsergänzungsmitteln plausibilisiert und dabei das Internet-Tool »Risikokartierung« vorgestellt (<http://www.risk-cartography.org>).

Alena Bleicher, *Matthias Groß* und *Wolfgang Krohn* (Leipzig/Bielefeld) setzten mit ihrem Beitrag »Experimentelle Governance: Politisch relevantes Wissen in der Sanierung kontaminierter Industrieregionen« den Schlusspunkt zu dieser Tagung. Am Beispiel von »Mega-Sites«, also Standorten mit sehr großen Mengen von Industrieabfall im Boden, diskutierten sie Strukturen einer experimentellen Governance. Dabei rechtfertigte sich die

Redeweise vom »Experimentellen« einerseits durch den offenen Umgang mit Unbekanntem bei der Wissensgenese, andererseits aber ebenso durch den Umbau von Verwaltungsstrukturen. So würde es mit dem so genannten Auflagenvorbehalt der Behörde möglich, einen proaktiven Umgang mit bisher Nicht-Gewusstem zu eröffnen. Prozesse müssten nicht gestoppt werden, obgleich für den Prozess wesentliche Wissensgrundlagen oftmals erst im Laufe des Prozesses generiert werden könnten. Auf diese Weise könnten unerwartete Wendungen als Katalysatoren für neue Forschung und Lernprozesse auf Anwenderseite gesehen werden.

Aus der Fülle der differenzierten Diskussionsfäden lässt sich folgender Punkt zusammenfassend besonders hervorheben: Zumindest drei Typen der praktischen Wirksamkeit von Wissenschaft haben sich in den Referaten und der Diskussion gezeigt: In manchen Fällen wird Wissenschaft praktisch wirksam durch das Einspeisen konsensuellen Wissens. Dies gilt etwa für das Feld der Klimaforschung, wengleich hier eher von einer (nicht ganz unproblematischen) Konsensfiktion gesprochen werden muss. In anderen Fällen wird Wissenschaft praktisch wirksam gerade durch Dissens. Denn Dissens eröffnet politische Handlungsräume – wobei ein Dezisionismus der Politik als Schattenseite dieses Typs gewertet werden muss. Schließlich wird Wissenschaft praktisch wirksam durch Arrangements des produktiven Umgangs mit Ungewissheit, Uneindeutigkeit oder Nichtwissen.

Sicherlich bedürfte es einer weiter gehenden, kontextsensiblen Analyse dieser verschiedenen Formen, um die je unterschiedlichen Interaktionen zwischen Wissenschaft und Politik erfassen zu können. Darüber hinaus müssen aber vor allem die jeweiligen Gültigkeitsbedingungen dieser verschiedenen Formen praktischer Bedeutsamkeit von Wissenschaft selbst zum Gegenstand der Analyse gemacht werden. Besonders die Frage, in welcher Weise die Konflikte gerahmt werden sollten, muss als genuiner Bestandteil sozialer Auseinandersetzungen in risikopolitischen Feldern gewertet werden.

Stefan Bösch, Peter Wehling

Sektion Wissenssoziologie

Bericht über die Tagung »Interkulturelle Interaktionen. Zur Ethnographie in der globalisierten Gesellschaft«

Wie ist intersubjektives Verstehen möglich, wenn die Interaktionsteilnehmer aus unterschiedlichen Sinn- und Symbolsystemen heraus die Welt deuten? Wie lässt sich ethnographisch das menschliche Bemühen um Fremdverstehen interpretieren? Welche Formen kategorialer Selbst- und Fremdzuschreibung sind hierbei zu beobachten? Diesen und vergleichbaren Fragen gingen die 2. Fuldaer Feldarbeitstage nach. *Anne Honer* (Fulda) und *Angelika Pofertl* (München) hatten im Namen des Arbeitskreises Ethnographie der Sektion Wissenssoziologie zu einer Tagung unter der Überschrift »Interkulturelle Interaktionen. Zur Ethnographie in der globalisierten Gesellschaft« am 26. und 27. Juni 2008 eingeladen.

In insgesamt elf spannenden und sehr heterogenen Vorträgen wurde der ethnographische Zugang zu »interkulturellen Interaktionen« thematisiert und diskutiert. Dabei wurden unter anderem die Fragen, was den Charakter von »Kultur« und damit auch von »Interkulturalität« ausmacht, immer wieder gestreift. Schon im zweiten Eröffnungsvortrag von *Angelika Pofertl*, der einen Überblick über die Globalisierungsdebatte gewährte, wurde ersichtlich, dass Prozesse der Globalisierung und Transnationalisierung alle Bemühungen der national-kulturellen Schließung unterlaufen und Ideen kultureller Homogenität als Phantasmen entlarven. Stattdessen sind Phänomene »kultureller« Melange – wie es einst Jan Nederveen Pieterse bezeichnete – zu verzeichnen.

Dennoch – so konnten einige Vorträge zeigen – ist die Deutung von Sinn in Interaktionen oftmals gebunden an die zugeschriebene kulturelle Zugehörigkeit und an die Vorstellung (national-)kultureller Verschiedenheit. Die Idee in sich homogener Kulturen und die konstruierte kulturelle Differenz gestalten Interaktionssettings und beeinträchtigen dadurch das wechselseitige Verstehen. Entsprechend ging es dann auch in den Vorträgen um erschwerte Interaktionsbeziehungen zwischen »deutschen« und »indischen« Musikern (*Ronald Kurt*), »ukrainischen« und »deutschen« Managern (*Galina Leontij*), »deutschen« Polizisten und »türkischen« Verdächtigen (*Norbert Schröer*) usw. Die ethnomethodologische Erkenntnis von der Welt als einer multiple reality und die gescheiterten Arbeiten des Ethnographen Roland Girtler über Randkulturen in der »Kultur« als Ausdruck der

›Buntheit des menschlichen Lebens‹ wurden in den Vorträgen leider zugunsten einer Betrachtung ausschließlich sich ›(national-)kulturell‹ betrachtender Akteure und ihrer wechselseitigen Beziehungen aufgegeben.

Ohne hier auf jeden der interessanten Beiträge eingehen zu wollen, seien einige ausgewählte ethnographische Studien über das Ge- oder Misslingen so verstandener ›interkultureller‹ Interaktionen erwähnt: *Volker Hinzenkamp* (Fulda) beispielsweise veranschaulichte in seinem Vortrag aus soziolinguistischer Perspektive an einem Transkript einer interkulturellen Kommunikation mit Studierenden Prozesse des Othering, der Differenzmarkierung in Kommunikationen. ›Interkulturelle Kommunikation‹ definierte Hinzenkamp dabei als eine Interaktion, »in der kulturelle Zugehörigkeit (als Differenzmarkierer) oder ›Differenz als kulturelle Fremdheit‹ erfahren oder hergestellt wird«. *Florian Elliker* (St. Gallen) referierte aus seinem Forschungsprojekt über die Volksabstimmung in der Schweiz zum Einbürgerungsverfahren. Er analysierte die Internetkampagne um die ›demokratische Einbürgerung‹ seitens der SVP und ihre Versuche, mittels negativer Kategorisierung und Stigmatisierung bestimmter Personengruppen im Rahmen dieser Anti-Einbürgerungskampagne eine Differenzierung zwischen ›Schweizern‹, ›eingebürgerten Ausländern‹ und ›Ausländern‹ zu schaffen, die sich auf der willkürlichen Konstruktion von kultureller Nähe und Fremde gründet. *Ronald Kurt* (Essen) zeigte seinen Dokumentarfilm, der den Akt des Fremdverstehens zwischen indischen und europäischen Musikern, die zusammen musizieren, thematisierte. Die anschließende anregende Diskussion beschäftigte sich dann mit den Fragen, ob die Möglichkeit besteht, mit einem Film (als Ersatz für ein Referat) eine Aussage zu transportieren. Kann der Film zeigen, was er zeigen möchte? Setzt sich die vom Produzenten intendierte Vorzugslesart durch? Und: Ist ein Film – oder allgemein ein Bild – in der Ethnographie zu mehr dienlich als zu Illustrationszwecken? *Galina Leontijs* (Konstanz) Beitrag thematisierte die Deutungs- und Handlungsmuster in der Wirtschaftskommunikation in deutschen und ukrainischen Arbeitskontexten. Ein statischer, an die nationale Zugehörigkeit gekoppelter Kulturbegriff strukturiert in Interaktionssituationen – so Leontij – die Selbst- und Fremdzuschreibungen der deutschen und ukrainischen Manager. Unterschiedliche Managementmethoden werden hier von den Managern durch kulturelle Mentalitäten erklärt. *Norbert Schröer* (Essen) untersuchte polizeiliche Vernehmungen türkischer Beschuldigter. Hierbei wurden aufgezeichnete und transkribierte Vernehmungsgesprä-

che mit Hilfe von Co-Interpreten, die die kulturspezifischen Deutungs- und Handlungsmuster der Verdächtigen lesen können sollten, interpretiert. Schröer legte diese Interpretationsgespräche und die Lesartkonstruktionen durch die Co-Interpreten veranschaulicht an einem Beispiel dar und präsentierte damit eine Interpretation der Interpretation durch Co-Interpreten eines Vernehmungsgesprächs. Deutlich wurde damit, dass die Lesartproduktion abhängig ist von der Kommunikationsdynamik der »interkulturellen« Kommunikation zwischen Forscher und Co-Interpreten. Offen blieben dabei aber die für die gesamte Tagung geltenden Fragen: Wie ist letztlich Verstehen bei angenommener oder erlebter »kultureller Differenz« möglich (was immer »Kultur« dabei auch heißen mag!)? Und: Gibt es ein Verstehen über die Grenzen »kultureller« Interpretationsgemeinschaften hinaus?

Sinnrekonstruktionen alltagsweltlicher oder wissenschaftlicher Art müssen – wie hinlänglich spätestens seit Alfred Schütz und Harold Garfinkel bekannt – mit dem Risiko des Missverstehens und der Fehldeutung leben. Sind die an der Interaktion Beteiligten von wie auch immer gearteten unterschiedlichen Weltdeutungsmustern geprägt und beeinflusst, sind Sinnrekonstruktion und gegenseitiges Verstehen erschwert. Die auf der Tagung präsentierten Referate haben anschaulich ein solches Erschweren aufgrund kollektiv-konstruierter kultureller Differenzen untersucht. Hierbei entstand aber oftmals der Eindruck, dass einzelne Referentinnen und Referenten wider besseres Wissen auch in ihrer interpretativen Analyse von *der* Kultur und der Homogenität der jeweiligen Kultur ausgehen. Die notwendige Distanz und Sensibilität zu den dargestellten alltagsweltlichen National-Kulturkonzepten (Schweizer, Türken, Ukrainer usw.), die die Referentinnen und Referenten mit Sicherheit zu leisten im Stande gewesen wären, blieben leider weitgehend aus. Somit bewegte sich die wissenschaftliche Rekonstruktion der alltagsweltlichen Konstruktion von kultureller Zugehörigkeit als Grundlage des »interkulturellen Kontaktes« – entgegen aller oftmals vorangestellten Aussagen über die gewusste Heterogenität von »Kultur« – im selben argumentativen Dunstkreis wie das Alltagswissen der Erforschten, was aber letztlich eine Reproduktion derartiger »Kultur«-Bilder bedingt (by the way: ein Grundproblem der ganzen Debatte um »Interkulturalität«). Ist es nicht vielmehr eine eingeschränkte Sichtweise, Verstehen oder Missverstehen bei den gewählten Interaktionsbeispielen ausschließlich durch »kulturelle Differenzen« erklären zu wollen? Sind nicht Faktoren wie Alter, Geschlecht, Stellung in

gesellschaftlichen Hierarchien oder unterschiedliche historische Erfahrungen der Akteure denkbare andere Ursachen für die untersuchten Phänomene?

Ähnlich eingeschränkt verhielt es sich mit der Interpretation der Daten. Auch hier entstand der Eindruck, dass das gesicherte Wissen um die Möglichkeit der unterschiedlichen Lesarten von Texten und die Existenz der Polysemie eines *jeden* Textes (oder Films) zugunsten der eigenen Interpretation in Vergessenheit geraten war.

Natürlich ist auch der vorliegende Text der Versuch, ein sinnhaftes Ereignis interpretativ zu rekonstruieren und dieser kurze Tagungsbericht ist somit die eingeschränkte Lesart des Autors. Einige Referentinnen und Referenten der Tagung mögen diese für misslungen halten, aber dies ist das einzu gehende zwangsläufige Risiko eines jeden Versuchs interpretativer Sinnrekonstruktion.

Martin Spetsmann-Kunkel

Arbeitsgemeinschaft Architektursoziologie der Sektionen Kultursoziologie sowie Stadt- und Regionalsoziologie

Workshop-Bericht »Materialität und Bildlichkeit der Architektur«

Der von Martina Löw und Peter Noller organisierte Workshop zur »Materialität und Bildlichkeit der Architektur« war die mittlerweile fünfte Veranstaltung der (bundesrepublikanischen) Architektursoziologie, für deren schnell wachsenden Interessentenkreis auch die neueren Publikationen und Dissertationsprojekte sprechen. Der Workshop folgte zwei Ad-hoc-Gruppen auf DGS-Kongressen (München 2004, »Architektursoziologie«, organisiert von B. Schäfers; Kassel 2006, »Architektur als Verkörperung der Gesellschaft«, J. Fischer/H. Schubert), einer interdisziplinären Tagung in Dresden 2006 (»Die Architektur der Gesellschaft. Architektur der Moderne im Blick soziologischer Theorien«, J. Fischer/H.-G. Lippert, Band in Vorbereitung) und einem Arbeitstreffen (Frankfurt/M. 2007, M. Rodenstein/H. Schubert) mit der förmlichen Gründung der AG Architektursoziologie.

Der am 8. und 9. Februar 2008 an der TU Darmstadt veranstaltete Workshop brachte erneut gezielt die Disziplinen Soziologie und Archi-

tektur in Kontakt. Er enthielt drei Theoriebeiträge, zwei eher methodische Reflexionen, drei Praxisbeispiele aus der Architektur und drei weitere Beiträge, die das Verhältnis zwischen der Materialität der Architektur und ihrer medialen Verbildlichung ins Auge fassten. Die gemeinsame Ausgangsannahme lautete: Architektur trägt in zu untersuchender Weise zur *Produktion* des gesellschaftlichen Raums bei, sie ist ein Medium der materiellen und bildlichen (oder symbolischen) Konstruktion der sozialen Wirklichkeit. Gefragt waren in einem Call for Papers theoretische und methodische Beiträge zur Architektursoziologie, deren Gegenstand (Architektur und Städtebau) sowohl das gebaute materielle Substrat als auch die symbolische Gestalt der Gesellschaft bildet – und somit für diese selbst nicht unerheblich ist.

Theoretische Konzeptionen

Joachim Fischer (Soziologe, Dresden) schlug vor, die »Architektur als »schweres Kommunikationsmedium« der Gesellschaft« zu verstehen, um dadurch die Architektursoziologie ins Zentrum der Soziologie der modernen Gesellschaft zu führen. Im freien Anschluss an die Systemtheorie der symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien wird die Beobachtung der »leichten« Medien der Sprache, des Geldes und der massenmedialen Bildlichkeit systematisch ergänzt um das schwere oder »träge« Kommunikationsmedium der Architektur. Um die »konstitutive Sozialdimension der Architektur in ihrer Omnipräsenz« (Schäfers) zu verstehen, brauche die Soziologie zunächst ein adäquates Verständnis der Architektur als spezifisch »symbolische Form«: Die Eigenlogik des Mediums bestehe darin, dass die großen künstlich-stilisierten Baukörper mit ihrer schweren Materialität die menschlichen Lebewesen in deren Körperlichkeit ständig in ein raumhaftes »Innen-Außen-Verhältnis« (Baecker) hineinziehen, das auch die (sprachliche, geldgesteuerte, visuelle) Kommunikation zwischen den Akteuren präge. Die These lautet: Über ihre expressive »Baukörper-Grenze« sind die Bauwerke in den Städten selbst zueinander in eine permanente »Quasi-Kommunikation« versetzt, die für die zwischen ihnen innen und außen beständig changierenden Stadtbewohner entscheidende soziale Unterscheidungen kommunikativ mitlaufen lässt, vor allem stratifikatorische und funktionale Differenzierungen. Fischer pointierte, dass eine so konzipierte Architektursoziologie vor allem die im architektonischen Kommunikationsmedium mit-

laufende Generationendifferenzierung aufdecken könne. Ältere und neuere Baukörper lägen sich simultan wie Kommunikationsofferten verschiedener Generationen gegenüber. Im Gegenzug zu den an »leichten« Medien orientierten Gesellschaftsdiagnosen könne die Architektursoziologie so die »Unaufträubarkeit« der Moderne analysieren. Als Kommunikationsmedium verstanden, ist die Architektur sozial konstitutiv, *bevor* sie sozial konstruiert ist: die Gestalt der »Baukörper-Grenze« ist sozial umkämpft, weil sie per se kommunikativ ist. Die Kennzeichnung als »schweres« Medium wendet sich, worauf Fischer Wert legte, gegen die dominierenden Metaphern der »Sprachlichkeit« (semiotischer Ansatz) und der »Bildlichkeit« der Architektur (neuere Tendenzen), die diagnostisch das Proprium der Architektur als sozialer Tatsache verfehlen könnten.

Der Beitrag von *Heike Delitz* (Architektin und Soziologin, Dresden) »Architektur als »Medium« des Sozialen. Zur Materialität der Architektur aus lebenssoziologischer Perspektive« galt einer adäquaten Konzeption des Verhältnisses von Architektur und Sozialem. Die soziologische Theorie hat die Architektur kaum beachtet; wenn, dann hat sie sie in fast stereotypischer Weise stets als den »Ausdruck« oder »Anzeiger« der Gesellschaft verstanden, und damit als Kopie eines stets als »eigentlich« und vorgängig gedachten sozialen Seins. Statt derart von einer bloßen Verdopplung des Sozialen in der Architektur auszugehen, lautet der Vorschlag, diese als (ebenso konstitutives wie transitives) *Medium des Sozialen* zu konzipieren: als ein Medium, das sich einerseits direkt an den Körper richtet, dessen ständiger »Sozius« die Architektur ist, Bewegungen und Blicke evoziert; und als Medium, das der »Gesellschaft« erst eine räumlich-visuelle Gestalt verschafft: eine Gestalt, in der sich diese als solche »erkennt«, in der sie sich als eine bestimmte Gesellschaft instituiert. Einzurechnen ist in beiden Aspekten der Kreativismus der Architektur seit dem 20. Jahrhundert. Diese soziologische Theorie der Architektur speist sich aus der französischen Lebenssoziologie, insbesondere dem Denken von H. Bergson, G. Deleuze und C. Castoriadis. Wie die Philosophische Anthropologie ist es ein nicht cartesianisches Denken, das den Körperbezug der Architektur berücksichtigt; zudem entfaltet es eine Theorie der Konstitution sozialer Wirklichkeit als imaginärer Institution gegenüber dem stetigen Anders-Werden (Castoriadis); drittens nimmt das bergsonianische Denken die Kreativität der Architektur ernst. Weit entfernt davon, der bloße Ausdruck der Gesellschaft und das passive Objekt der

sozialen Akteure zu sein, kommt der Architektur in diesem Denken zutiefst eine Effektivität hinsichtlich des Sozialen zu. Die moderne Architektur führt in ihrer Suche nach dem Neuen zudem stets neue Differenzen ein: sie bildet (wie Deleuze sagen würde) »neue Falten im sozialen Stoff«.

Monika Grubbauer (Architektin und Stadtforscherin, Wien) konzentrierte sich in ihrem Beitrag »Wie vermitteln Bilder von Architektur Wissen? – Strategien visueller Typenbildung in der Architektur und ihr Beitrag zur Konstruktion sozialer Wirklichkeit« entlang der These der Konstruktion der sozialen Wirklichkeit auf eine bestimmte, typologisierte Architektur, nämlich auf die »Bilder im Kopf von Finanzhochhäusern; und auf den massenmedialen Einsatz entsprechender Fotos in verschiedenen Kontexten. Die These lautet: die Kenntnis der Architektur »im Allgemeinen« resultiere zunehmend aus dem massenmedialen Bildgebrauch, in dem sich mit bestimmten Gebäudetypen soziale Funktionen und Verhältnisse verknüpfen. Die visuelle Strategie der Verwendung solch typischer Bilder unterscheide sich von der sprachlichen Konstruktion: sie sei effizient und funktioniere über wenige Details. Dabei lasse sich eine Veränderung der Bilder beobachten: die internationalen Banken stellen sich aktuell weniger im Gesicht ihrer spiegelnden Fassaden dar, sondern eher in Innenräumen, zum Beispiel mit deutlich akzentuierten Holzoberflächen – was sich auf die vorsprachliche und damit unbewusst bleibende Wahrnehmung der sozialen Dimension der Finanzökonomie vermutlich auswirken wird.

Methodische Überlegungen

Hinsichtlich der methodischen Reflexion schlug *Anna-Lisa Müller* (Soziologin, Konstanz) eine bestimmte Kombination vor, die sie in ihrem eigenen Projekt verfolgt. Entlang der These einer individualisierten Vergesellschaftung, die auf eine zunehmend kreative Fähigkeit der Lebensgestaltung setzt, sollen die »Praktiken der Kreativsubjekte im städtischen Raum und der Aspekt der Materialität« erforscht werden. Untersuchungsgegenstand sind ausgewählte »creative cities«, deren Stadtplaner sich auf die Trendsetter, auf die dominanten »Kreativsubjekte« eingestellt haben (Architekten, Künstler, Designer). Methodisch wird nun vorgeschlagen, durch begleitende Beobachtung, Interviews, Bildanalysen die alltäglichen Wege dieser Trendsetter zu erforschen, ihre Bewegungen und Wahrneh-

mungen in der Stadt, die Bedeutungen, mit denen für sie bestimmte Orte und Räume verknüpft sind. Weiterhin sollen *mental maps* (Lynch) erstellt werden, um nutzerspezifische Raumeignungen zu erfassen, sowie »biographische« Diskursanalysen entlang einer Vorstellung der diskursiven Prägung der »Lesbarkeit« der Architektur der Stadt, die ihrerseits bestimmte kreative Praktiken und entsprechende materiale Veränderungen hervorruft. Theoretisch wird somit ein »wechselseitiges Beeinflussungsverhältnis« zwischen Bewohner und Stadt angenommen, um die Frage zu verfolgen, wie die »Kreativsubjekte« als »prägende Subjektform westlicher Gesellschaften« die materielle Gestalt der Stadt verändern.

Thomas Lampalzer (Wildbach- und Lawinerverbauer und Soziologe, Wien) stellte sein Forschungsprojekt »Ökologische Architektur und ökologisch orientierte Lebensstile am Beispiel des südlichen Niederösterreichs« vor. Entlang der Theorie Bourdieus wird die sich selbst als ökologisch verstehende Eigenheimbauweise auf einen dementsprechenden Lebensstil hin untersucht. Als erstes (unerwartetes) Ergebnis erweist sich weniger das kulturelle, sondern vielmehr das ökonomische Kapital als ausschlaggebend: die Bewegung des »ökologischen« Bauens speist sich heute offenbar – zumindest in Niederösterreich – nicht aus einem Ethos, sondern vielmehr aus den begrenzten finanziellen Möglichkeiten. Die Bauherren erweisen sich als aufgestiegene Kleinbürger, deren Lebensstile (gemessen an der automobilen Ausstattung, der Wahl der Lage des Hauses, der bevorzugten Radiosender und Tageszeitungen) teilweise erheblich mit der äußeren und inneren »Aussage« des Hauses als eines »ökologischen« Gebäudes kontrastierten. Methodisch wurden dazu in Interviews und Begehungen die Denotationen und Konnotationen einzelner Details der Architektur und der technischen Gebäudeausstattung erfasst.

Überlegungen seitens der Architektur

Seitens der Architektur vertraten *Annette Rudolff-Cleff* und *Björn Hekmati* (Darmstadt) – ausgehend von der Beschränktheit des Wirkungskreises einzelner Architekten – die These einer zunehmenden »Überlagerung virtueller und realer Bilder in der Stadt«. Man habe es gegenwärtig in der Architektur mit einer »Diktatur der Bilder« gegenüber der Materialität und damit der »Authentizität« der Architektur zu tun. Statt »Wahrheit« gehe es der Architektur nur noch um die Produktion von Bedeutungen;

statt der Herstellung von Heimat um deren Inszenierung. Demonstriert wurde die These anhand der Entwurfsplanung und visuellen Vermarktung der neuen Inseln in Dubai: hier gehe es nicht um Aufenthaltsqualitäten, um eine Raumgestaltung, die der Materialität der Architektur Rechnung trage, sondern allein eben um ein Bild, um ein Image. Während es in der klassischen Moderne noch um die Gleichverteilung der Lebenschancen gegangen sei, handele es sich bei der internationalen Architektur heute um eine Architektur der Ökonomisierung des Lebens.

Roger Perrinjaquet (Architekt und Soziologe, Rennes) betonte im Gegenzug im Ausgang von der »digitalen Architektur« die stoffliche Materialität, die haptische Erfahrung der »postdigitalen«, experimentellen Architektur. Die virtuelle Modellbildung in der Architektur ermögliche ein bisher ungekanntes Bewegen im Raum, eine Maßstabsveränderung, eine Einrechnung unterschiedlicher Lichtverhältnisse und Umgebungen im Entwurfsprozess. Es zeige sich korrespondierend zu dieser neuen »Digitalität« und gegenläufig zum bisherigen Primat des Visuellen – und möglicherweise in Konsequenz der zunehmend unkörperlichen Arbeit – eine steigende Nachfrage nach der eigenen körperlichen Bewegung und der affektiven Betroffenheit, die in der Stadt gesucht wird. Hingegen habe man sich in früheren Zeiten eher vor einer allzu nah kommenden Erfahrung der Gerüche und Geräusche der Stadt gehütet. Als Beispiel dieser »Rekorporalisierung des Visuellen« wurde das Projekt »Paris Plage« vorgestellt: die »Mutter« der Stadtstrände, ein jährlich wiederholtes Projekt der Stadt Paris, eine Schnellstraße an der Seine zum Aufenthaltsraum zu gestalten. Die Aufgabe des Soziologen bestand dabei in der »Planung« der Interaktionen, konzipiert als Triade zwischen Subjekt, Objekt und der Kopräsenz der Anderen, sowie als »azentrisches« Verhalten.

Gabu Heindl (Architektin und Garbologin, Wien) stellte am Leitfaden der deleuzianischen Überlegungen zu den Bildern Francis Bacons das Projekt eines Theaterumbaus in Wien vor: »brut gebaut. Performativer Raum durch diagrammatische Materialität«. Deleuzes Begriff des »Diagramms«, den er angesichts der Bilder Bacons entfaltet, macht auf virtuelle Kräfteverhältnisse aufmerksam, die es zu aktualisieren gilt: unter Berücksichtigung des Potentials der je spezifischen Materialität, die sich bei einem Umbau eines Gebäudes vorfindet. Statt also wie üblicherweise nach einem vorgefassten und vorgezeichneten Plan im zweiten Schritt nur noch dessen »Kopie« zu bauen (unter Überformung des Umzubauenden), ermöglicht das deleuzianische Konzept ein Entwurfsverfahren des

Zufalls, das sich auf den Ort und insbesondere die Materialität und dessen Kräfte einlässt. Statt vorgefasster Pläne wird auf der Baustelle instantan entworfen und gebaut (was in den meisten Fällen ein Problem mit dem Bauantrag mit sich bringen dürfte). Ziel ist es, den gängigen Präokkupationen (durch die reine Form und die vorgefasste Funktion) zu entkommen, und das Unwahrscheinliche hervorzulocken: sich dem Zufall zu überlassen, um eine neue Ordnung der faktischen Möglichkeiten zu gewinnen, sie sichtbar und spürbar zu machen. Deleuze wird von der Sichtbarmachung unsichtbarer Kräfte sprechen, die keiner kausalen Logik folgen (Bacon malt den Schrei, und nicht das, was ihn hervorgerufen hat): es geht insgesamt um die Frage der Atmosphäre, die die Architektur in dieser Weise herzustellen beabsichtigt, mit ihrer Möglichkeit, Affektionen auszulösen.

Überlegungen zum Verhältnis von Materialität und Bildlichkeit

Hinsichtlich der Frage nach der Gewichtung der soziologischen Relevanz der Architektur selbst oder ihrer massenmedialen Bilder hat *Markus Daus* (Kunsthistoriker, Frankfurt/Main) eine historische Analyse der »Ikonizität der Materialität« der Architektur unternommen. Die moderne Architektur zeichnet sich bekanntlich durch einen programmatischen Verzicht auf das Ornament und kanonische Formen aus. Viele Beobachter (zuweilen auch SoziologInnen) verstehen sie daher als symbolisch »leer« und sehen darin die Ursache der »Krise« der Architektur, insofern diese keine Identifikation mehr erlaube. Demgegenüber zeigt die kunsthistorische Beobachtung eine zunehmende ikonische Aufladung des Materials als solchem: der Ruf nach der »Materialgerechtigkeit«, der zuerst im Deutschen Werkbund laut wurde. Mit Panofsky lässt sich diese Aufladung der reinen Oberfläche als ein »ikonischer Kurzschluss« konzipieren, welcher sehr wohl ikonographische Analysen – die Frage nach der grundlegenden, in der Architektur mit konstituierten Welthaltung – zulasse. Im Prozess der Aufladung der reinen Form als eines ikonischen Zeichens (Revolutionsarchitektur) und der darauf eintretenden Rehabilitierung der Materialität (seit der klassischen Moderne) habe sich insbesondere nach 1945 in der »Selbstorganisation der Materialien« zur konstruktiven Form (zum Beispiel F. Otto) als letzte Konsequenz des Modernismus eine Fetischisierung des Materials ergeben: ein »Materialkult«, der die Oberfläche der Architektur zum Bedeutungsträger, und damit die

Bildlichkeit der Architektur soziologisch relevant mache. Dies zeige sich exemplarisch an den spiegelnden Fassaden der Frankfurter Hochhäuser: ihre »virtuelle Immaterialität« zeige Korrespondenzen zum aktuellen Stadtmarketing und zur Immaterialität der »eigenschaftslosen Kapitalströme«.

Stefanie Duttweiler (Soziologin, Basel) stellte ihr Forschungsprojekt »Zum Gestaltwandel des Religiösen und seiner architektonischen Räume. Untersuchung einer wechselseitigen Konstitution« vor, in dem sie eine Verbindung von Architektur- und Religionssoziologie anstrebt. Ausgangspunkt ist der Wandel des Religiösen, der mit einem Funktionsverlust der Kirchenräume einher geht, wobei diese aber ihre Relevanz für das Stadtbild und ihre »Aura« behalten. Um dies zu verstehen, muss man die Bedeutungsstiftung der Architektur für das Religiöse sehen: die architektonische Herstellung einer bestimmten Atmosphäre, die religiöse Erfahrungen mit auslöst, während andererseits die Architektur diese »Aufladung« erst aus der religiösen Praxis und den Diskursen erhält. Die ersten Ergebnisse der Diskursanalyse (die neben Interviews und phänomenologischen Beschreibungen verfolgt wird) zeigen mehrere Diskursstränge, die zwischen den Konfessionen differieren, aber auch grundlegende Gemeinsamkeiten haben: diskutiert und thematisiert werden in aktuellen Umnutzungsdebatten die Heiligkeit des Raumes; die Lesbarkeit der Kirche, ihre Einheit von Funktion und Form; die Bedeutung für die Stadtmitte; die Differenz gegenüber dem Alltag. Wegen dieser Bedeutungen erweisen sich Kirchen als nahezu nicht umnutzbar, wie in anderer Weise auch Bordelle (worauf Martina Löw hinwies) oder Gefängnisse – und dies eben nicht nur aufgrund religiöser, sondern auch aufgrund gesellschaftspolitischer Argumente.

Sven Martensen (Architekt und Sozialwissenschaftler, Oldenburg) stellte die Ergebnisse seiner Diplomarbeit »Architektur und Soziologie – Die Gesellschaft und ihre Materialität. Eine Bildanalyse am Beispiel der Plenarbauten des Deutschen Bundestags 1949–1999« vor, die den Wandel der Architektur am Beispiel der drei Plenarbauten als eine »Nachzeichnung« und »Einschreibung« der gesellschaftlichen Veränderungen zum Teil detailliert beobachtete. Beabsichtigt ist eine »praktische Architektursoziologie«, die aus der Architektur etwas über die Gesellschaft zu erfahren hofft. Im Fall der politischen Architektur geht es darum, wie demokratische Prozesse in die Architektur umgesetzt werden; wie in Bewegungen und Haltungen ein Staats- und Gesellschaftsbild formuliert wird; wie

sich der gesellschaftliche Wandel in die Bauten einschreibt. Der Blick richtet sich auch auf die Innenarchitektur. Beobachtet wurde etwa eine Veränderung der Gestaltung des Rednerpultes, das den Blick auf den Körper zunehmend ermöglicht, sich den Abgeordnetentischen angleicht und damit ein neues, »barrierefreies« Verständnis des Abgeordneten abbildet. Die Veränderung der Sitzgruppen und deren Trennung von den Zuschauerplätzen lasse zudem eine andere gesellschaftliche Einteilung sowie ein gestiegenes Sicherheitsbedürfnis erkennen.

Die Debatten betrafen (ausgelöst durch den Tagungstitel) insbesondere die These einer zunehmenden Wahrnehmung der Architektur als Bild, einer Verschiebung der Materialität der Architektur in die Bildlichkeit. Demgegenüber ist es (worauf insbesondere Joachim Fischer insistierte) geboten, sich in einer Architektursoziologie die Differenz von Architektur und Bild klar zu machen, um die mediale Logik der Architektur und ihre entsprechende, spezifische soziale Brisanz nicht zu verfehlen. Die Frage nach der Differenz der Materialität der Bedeutung von Architektur und Bild stellt sich hinsichtlich der Konstitution der sozialen Wirklichkeit durch die Architektur: inwiefern »bedeutet« die Architektur »etwas« (als nicht darstellende Kunst, und als artifizielles Lebens-Gehäuse); kann sie entsprechend mit semiotischen oder ikonographischen Modellen angemessen erfasst werden; ist es beispielsweise angemessen, sie als »ikonisch« zu bezeichnen, oder muss man nicht eher von der Raumgestalt und dem Körperbezug ausgehen? Diskussionsbedarf besteht auch hinsichtlich der Methodik, worauf sich eines der nächsten Treffen der Arbeitsgemeinschaft richten wird. Insgesamt hat der Workshop zwei wichtige Dinge gezeigt: die Möglichkeit des kooperativen Arbeitens zwischen Stadt-, Raum- und Architektursoziologie; und die Möglichkeit, mit ArchitektInnen in die Diskussion zu kommen und gemeinsame Fragen zu verfolgen (was sich keineswegs von selbst versteht). Die nächste Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der Sektionen Stadt-/Regionalsoziologie und Kultursoziologie wird voraussichtlich im Mai 2009 in Dresden die aktuellen »Stadt- und Architekturdebatten« soziologisch beobachten – nicht zuletzt die emotionalen, kollektive Erregungen auslösenden Debatten um die historische Rekonstruktion der Innenstädte unter anderem in Dresden, Frankfurt, Berlin.

Heike Delitz

Call for Papers

Von der Klasse zum Cluster – Zum Verhältnis von Medien, Messungen und Sozialität

Tagung des Arbeitsbereichs Mediensoziologie der Fakultät für Soziologie,
Universität Bielefeld, 30. und 31. Januar 2009

Das Internet hat sich zu einem komplexen Datenraum entwickelt, der zunehmend von Computerprogrammen bevölkert wird, die Daten für ganz unterschiedliche Zwecke auswerten. Es sind vor allem die neuen Teilnehmerfreiheiten, also die vielfältigen Eingriffs- und Mitwirkungsoptionen im so genannten Web 2.0, die es sinnvoll erscheinen lassen, das Netz pausenlos zu »monitoren«. Computertechnische Programme protokollieren inzwischen die Aktivitäten von Millionen von Netzteilnehmern, werten diese aus und bereiten die Ergebnisse in Gestalt von Rankings, Profilen und anderen numerischen Repräsentationen auf.

Die Einführung, Etablierung und teilbereichsspezifische Nutzung von spezifischen Kalkulationsverfahren, Zähltechniken und statistischen Auswertungsformen war von jeher eine entscheidende Komponente der Ausbildung moderner Gesellschaft. Zunächst waren es Formen der Messung und Verrechnung von Bürgern, Konsumenten oder Zuschauern, die unter der Bedingung massenmedialer Informations- und Redundanzverarbeitung besondere Zentralität erlangt haben: nämlich Häufigkeiten, Durchschnitte, Abweichungsmaße – Verteilungsmaße also, die auf massenhafte Vollerfassung bei weitgehend akzeptierten Informationsverlusten abzielen. Es ging darum zu erfahren, was die Mehrheit der Bürger meint, was möglichst viele Konsumenten kaufen und was möglichst viele Zuschauer sehen wollen. Unter Internetbedingungen sind es nicht mehr nur Top-Listen, Durchschnittsnutzungen und Häufigkeitsmaße, die beständig berechnet werden, sondern auch in Echtzeit aktualisierte Ähnlichkeitsmaße zwischen unterschiedlichsten Merkmalen, die wiederum zu komplexen Clusterungen und Profilbildungen führen.

Die Tagung soll dazu beitragen, den quantitativen wie qualitativen Wandel der Vermessung und Klassifizierung der Mediennutzer zu erfassen. Dazu wollen wir Vertreter verschiedener Disziplinen, die sich mit der hier skizzierten Thematik bereits befassen, zu einem Ideenaustausch einladen. Folgende Fragestellungen sollen aufgegriffen und diskutiert werden:

- In welchem Verhältnis stehen Internetnutzer zu den statistischen Auswertungen ihrer Aktivitäten? Welche Relevanz haben für sie die Rankings, Listen und anderen Vergleichssysteme der von ihnen besuchten Plattformen im Netz? Welche Orientierungspotentiale werden durch solche numerischen Ordnungssysteme erschlossen und wie stehen diese zu anderen (realweltlichen) populärkulturellen Orientierungssystemen?
- In welches Verhältnis werden die Teilnehmer untereinander gebracht? Lassen sich kollektive Effekte aufgrund der Klassifizierung und Vermessung von Teilnehmeraktivitäten feststellen? Welche Auswirkungen hat es auf die Bildung von ähnlichen Präferenzen und Zugehörigkeiten etwa, wenn aufgrund von statistischen Auswertungen Angebote für Teilnehmer mit ähnlichen Profilen gefiltert werden?
- In welchem Verhältnis stehen »Dritte« zu den hier skizzierten Klassifizierungen und Taxonomien? Für wen bieten sich welche Einsichten in die Verteilungen und Dynamiken von Aufmerksamkeitsverteilungen, Kaufverhalten etc. im Internet? Eröffnen sich möglicherweise für gesellschaftliche Funktionsbereiche neue Inklusions- und Exklusionsformen?
- Welche soziologischen Begriffe und Theorien bieten sich an, diese und angrenzende Fragestellungen konsistent zu formulieren und zu untersuchen? Welche methodologischen Konsequenzen lassen sich daraus ziehen? In welche übergeordneten gesellschaftlichen Zusammenhänge und Trends lassen sich die hier angesprochenen Entwicklungen einordnen?

Zu diesen und angrenzenden Fragen sind Vortragsvorschläge im Umfang von ein bis zwei Seiten (max. 3000 Zeichen) erwünscht. Sie sollen bis spätestens **15. Oktober 2008** per E-Mail eingereicht werden bei

Dr. Jan-Hendrik Passoth
Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie
E-Mail: jan.passoth@uni.bielefeld.de

PD Dr. Josef Wehner
Universität Bielefeld und IAIS, St. Augustin
E-Mail: josef.wehner@iais.fraunhofer.de

Agricultural Biotechnology – Economic, Social and Legal Aspects

Annual conference of the Swiss Society for Agricultural Economics and Rural Sociology, Naters, April 1 and 2, 2009.

The Swiss Society for Agricultural Economics and Rural Sociology cordially invites contributions related to genetically modified crops and agricultural biotechnology in general. In order to cover the broad range of current research on these issues, we encourage contributions from a wide range of fields and disciplines such as agricultural economics, sociology and law. Theoretical, methodological or empirical contributions on these or related topics may be submitted. The conference will also contain presentations on other, more general, issues concerning innovations, and the assessment and management of risks in agriculture. Thus, submissions from these fields are also welcome.

Abstracts of 2 pages maximum in German, French or English can be submitted to rofinger@ethz.ch until **October 16, 2008**. To protect the anonymity in the review process, authors should not identify themselves in the text. The Review Committee will select submissions to be presented at the conference based on the relevance of the topic, originality of the contribution and the appropriateness of the methodology used.

For more information regarding the Swiss Society for Agricultural Economics and Rural Sociology and the conference, please visit our website (www.sga-sse.ch), or contact

Robert Finger
ETH Zurich
E-Mail: rofinger@ethz.ch

Präsenz und Entzug der Bilder. Theoretische, methodische und praktische Herausforderungen sozial- und kulturwissenschaftlichen Bildverstehens

Tagung des Sonderforschungsbereichs »Norm und Symbol« und Arbeitsgruppe »Visuelle Soziologie« der DGS-Sektion Wissenssoziologie in Zusammenarbeit mit dem Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI). Universität Konstanz, 11. und 12. Dezember 2008

Die Quantität und Qualität der Bilder hat sich im Laufe der (Technik-) Geschichte soweit gewandelt und umgewertet, dass wir im öffentlichen und privaten Raum von einem fortlaufend sich erweiternden und sich dabei selbst neu ausmalenden Kaleidoskop bewegter und unbewegter Bilder umgeben sind. Insbesondere angesichts der massenhaften Verbreitung und Nutzung elektronisch-digitaler Medien zur Bildproduktion, Bilddistribution und Bildrezeption (Digitalfotografie, Fernsehen, YouTube, Flickr etc.) ist aktuell denn auch vielfach von der »Ubiquität der Bilder«, von der »Autonomisierung der Bildwelten« und vom »Bildverlust in der Wissensgesellschaft« die Rede.

Grundtenor der vielstimmigen Klage ist der durch die gesellschaftliche Präsenz der Bilder hervorgerufene Verlust der Anschauung und die mit ihm aus ihm entspringende neue Unübersichtlichkeit: Der Eindruck, jede subjektive und gesellschaftliche Wirklichkeit könne und müsse zum Bild werden, geht mit der Auffassung einher, immer weniger »Eigentliches« und »Wahres« komme bildhaft zur Darstellung und Wahrnehmung. Ergänzt und vervollständigt wird der Ausdruck eines verstärkten Unbehagens in der Kultur durch die Vorstellung einer zunehmenden Verzerrung, Verspiegelung, Überformung oder gar Auslöschung »der« Wirklichkeit zugunsten medial verdoppelter Zeichenwelten und Scheinwirklichkeiten.

Die Verfalls- und Verlustdiagnostiker, die in Anspielung auf eine der großen alttestamentarischen Katastrophen immer wieder gerne die Metapher einer jede Ordnung und jegliche Orientierung hinwegschwemmenden und verschlingenden »Bilderflut« beschwören, übersehen jedoch oder blenden aus, dass die Medien und ihre Bilder einen bedeutsamen Anteil an der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit sich modernisierender und medialisierender Gesellschaften haben – einer vielgestaltigen und vieldeutigen Wirklichkeit, die sich in entsprechend vielgestaltigen Sinn-

strukturen, vieldeutigen Symbolformen und einander überlagernden Sichtbarkeitsordnungen niederschlägt und versinnbildlicht.

Gleichwohl, ebenso unübersehbar fehlt es den Sozial- und Kulturwissenschaften an theoretischen, analytischen und praktischen Kompetenzen im verstehenden und erklärenden Umgang mit den Medien und ihren Bildern. Deren Vielheit, Vielgestalt und Vieldeutigkeit stellt sich aktuell als eine der vielleicht größten Herausforderungen in der Rekonstruktion einer sich wandelnden gesellschaftlichen Wirklichkeit dar. Die Tagung »Präsenz und Entzug der Bilder« lädt deshalb – explizit auch jüngere – Forscherinnen und Forscher unterschiedlicher Disziplinen dazu ein, das im Titel angesprochene Spannungsverhältnis auf der Grundlage bestehender bildwissenschaftlicher Konzepte zu diskutieren und neue Zugangsweisen vorzustellen. Innerhalb dieses Horizontes konzentriert sich die geplante Tagung auf zwei zentrale, durchaus ineinandergreifende Themenzuschnitte:

(1) Theoretische Perspektiven und empirische Untersuchungen bezüglich der Darstellungsmöglichkeiten, der Konstitutions- und Kompositionslogiken sowie der Deutungschancen von Sichtbarkeitsordnungen, die aus Bild(re)produktionen in unterschiedlichen Darstellungs- und Verbreitungsmedien hervorgehen. Gedacht ist an Analysen bildmedial erzeugter Sichtbarkeitsordnungen in unterschiedlichen Lebensbereichen und Präsentationsformaten – u. a. in Wissenschaft, Kunst, Politik, Medizin und in privaten Lebenswelten, in öffentlichen Ausstellungen, häuslichen Bildarrangements, Internetblogs oder Werbung – sowie an Analysen der Wechselwirkungen dieser mit anderen Ordnungen der Selbst- oder Umweltwahrnehmung.

(2) Theoretische Ansätze und methodische Verfahren bezüglich des Problems des (vergleichenden) analytischen Umgangs mit Bildanordnungen, also mit Bildschichtungen, Bildstrecken oder Bildfolgen; allgemein jenen (Bild-)Kontexten, in denen Bilddarstellungen erscheinen können. Hierbei sind verschiedene Erscheinungsformen, Einsatzgebiete und Präsentationsweisen eingeschlossen. Gedacht ist an Ordnungskonstruktionen in Fotoserien, Filmen oder Homepages, an Selbstdarstellungen, Illustrationen, Reportagen, Dokumentationen, Kataloge, Magazine, Datenbanken oder private und öffentliche Archive, sowie an die sinnkonstituierenden Anschlüsse, Interferenzen, Kollisionen, Appräsentationen etc., die sich aus jeweiligen Ordnungskonstruktionen ergeben.

Vorschläge für Tagungsbeiträge auf deutsch oder englisch senden Sie bitte im Umfang von etwa einer Seite bis spätestens zum **30. Oktober 2008** an:

Dr. des. Michael R. Müller
Universität Konstanz
E-Mail: michael.mueller@uni-konstanz.de

PD Dr. Jürgen Raab
Universität Konstanz, Universität Luzern
E-Mail: juergen.raab@unilu.ch

Prozessierung neuen Wissens: Umgangsformen und Aneignungsweisen von Bio- und Reproduktionstechnologien

Tagung, J.W. Goethe-Universität Frankfurt, 19. und 20. Februar 2009

Biotechnologische Forschungen und Anwendungen repräsentieren Innovation und Fortschrittsdenken per se. Sie gelten als ökonomisch relevant sowie als vielversprechendes Anwendungsfeld im Bereich lebensweltlicher und gesundheitlicher Handlungsfelder. Diese Anwendung aber sieht sich zwei Problemstellungen gegenüber:

Zum einen wird das neue Wissen in Laboren hergestellt und ist selbst hochgradig voraussetzungsvoll und spezialisiert. Die Vermittlung dieses Wissens bedarf somit sowohl eines Expertenwissen als auch einer Verarbeitung *jenseits* dessen, um notwendige Anschlüsse in die unterschiedlichen Anwendungsbereiche zu ermöglichen. Der Prozess der Übersetzung und Aneignung erfordert eine Verbindung der Logik des Expertenwissens mit den situativen und kontextlogischen Erfordernissen der Handlungssituationen. Doch wie genau kann eine solche Verbindung aussehen? Wodurch und wie wird sie strukturiert und zu welchen Transformationen des Wissens selbst führt dieser Aneignungsprozess?

Zum zweiten ist mit biotechnologischen Forschungen eine systematische Produktion unsicheren Wissens verbunden, da weder die Verlässlichkeit noch die Auswirkungen gewiss sind. Gerade im biotechnologischen Bereich gibt es zahlreiche Wissensgebiete, in denen keine definitiven Aussagen im Sinne von Verifizierung oder Falsifizierung gemacht werden kön-

nen, sondern die ausschließlich Parameter der Wahrscheinlichkeitsrechnung hervor bringen. Forschungen in diesem Bereich verlangen zwar lebens- und gesundheitsrelevante Entscheidungen über Anwendungs- und Handlungsbezüge, sie bieten selbst aber nur unzureichend gute Gründe und Argumente an. Es bedarf deshalb zusätzlicher Parameter wie die Ergänzung um soziale, politische, lebensweltliche und normative Informationen und Gesichtspunkte, um zu einer Handlungsentscheidung zu gelangen. Doch wie genau verhalten sich die Informationen zueinander? Und welche Argumente sind handlungsleitend, beispielsweise um zu entscheiden, ob ein Embryo mit einer möglichen Behinderung ausgetragen werden soll oder nicht?

Die genannten Problemstellungen machen es erforderlich, über die Transformationsprozesse des biotechnologischen Expertenwissens in den Anwendungsbereich nachzudenken. Um dieser Frage nach einer »Prozessierung des Wissens« nachzugehen, sollen auf der Tagung folgende Fragekomplexe bearbeitet und diskutiert werden:

1. *Bedeutung des Expertenwissens*: Angesichts der immanenten Unsicherheit biotechnologischer Wissensbestände stellt sich die Frage, welche Bedeutung dem sogenannten »Expertenwissen« in den Handlungsvollzügen zukommt. In welchem Verhältnis steht hier das Expertenwissen zu anderen Wissensformen, wie beispielsweise Erfahrungswissen?
2. *Produktion von Wissen*: Wenn Anwendung auch Transformation beinhaltet, so müsste nach einem erweiterten Verständnis von Wissensproduktion gefragt werden. Wie ist diese Erweiterung zu fassen, ohne dass der Begriff beliebig erscheint? Kann mit den Unterscheidungen von Wissensproduktion und Wissensanwendung angesichts deren Verflechtung noch gearbeitet werden und wenn ja, wie sind diese Unterscheidungen möglicherweise neu zu bestimmen?
3. *Organisation der Übersetzung*: Die Herstellung biotechnologischen Wissens erfordert im hohen Maße eine Übersetzung in anwendungsbezogene Bereiche. Zu fragen ist deshalb, welche Formen der Organisation dieser Vermittlung zu beobachten sind (beispielsweise Ethikkommissionen) und inwieweit sich hier Verschiebungen im Verhältnis von Wissen, Macht und Institutionen abzeichnen.
4. *Bedeutungen – Sinnkonstitution*: Ergibt sich die Bedeutungszuweisung von Wissen nicht durch dessen einfache Verifizierung, so ist zu fragen, wie die Herstellung von Sinn im Prozess der Wissensanwendung vonstatten geht. Welche Rolle spielen beispielsweise Weltbilder in der Anwendung

biotechnologischen Wissens? Welche Prozesse der Bedeutungszuschreibung lassen sich in verschiedenen Anwendungsfeldern beobachten?

Angefragt sind Beiträge von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich in empirischen Projekten mit der Frage nach der Aneignung biotechnologischen Expertenwissens und dessen Transformation in Handlungsvollzüge beschäftigen. Arenen der Aneignung können dabei Bereiche bilden wie: Prävention / Diagnose / Therapie / Reproduktion; Medien; Politisches Engagement; Bildung / Fortbildung / Informationsmanagement; Institutionalisierung.

Geplant sind jeweils 30minütige Beiträge. Wir bitten um Zusendung von Vortragsvorschlägen (abstract max. 1.600 Zeichen) bis spätestens **31. Oktober 2008** an

Prof. Dr. Katharina Liebsch
Universität Frankfurt a.M.
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
E-Mail: k.liebsch@soz.uni-frankfurt.de

Dr. Ulrike Manz
Universität Frankfurt a.M.
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
E-Mail: u.manz@soz.uni-frankfurt.de

Prosumer Revisited: Zur Aktualität der Prosumer-Debatte

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, 26. und 27. März 2009

Wie Günter G. Voß und Kerstin Rieder in ihrer Studie »Der arbeitende Kunde. Wenn Konsumenten zu unbezahlten Mitarbeitern werden« von 2005 aufzeigen, beteiligen KonsumentInnen und KundInnen sich immer häufiger an der Leistungserbringung dessen, was ursprünglich ganz in die Zuständigkeit der Unternehmen fiel. Sei es bei der Abwicklung von Bankgeschäften, bei der Buchung von Reisen, bei der Bestellung von Büchern, bei der Reservierung von Theaterkarten: Vieles von dem, was Internetökonomie heute praktisch ausmacht, läuft darauf hinaus, dass sich die KundInnen selbst in die Vermittlungsleistung mit einbringen und damit

gewissermaßen eine pro-aktive Mitarbeit leisten (müssen), wenn sie bestimmte Güter und Dienstleistungen erwerben wollen.

Indes hat diese Entwicklung nicht erst mit der Internetökonomie eingesetzt. Vielmehr können wir schon viel früher beobachten, dass KonsumentInnen und KundInnen einen eigenständigen Beitrag liefern (müssen), wenn es um die Abwicklung gewisser Handelsgeschäfte und die Erbringung bestimmter Produktleistungen geht. Man denke nur an die ersten Automatenrestaurants Ende des 19. Jahrhunderts, an das Aufkommen der Selbstbedienung in den 1920er Jahren, an die globale Verbreitung der Fast-Food-Ketten seit den 1950er Jahren oder an die »Do it yourself«-Bewegung im Möbelsektor in den 1970er Jahren, mit IKEA als Pionier. Auch hier hängen Realisierung und Qualität einer Sach- oder Dienstleistung maßgeblich davon ab, dass der oder die Kundin sich aktiv einbringt und als ausreichend kollaborativ sowie kompetent erweist, damit die jeweilige Sach- oder Dienstleistung ihre eigentliche Funktion erfüllen kann, etwa beim Zusammenschrauben des beliebten Billy-Regals oder beim Entsorgen der Essensreste eines leckeren Hamburger-Mahls.

In der entsprechenden Forschung wird diese aktive Mitarbeit der Kunden seit längerem schon mit dem Begriff des Prosumers in Verbindung gebracht, den Alvin Toffler 1980 in »The Third Wave« geprägt hat. Zwar verstand Toffler den Prosumer-Begriff damals mehr in der Hinsicht, dass KonsumentInnen Sach- und Dienstleistungen nicht bloß erwerben, sondern solche auch aktiv produzieren, etwa im Sinne von Hausarbeit, wie in vormodernen Zeiten der Subsidiarität. Inzwischen jedoch hat sich der Prosumer-Begriff auch für Formen der direkten Kollaboration zwischen Unternehmen und KundInnen eingebürgert, die mit Konzepten von Co-Design oder Co-ProduzentInnentum gefasst werden. Seit Ende der 1990er Jahre hat sich hierzu eine rasant wachsende Forschungs- und Publikationsaktivität entfaltet.

Auf diese Forschungs- und Publikationsaktivität einerseits, aber auch auf die diesbezügliche Entwicklung in den verschiedensten Märkten andererseits soll die Tagung »Prosumer Revisited: Zur Aktualität der Prosumer-Debatte« Bezug nehmen. Ausgehend vom ursprünglichen Verständnis der Prosumer-Figur bei Toffler soll versucht werden, den heutigen Stand der Entwicklung und Forschung zum Phänomen des Prosuming umfassend aufzuarbeiten und aktuell zu erheben, einschließlich eines Ausblicks auf zukünftige Perspektiven, Tendenzen und Trends.

Angesprochen und eingeladen sind unterschiedliche Disziplinen, nicht nur die Soziologie, sondern auch die Betriebswirtschaftslehre, die Informatik, die Volkskunde, die Geschichte etc., sowie gleichermaßen Vertreter aus der Wissenschaft wie der Praxis. Tagungssprache wird voraussichtlich Englisch sein. Die Tagung wird von Prof. Dr. Birgit Blättel-Mink (Frankfurt/M.) und PD Dr. Kai-Uwe Hellmann (Berlin) organisiert. Sie wird von eBay Deutschland gefördert. Abstracts von nicht mehr als zwei Seiten können bis zum **31. Oktober 2008** bei den Organisatoren eingereicht werden:

Prof. Dr. Birgit Blättel-Mink

E-Mail: b.blaettel-mink@soz.uni-frankfurt.de

PD Dr. Kai-Uwe Hellmann

E-Mail: kai-uwe.hellmann@gmx.de

Neue Herausforderungen und innovative Lösungsansätze für Gesundheitssysteme

Nachwuchskongress zur Gesundheitspolitik 2009 des Zukunftsforums Gesundheitspolitik (Zufog), Anfang Februar 2009 in Berlin

Die Gesundheitssysteme entwickelter Industriestaaten stehen, unabhängig von ihrer grundlegenden Organisations- und Regulationsstruktur, einem starken Veränderungsdruck gegenüber. Die reformpolitischen Debatten und Maßnahmen der einzelnen Staaten sind unterdessen bestimmt durch die bestehenden Grundstrukturen der Gesundheitssysteme, durch die gesundheitspolitischen Entscheidungsfindungstraditionen sowie durch den konkreten Reformdruck, wie er in den einzelnen Staaten wahrgenommen wird. Inwieweit sind die Herausforderungen, denen sich die Gesundheitssysteme gegenübersehen, vergleichbar? Welche Reformen des Gesundheitswesens sind im internationalen Vergleich erfolgreich - warum? Lassen sich in den Reformbestrebungen gemeinsame Tendenzen erkennen? Gibt es ähnliche Lösungsansätze auf ähnliche Herausforderungen? Können Reformmodelle von einem System auf das andere übertragen werden? Wenn ja: welche Modelle können dies sein und welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein? Welche wissenschaftlichen Ansätze zur nachhaltigen Reform von Gesundheitssystemen wurden bisher in der gesundheitspolitischen Praxis vernachlässigt?

Das Zukunftsforum Gesundheitspolitik der Universität Passau veranstaltet zu diesem Themenfeld Anfang Februar 2009 in Berlin einen Nachwuchskongress zur Gesundheitspolitik. Ziel ist es, für die aufgeworfenen Fragen neue Antworten und innovative Lösungsansätze zu finden und dabei Ideen und aktuelle Forschungsergebnisse aus den unterschiedlichen Teilbereichen der Gesundheitswissenschaften zusammenzubringen. Die Tagung richtet sich an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im deutschsprachigen Raum und ausdrücklich an den »wissenschaftlichen Nachwuchs« (Doktorandinnen/Doktoranden, Habilitandinnen/Habilitanden, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, fortgeschrittene Studierende) aus den Bereichen Gesundheitsökonomie, -politik, -recht und -soziologie) sowie den Schnittstellen zwischen diesen Feldern.

Ihre Abstracts (2 Seiten) senden Sie bitte bis zum **3. November 2008** auf dem Postweg oder per E-Mail (in den Formaten .pdf oder .doc) an das Zukunftsforum Gesundheitspolitik. Aus den von einer Jury (u.a. Prof. Dr. Nils Bandelow, TU Braunschweig; Prof. Dr. Winand Gellner, Universität Passau; Prof. Dr. Thomas Gerlinger, Universität Frankfurt/M.) ausgewählten Papers wird das Tagungsprogramm für den Nachwuchsgipfel im Februar 2009 erstellt. Die Vorträge sollen 30 Minuten nicht überschreiten. Eine Publikation der über- und ausgearbeiteten Vorträge ist für Mitte 2009 geplant. Ein Leitfaden für das Einreichen von Beiträgen finden Sie auf der Homepage des Zukunftsforums Gesundheitspolitik (www.zufog.de). Papers und Rückfragen an:

Michael Schmöller

Universität Passau, Zukunftsforum Gesundheitspolitik (Zufog)

Innstraße 39

94032 Passau

E-Mail: zufog@uni-passau.de

Die Ökonomie des Konsums – der Konsum in der Ökonomie

Tagung der Sektion Wirtschaftssoziologie und der AG Konsumsoziologie gemeinsam mit dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Harnack-Haus, Berlin, 6. und 7. November 2009

Ohne Konsum keine Wirtschaft! Dies hatte schon Adam Smith in *The Wealth of Nations* konstatiert: »Consumption is the sole end and purpose of all production; and the interest of the producer ought to be attended to, only so far as it may be necessary for promoting that of the consumer.« In der deutschen Wirtschaftssoziologie findet der Themenbereich Konsum freilich noch wenig Beachtung, da bislang die »Produktionsseite« der Wirtschaft sowie deren Institutionen im Vordergrund stehen. Allerdings zeichnet sich in der neuen Wirtschaftssoziologie eine stärkere Berücksichtigung des Verhältnisses von Wirtschaft, Kultur und Lebensstilen ab. Auch in der Konsumsoziologie wird dem Phänomen »Verbrauch/Konsum« nachgegangen. Die anfängliche Dichotomie von Verbraucherverhaltensforschung einerseits und Konsumkritik andererseits spielt dabei keine Rolle mehr. Vielmehr wird Konsum umfassend als Schnittpunkt zwischen (Markt-)Wirtschaft, (Alltags-)Kultur und den »feinen Unterschieden« sozialer Ungleichheit untersucht. Insbesondere im anglo-amerikanischen Raum hat die Konsumforschung dabei beachtliche Resultate hervorgebracht.

Die Tagung »Die Ökonomie des Konsums – der Konsum in der Ökonomie« findet in Kooperation der Sektion Wirtschaftssoziologie, der AG Konsumsoziologie und dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung statt. Die Tagung soll einen aktuellen Einblick in den interdisziplinären und internationalen Stand der Konsumforschung geben und deren Verbindungslinien zur Wirtschaftssoziologie und politischen Ökonomie aufzeigen. Im Kern geht es um eine Bestandsaufnahme zum Verhältnis von Wirtschaft, Markt und Konsum.

Sowohl die Wirtschaftssoziologie als auch die Konsumforschung sind interdisziplinäre Forschungsfelder. Zu der Tagung können daher nicht nur Beiträge aus der Soziologie, sondern auch solche aus angrenzenden Disziplinen wie der Kulturanthropologie, der Wirtschaftsgeschichte, den Wirtschaftswissenschaften usw. eingereicht werden. Mögliche Fragestellungen für Vorträge können sein:

- Wie ist das Verhältnis von Konsum und Wirtschaft aus soziologischer Perspektive zu denken? Welche Problemdefinitionen, theoretischen Zugänge und Forschungsperspektiven bieten sich an?
- Was sind marktsoziologische Perspektiven auf den Konsum und konsumsoziologische Perspektiven auf den Markt?
- Wieso erwerben Verbraucher Güter, die sie funktional nicht benötigen? Wie wird diese Nachfrage erzeugt und welche Rolle spielt sie für die Reproduktion kapitalistischer Ökonomien?
- Ist das Phänomen Konsum geeignet (und wenn ja: wie), um im Rahmen der Wirtschaftsanalyse die Bedeutung z. B. von Medien, Werbung, Lebensstilen für die Ökonomie zu erforschen?
- In welchem Verhältnis stehen Geld und Konsum? Welche Praxisformen des Konsums sind für die Soziologie des Geldes beachtenswert? Und wie hat sich das Medium Geld auf die Form des modernen Konsums ausgewirkt?
- Welche Rolle spielen Institutionen, Regeln, Rituale, Konventionen in der Wirtschaft für die Strukturierung des täglichen Konsums und umgekehrt?
- Wie und wodurch ist Konsum – historisch betrachtet – für Wirtschaftssysteme bedeutsam gewesen, und wie haben unterschiedliche Wirtschaftsformen auf den Konsum eingewirkt?
- Wie formieren sich Konsumenten? Durch welche Praktiken, Dispositive und Diskurse werden Individuen zu Konsumenten? Gibt es eine Theorie der Konsumentensozialisation?

Solchen Fragestellungen soll im Rahmen der gemeinsamen Tagung des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, der AG Konsumsoziologie und der Sektion Wirtschaftssoziologie nachgegangen werden. Es handelt sich dabei zugleich um die Sektionstagung der Sektion Wirtschaftssoziologie für das Jahr 2009. Die Auswahl der vortragenden Teilnehmer findet auf Grundlage von zweiseitigen Exposees statt (ca. 1000 Wörter), die auf Englisch oder Deutsch formuliert sein können. Besonders erwünscht sind Beiträge zu empirischen Forschungen in diesem Bereich. Konzeptionelle Beiträge sollen theoretische Überlegungen auch an empirischen Gegenstandsbereichen erläutern. Überdies sind Vertreterinnen und Vertreter angrenzender Disziplinen eingeladen, Exposees einzureichen, um mit Bezug auf die Konsum- und Wirtschaftssoziologie den Stand und die interdisziplinären Perspektiven aus ihrem Forschungsbereich vorzustellen.

Zwei der Vorträge sollen von Promovierenden gehalten werden, die einen Einblick in ihre laufenden Forschungsprojekte geben.

Die Exposees müssen bis zum **1. April 2009** elektronisch (WORD- oder pdf-Format) an folgende Adresse gerichtet werden:

Christine Claus
(Sekretariat Prof. Jens Beckert)
E-Mail: claus@MPIfG.de

Die Benachrichtigung über die Annahme des Vortrags erfolgt im **Mai 2009**. Die vollständigen zum Vortrag angenommenen Papers müssen bis zum **1. September 2009** eingereicht werden. Die Papers werden den Tagungsteilnehmern im Vorfeld zugänglich gemacht.

Housing Assets, Housing People

International Housing Conference, ISA Research Committee on Housing and Built Environment (RC43), University of Glasgow, UK, September 1–4, 2009

The University of Glasgow's Department of Urban Studies is delighted to announce that it will host the 2009 ISA RC43 Housing conference.

The key theme of the conference is to engage with the current turbulence in the housing finance credit markets and ask what this means for housing outcomes, opportunities and policy-making at different spatial scales (the neighbourhood, city, nation and different international regions), both now and in the future. What does this mean for the role of housing within modern capitalist economies and societies? Does the sub-prime lending debacle and its repercussions imply that housing is now just another globalised commodity or does it in fact remain ineluctably local?

These and related questions will be addressed in plenary, panel and workshop sessions. Our goal is to provide a setting for inclusive, informed multidisciplinary and truly international academic exchange. The conference welcomes papers from all over the world and across the social sciences and will stream a series of thematic and disciplinary parallel sessions that will run throughout, as well as a doctoral session for research students.

Abstracts are welcome on theoretical, empirical and applied housing research but are particularly welcomed from a sociological or social

sciences perspective (broadly and not in any way exhaustive: geography, political science, public policy, social policy, economics, finance, management and business, planning, anthropological, real estate and behavioural science). Further themes that will feature on the conference include:

- International migration (European and other regional people flows)
- Housing finance, volatility and its repercussions
- Development and evolution of housing studies as a discipline or body of work
- Sociological versus financial perspectives on housing and property
- New development and environmental sustainability
- Citizenship, respect and civility in contemporary neighbourhoods
- Policy transfer across sub-national governments: housing policy, devolution and federalism
- Homelessness policies: exporting Scotland's comprehensive approach?
- Property rights, ownership and economic development
- Unstable housing markets and their role in the economy, polity and society

All delegates seeking to present a paper at the conference must submit an abstract (300 words max, title, authors and affiliations, contact person email and phone number, key words) and do so before **May 31, 2009**.

The conference will involve a mixture of plenary sessions (two), expert panel and parallel workshop sessions, a doctoral session and study visits as well as a social programme. There will be further regular announcements about the conference in months to come including a call for participation and papers in 2008. If you would like to learn more about the conference, the host Department or Glasgow, please navigate and explore the different links and options on the website: <http://www.gla.ac.uk/events/housing/> or contact the conference chair:

Professor Kenneth Gibb
University of Glasgow
Department of Urban Studies
E-Mail: k.gibb@lbss.gla.ac.uk

Tagungen

Free Inquiry at Risk: Universities in Dangerous Times

A *Social Research* Conference at The New School, New York, October 29–31, 2008

Rapid globalization, international collaborations, massification, corporate partnerships, increasing number of franchises, regime change, and other conditions of duress are reshaping universities around the world. What are the benefits and what are the risks to academic freedom and free inquiry as universities navigate these trends? This conference will look backward at the role of academic freedom and free inquiry in research universities and forward to what the future may have in store.

This conference will be part of our commemoration of the 75th anniversary of the University in Exile, which was created by Alvin Johnson, the first president of The New School, as a haven for the scholars he rescued from the horrors of Hitler. The University in Exile became the Graduate Faculty of The New School for Social Research and gave birth to our journal, *Social Research*.

Contributions (among others) by:

Ira Katznelson, Department of Political Science, Columbia University:
»Liberty and Fear: Reflections on The New School's Founding Moments (1919 and 1933)«

Akeel Bilgrami, Johnsonian Professor of Philosophy, Heyman Center for the Humanities, Columbia University: »Free Inquiry and the Evolution of the Research University«

Robert M. O'Neil, Thomas Jefferson Center for the Protection of Free Expression, University of Virginia School of Law: »How and Why Academic Freedom Became a Canonical Value«

Joan Wallach Scott, School of Social Science, Institute for Advanced Studies, Princeton, NJ: »Who Has Academic Freedom, Who Protects It and Why?«

Ahmed Bawa, Hunter College, City University of New York: »Academic Freedom and Emerging Research Universities in the Present«

Ellen W. Schrecker, Yeshiva University: »McCarthyism and Academic Freedom: A Past Threat to the Core Values of the University«

Itzhak Galnoor, Hebrew University of Jerusalem and

Khalil Shikaki, Palestinian Center for Policy and Survey Research; Bir Zeit University: »Academic Freedom under Political Duress: Israel and Palestine«

Craig Calhoun, Department of Sociology, New York University: »Structural Transformation of the Research University: Finance, Context, and Demography«

Arjun Appadurai, The New School for Social Research, New York: »The Offshore American University: Risk and Uncertainty in The Overseas Market«

For more information visit: www.socres.org/freeinquiry/agenda.htm

Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Vermachtung

Tagung des Zentrums für Medien und Interaktivität der Justus-Liebig-Universität Gießen, 24. und 25. Oktober 2008

Seit einer Konferenz im Herbst 2004 wird der Begriff »Web 2.0« verwendet, um neue Nutzungsmöglichkeiten des Internets zu beschreiben, die sich weniger durch grundlegend andere Techniken als vielmehr durch dezentrale Anwendungen auszeichnen, die den »user generated content« in den Mittelpunkt stellen. Jeder Nutzer des Netzes wird gleichzeitig als potentieller Produzent von Inhalten angesehen. Bekannte Beispiele sind weblogs, Wikis oder Tauschbörsen. Damit entfernt sich das weltweite Netz noch weiter von den klassischen Massenmedien als es ohnehin in seiner interaktiven technischen Struktur angelegt ist. Der Begriff »Web 2.0« ist aber unscharf und verdeckt, dass auch diese neuen Formen der Generierung und Verbreitung von Inhalten in soziale, ökonomische und

juristische Strukturen eingebunden sind, die dem Ideal der egalitären Teilhabe aller Nutzer Grenzen setzen. Diesen Grenzen und Konflikten will die Tagung in vier Panels nachgehen:

1. Netzverein vs. Ortsverein – Zur Zukunft politischer Partizipation
2. Marketing und Verbrauchervernetzung – kulturelle Spannungslinien?
3. Transformation des Urheberrechts durch das Internet
4. Persönlichkeitsentfaltung zwischen Eigenverantwortung, gesellschaftlicher Selbstregulierung und staatlicher Regulierung

Eine schriftliche Anmeldung ist erforderlich bei

Prof. Dr. Thomas Groß

Universität Gießen

Tel.: 0641/99 211 20

E-Mail: thomas.gross@recht.uni-giessen.de

Körper und Organisation

Tagung, FU Berlin, 9. und 10. November 2008

Der historisch enge Zusammenhang von Organisation und Körper erscheint in der modernen Gesellschaft aufgelöst. Er lebt nur noch semantisch in der Bezeichnung von Organisationen als (öffentlichen) Körperschaften fort. Dem entspricht, dass auch in den meisten soziologischen Organisationstheorien dem menschlichen Körper der Status einer ›absent presence‹ (Chris Shilling) zukommt. Die körperliche Existenz der Mitglieder von Organisationen bleibt unthematisiert und wird als gegeben betrachtet.

Ihre Bedeutung etwa für Kooperations- und Koordinationsprozesse in Organisationen wird selten untersucht und reflektiert. Fragen des Körperlichen werden beispielsweise in der Arbeitsorganisationsforschung lediglich im anwendungsorientierten Teilbereich der Ergonomie behandelt. Hier taucht der Körper als Erweiterung von Werkzeugen und Maschinen auf. Er tritt als maschinenähnliches Objekt auf, dessen Fähigkeiten von der technischen Arbeitsumwelt möglichst optimal ausgenutzt werden sollen.

Organisationen werden von ihren Mitgliedern aber stets auch körperlich mitproduziert. Die Körper der Mitglieder stehen den Organisationen dabei immer als sozial organisierte Körper, i. e. als Körper anderer Organisationen zur Verfügung. In dieser Perspektive rücken Fragen nach den »Andockstellen« von Organisationen am körperlichen Habitus ihrer Mitglieder ebenso in den Mittelpunkt wie Fragen der Adressierung von Geschlechtern, Sexualitäten und Alter. Darüber hinaus werden hier die performative Verfasstheit und die körperlichen Aufführungen von Organisationen ins Zentrum gerückt.

Von den körperlichen Praktiken des Organisierens her lassen sich viele Organisationsprozesse in Analogie zum Spiel neu verstehen: In Organisationen werden Abstimmungsprobleme und plötzlich auftauchende Störungen vom praktischen, verkörperten Spielsinn der Organisationsmitglieder bearbeitet. Auf diese Weise können wie in einem Mannschaftsspiel spontane, unwahrscheinliche Handlungskoordinationen entstehen, strategische Aufgabenteilungen erfunden und Synergien genutzt werden.

Diesen Perspektiven, Themen und Fragestellungen widmet sich die Tagung. Sie wird in Kooperation mit dem Teilprojekt »Die Aufführung der Gesellschaft in Spielen« (B6) des Sonderforschungsbereichs 447 »Kulturen des Performativen« an der Freien Universität Berlin als gemeinsame Jahrestagung der Sektion »Soziologie des Körpers und des Sports« und der Arbeitsgruppe »Organisationssoziologie« in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) ausgerichtet.

Kontakt/Organisation:

Dr. Robert Schmidt

FU Berlin, SFB »Kulturen des Performativen«

schmiro@zedat.fu-berlin.de

www.sfb-performativ.de

Youth and Youth Sociology in Europe

Midterm conference, Research Network »Youth & Generation« (RN30), European Sociological Association, Estonian Youth Institute, Estonia, January 8–11, 2009

Since the 1980s Europe has gone through tremendous social, ideological, political and cultural changes. The collapse of socialism and the dominance of neoliberal ideology in political discourse and practice have changed the political scenery. Neoliberal policies of governments of several European countries has worsened the living conditions of young people and lead to youth uprisings and protests e.g. in France.

Europe is an ageing continent, which urgently needs immigrants to maintain or to establish basic structures of welfare society. The need for increased immigration has coincided with growing concerns regarding internal security and the coherence of European societies. The EU as the major political and economical actor in Europe is trying at the same time to attract well-educated immigrants and to reduce the inflow of poorly educated immigrants. Managing diversity is, therefore, one of the most pressing challenges for all European societies. Targeted multiculturalism has been the main management strategy of diversity in Europe. This strategy has lead to different and consequently unequal treatment of minorities and caused an increase in tension between different ethnic, cultural and religious groups. Young members of ethnic majorities and minorities face ethnic diversity, they also might find solutions to ethnic conflicts in their everyday life encounters. Structural changes throughout Europe are hence changing the social conditions of young people. This conference provides a forum for European youth sociologists to discuss with their colleagues the most burning issues from the point of view of young people in Europe.

European sociology, including youth sociology, is also changing or at least it should change in order to be able to better understand Europe as a cultural, political and social entity the parts of which are interdependent. This conference will encourage discussion of the demands made by changing societies on youth sociology. Keynote speakers of the conference are

Claire Wallace, Professor of Sociology, University of Aberdeen, President of European Sociological Association: »Youth and European citizenship«

Gary Pollock, Department of Sociology, Manchester Metropolitan University: »Youth transitions and their family-household contexts«

Conference venue is Roosta, Holiday Village Estonia, 1,5 hours drive from Tallinn (<http://www.roosta.ee/?go=index&lang=eng>). The conference fee will be 300 € including meals, accommodation and bus from Tallinn to Roosta. If you have any questions concerning the programme of the conference, please contact Vesa Puuronen (vesa.puuronen@uku.fi). For practical arrangements, please contact Marti Taru, managing director of Estonian Youth Institute (marti@iiss.ee).

»Missbrauch« in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft: Realitäten, Fiktionen und gesellschaftliche Antworten

Tagung der Forschungskomitees »Soziale Probleme« und »Wirtschaftssoziologie« der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie (SGS) und die Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP), Universität Freiburg/CH, 15. und 16. Januar 2009

Seit geraumer Zeit werden die Schweiz und andere westliche Wohlstandsgesellschaften von unerwünschten Zeitgenossen heimgesucht: »Abzocker«, »Sozialschmarotzer« und andere unerwünschte Sozialfiguren (»Scheinasylanten«, »Scheininvaliden«, Sans Papiers etc.) breiten sich wenn schon häufig nicht nachweisbar in der sozialen Realität, so doch im medialen und politischen Diskurs zusehends aus. Der »Abzocker« vorzugsweise an der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide, der »Sozialschmarotzer« in den Niederungen, und selbst der Mittelstand steht unter Verdacht, unnötigerweise subventionierte Krippenplätze in Anspruch zu nehmen, Steuern zu hinterziehen und schwarzarbeitende Putzfrauen zu beschäftigen. »Missbrauch« von Sozialleistungen sowie Lug, Betrug und »Filz« zur Erlangung wirtschaftlicher Vorteile bewegen und polarisieren die Gemüter, weil sie in der Grauzone zwischen Illegalität und Illegitimität angesiedelt sind. In der aktuellen Missbrauchsdebatte kristallisieren grundlegende Fragen von zunehmender gesellschaftlicher Ungleichheit und Verteilungsgerechtigkeit, von Entsolidarisierung und Vertrauen. »Miss-

brauch« in ganz anderem Sinn, wie etwa der illegale Drogen- oder Medikamentenkonsum, Kinderarbeit oder sexuelle und andere Formen der Gewalt gegen Frauen, ist dadurch zwar in den Hintergrund gerückt. Neuerdings erhält aber vor allem auch der sexuelle Missbrauch in der Familie und/oder von Schutzbefohlenen (z.B. pädophile Lehrer und Priester) zunehmende mediale Aufmerksamkeit. Während im Falle von »Abzockern« und »Sozialschmarotzern« die Schädigung von Wirtschaft und Staat durch das »deviante« Individuum (als Täter) und entsprechende Gegenmaßnahmen zur Debatte stehen, geht es beim Missbrauch als Gewalt oder Ausbeutung um den Schutz des Individuums (als Opfer) durch den Staat.

Ob Realität oder Fiktion, »Missbrauch« in all seinen Spielarten eignet sich hervorragend als Objekt politischer Skandalisierung und moralischer Kreuzzüge, mittels derer Werte und Normen bekräftigt bzw. in Frage gestellt, aber auch politische, rechtliche und institutionelle Transformationen eingeleitet und legitimiert werden. Mit Rekurs auf »Missbrauch« müssen auf der einen Seite »Abzocker« mit verschärften Kontrollmechanismen (corporate governance, Steuerfahndung) und »Sozialschmarotzer« mit Leistungsabbau, gekoppelt mit der Ausweitung von Kontroll- und Zwangsmassnahmen im »aktivierenden Staat«, rechnen. Auf der anderen Seite hat die Frauenbewegung die Schaffung neuer sozialstaatlicher Angebote für Gewaltopfer erreicht. Gleichzeitig hat die feministische Missbrauchsdebatte aber auch die Grenzen zwischen »privat« und »öffentlich« verschoben: neue Gesetze und polizeiliche Einsatzstrategien ermöglichen massive staatliche Eingriffe in die Privatsphäre wie z.B. die Ausweisung der Täter aus der eigenen Wohnung. Die Ausdehnung staatlicher Zugriffsmöglichkeiten findet sich auch in anderen Bereichen: zwecks Aufdeckung von »Sozialhilfemissbrauch« soll der Datenschutz bei der Zusammenarbeit zwischen Behörden gelockert werden, im Rahmen der 5. IV-Revision wird das Arztgeheimnis aufgeweicht, gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter können lebenslanglich verwahrt werden. In Bezug auf die schweizerischen Topmanagerinnen und -manager fordert die 2007 eingereichte »Abzockerinitiative«, dass die Aktionärsversammlung die Spitzengehälter genehmigen muss, sowie ein Verbot gewisser Vergütungsformen (»goldene Fallschirme« etc.).

Der Missbrauchstopos bewegt ganz offensichtlich die Gemüter in Öffentlichkeit, Medien und Politik. Die Soziologie hat indes bis anhin erstaunlich wenige Analysen zu diesem Phänomen hervorgebracht. Die Ta-

gung will die Problematik von »Missbrauch« in ihren vielfältigen Facetten von illegitimem bis zu illegalem Verhalten in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft sowie staatlicher und gesellschaftlicher Reaktionen darauf beleuchten. Sie bietet Raum für Beiträge aus soziologischer, politologischer, juristischer und gendertheoretischer Perspektive. Im Mittelpunkt werden folgende Fragestellungen stehen:

- Unter welchen Umständen werden bestimmte Tatbestände als »Missbrauch« codiert und zum Fokus gesellschaftlicher, medialer und politischer Aufmerksamkeit? Und umgekehrt: weshalb werden andere Formen von Fehlverhalten (z.B. Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung oder Wirtschaftskriminalität) ignoriert und/oder häufig als »Kavaliersdelikte« codiert?
- Unter welchen Umständen transformiert sich moralisch anrühiges Verhalten in rechtlich sanktionierbare Kriminalität und *vice versa* (z.B. Steuerhinterziehung)?
- Nehmen die als »Missbrauch« codierten Tatbestände in den letzten Jahren zu? Lassen sich Unterschiede zwischen Ländern hinsichtlich der Belastung durch »Missbrauch« (z.B. Korruption) erkennen? Und welche Faktoren sind für die unterschiedliche Belastung verantwortlich (z.B. Sozialkapital)?
- Welche Akteure werden durch Missbrauch und Antimissbrauchskampagnen besonders belastet und welche Akteure führen zu welchen Zwecken moralische Kreuzzüge gegen gewisse Formen von »Missbrauch« und mit welchem Erfolg oder Misserfolg?
- Welche gesellschaftlichen und staatlichen Antworten rufen Missbräuche und Antimissbrauchskampagnen hervor?
- Inwiefern reflektieren aufflammende Missbrauchsdebatten fundamentale gesellschaftliche Strukturbrüche und neue Konfliktkonstellationen?

Organisation:

Jean-Michel Bonvin

Haute Ecole d'études sociales et pédagogiques, Lausanne

E-Mail: jmbonvin@eesp.ch

Chantal Magnin

Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt, Hochschule Luzern

E-Mail: chantal.magnin@sozioanalyse.ch

Eva Nadai

Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit, Olten

E-Mail: eva.nadai@fhnw.ch

Michael Nollert

Departement Sozialarbeit und Sozialpolitik, Universität Freiburg/CH

E-Mail: michael.nollert@unifr.ch

»Körperwissen«

Tagung der DGS-Sektionen Wissenssoziologie und Soziologie des Körpers und des Sports, Universität Koblenz-Landau, Campus Landau (Pfalz), 5. und 6. März 2009

Ob institutionell induzierte Gesundheitspolitiken, individualisierte Optimierung- und Transformationsprogramme des eigenen Körpers, experimentierende Selbstversorgung mit Medikamenten und Nahrungsergänzungen, Suche nach authentischen Körpererfahrungen, strategische Nutzung von Körperkapital, systematische Körperbeobachtung und -manipulation im Leistungs- und zunehmend auch im Breitensport, Internetblogs über gezieltes Alltagsdoping bis hin zur skandalträchtig-publikumswirksamen Erkundung von »Feuchtgebieten« – die seit einigen Jahrzehnten beobachtbare Renaissance des Körperlichen in den Gegenwartsgesellschaften lässt sich in mehrfacher Hinsicht mit dem Begriff des »Körperwissens« fassen. In einer ersten Annäherung kann darunter Folgendes verstanden werden:

- das aus der unmittelbaren Erfahrung des gelebten Lebens stammende, private und intime Wissen von Individuen über ihren eigenen Körper, seine Zustände und Prozesse;
- das in Sozialisationsprozessen und in der Lebenswelt des Alltags tradierte Wissen über Körperlichkeit und ihre Performanz einschließlich der darin verwickelten Normen bzw. normativen Folien und Normalisierungen (kulturelles Körperwissen z.B. über den Geschlechtskörper);
- das in gesellschaftlichen Gruppenöffentlichkeiten und öffentlichen Foren (etwa des Internets) sich entwickelnde Laienwissen über Körperprozesse;

- Körpertechniken, körperliche Routinen und Fertigkeiten des Handelns unterhalb und oberhalb der Schwelle reflexiver Zuwendung: Körperwissen als Bewegungswissen;
- die durch massenmediale (bspw. filmische) Repräsentationen, Kunst, Expertensysteme und Prozesse der Vermarktlichung gesellschaftlich verfügbaren und zirkulierenden Wissensbestände sowie die dadurch auf Dauer gestellte Reflexion über gelebte Körperlichkeit, deren soziale Normierung und individualisierte Erfahrung, Reproduktion, Gestaltung und Veränderung;
- das vor dem Hintergrund institutioneller Biopolitiken und Aufforderungen zur Selbstsorge sich diskursiv und dispositiv entfaltende Wissen über »wünschbare« Körperzustände und »methodische Körperführungen« (einschließlich des naturwissenschaftlich-medizinischen Wissens über Körper und ihre technische Gestaltbarkeit sowie das geistes-, kultur- und sozialwissenschaftliche Wissen über die sozialen Differenzierungen und Transformationen menschlicher Körperlichkeit).

Aus den genannten (und anderen) Elementen setzt sich das komplexe Gespinnst gesellschaftlicher Körperwissensverhältnisse, darin statthabender Wissenspraktiken und Wissenspolitiken zusammen. Innerhalb dieses Gegenstandshorizontes konzentriert sich die Tagung auf folgende Themenzuschnitte:

1. Theoretische Perspektiven und empirische Untersuchungen, die sich – etwa in den Feldern sexueller, geschlechtlicher oder sportlicher Körperlichkeit – auf die Verflechtungen oder »Kontaktstellen« von lebensweltlichem Körperwissen und entsprechendem Expertenwissen bzw. massenmedial vermittelten Wissensbeständen beziehen.
2. Theoretische Perspektiven und empirische Untersuchungen, die sich – etwa im Feld der körperbezogenen »Sorge um sich« und »methodischer Körperführung« – auf die entsprechenden Wissensprozesse, deren soziale Konstitution und deren Körperkontext beziehen.
3. Theoretische Perspektiven und empirische Untersuchungen, die sich mit gegenwärtigen wissensbasierten Entgrenzungs- und Transformationsprozessen des Körperlichen und neuen Formen seiner sozialen Thematisierung beschäftigen (bspw. neurochemische Veränderungen; Schönheitschirurgien; Weblogs über Körperperformanzen).

Organisation:

für die Sektion Wissenssoziologie

Prof. Dr. Reiner Keller

Universität Koblenz-Landau

E-Mail: keller@uni-landau.de

für die Sektion Soziologie des Körpers und des Sports

Prof. Dr. Michael Meuser,

TU Dortmund

E-Mail: mmeuser@fb12.uni-dortmund.de

Holger Lengfeld

Sociology goes public

Der Beitrag handelt von der Vermittlung von soziologischem Wissen an Laien, die außerhalb des Wissenschaftssystems stehen. Es wird in Form eines Erfahrungsberichts gezeigt, unter welchen beispielhaften Bedingungen und in welcher Form dies geschehen kann. Erstens wird die Einrichtung einer privat geförderten Stiftungsprofessur für Soziologie im Jahr 2006 an der FernUniversität in Hagen beschrieben. Die Professur hat die Unterrichtung des Laienpublikums als zusätzliche Dienstaufgabe. Zweitens wird das Konzept der »Coesfelder BürgerUniversität« vorgestellt, die soziologisches Wissen an Bürgerinnen und Bürger einer westfälischen Region vermittelt und die von der Stiftungsprofessur organisiert wird. Seit 2007 werden Vorlesungen und Seminare abgehalten. Der Beitrag stellt die Ziele, Themen und Formate der »Coesfelder BürgerUniversität« vor, es wird auf die eingesetzten Ressourcen und auf die Resonanz in der Öffentlichkeit eingegangen.

The article deals with the transfer of sociological knowledge to an audience standing outside the scientific system. It exemplifies under which conditions this might happen. First, a privately financed endowed chair for sociology is presented which has been established at the University of Hagen in 2006. In this context, teaching of »public sociology« was desired by the sponsor and therefore defined as a special task of the endowed chair. Second, this task was put into practice with the »Coesfelder BürgerUniversität« which was established in order to transfer scientific knowledge on societal problems to citizens of a local region in Westphalia/Germany and which is organized by the endowed chair. Since 2007, courses and lectures for this purpose are held. The article presents the objectives, themes, and formats of the »Coesfelder BürgerUniversität«, refers to the resources that are required to conduct the event, and shows in which way the public makes use of the offers.

Berthold Oelze

Soziologen als Unternehmensberater?

Die deutsche Soziologie hat den Trend zu Beratungsberufen längst als Herausforderung erkannt. Dieses Berufsfeld für Soziologen zu erschließen, ist jedoch nur teilweise gelungen. Das zeigt sich besonders dort, wo es um die selbständige Beratung von Unternehmen geht. Einseitige betriebspolitische Parteinahmen (für die Arbeitnehmer) stehen der Beratung von Unternehmern häufig noch entgegen. Auch Zweifel an der Wettbewerbsfähigkeit der Soziologie und Bedenken, bei der Anpassung an Standards der Marktwirtschaft und des Managements müsste spezifisch Soziologisches geopfert werden, verhindern die Entwicklung einer soziologischen Unternehmensberatung. Wo diese Bedenken sich als unnötig erweisen, wird

der Weg frei, die zahlreichen Stärken der Soziologie für eine neuartige Beratung von Führungskräften einzusetzen.

Sociology in Germany recognized the trend towards consultancy professions as a challenge long ago. However, it has only been possible to open up this field of activity for sociologists to a limited extent. This is especially true in the case of independent consultancy services for companies. Often, a one-sided approach to corporate policy, favouring the employees, still represents an obstacle to consultancy services for companies. Reservations concerning the competitiveness of sociology, and concerns that specifically sociological features could be sacrificed through adaptation to the standards of market economics and management prevent the development of sociological management consultancy. Where these concerns prove to be unfounded the way is open to deploying the many strengths of sociology in a new type of consultancy for managers.

Friedhelm Neidhardt

Das Forschungsrating des Wissenschaftsrats

Die deutsche Soziologie wurde vom Wissenschaftsrat in den beiden letzten Jahren mit einem Forschungsrating geprüft. Die existierenden Forschungseinrichtungen wurden fast vollständig erfasst und im Hinblick auf die Qualität von Forschung, Nachwuchsförderung und Wissenstransfer (Anwendung) bewertet. Im Beitrag werden die Probleme und die versuchten Problemlösungen bei der Datenerhebung, der Definition der Bewertungseinheiten, der Validierung von Indikatoren sowie der Urteilsfestlegung beschrieben. Es wird betont, dass die vorgelegten Ergebnisse kritischer Diskussionen im Fach und einer empirischen Kontrolle der Ratingfolgen bedürfen.

During the past two years German sociology has been evaluated by the Wissenschaftsrat (German Council of Science and Humanities). The evaluation covers almost all research institutes and judges them with respect to the quality of research, promotion of young researchers, and knowledge transfer. The article describes problems and solution approaches concerning data collection, definition of indicators, validation of indicators, and assessment. It is emphasized that the results presented need professional critique as well as a checkup of the empirical consequences of the rating.

Nina Baur, Richard Münch und Maurizio Bach
E-Mail-Debatte: Zukunft der Promotion

Der Bologna-Prozess und die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder haben Auswirkungen auf die strukturellen Bedingungen des Promovierens. Nina Baur, Richard Münch und Maurizio Bach diskutieren aus je unterschiedlicher Perspektive die Zukunft der Promotion und tauschen sich über die Implikationen dieser Entwicklungen für die Reproduktion der Soziologie als Fachdisziplin aus.

The Bologna Process and the Excellence Initiative of the German Federal Government and the state governments will have considerable impact on the structural conditions of doing a PhD in Germany. From different points of view Nina Baur, Richard Münch and Maurizio Bach discuss the future of earning a doctorate as well as the implications that these developments may have for sociology as a scientific field.

Wir bitten Sie, bei der Fertigstellung Ihres Manuskriptes folgende Hinweise zur Textgestaltung zu berücksichtigen:

Bitte verwenden Sie die neue deutsche Rechtschreibung, verzichten Sie möglichst auf Abkürzungen und formulieren Sie Ihren Beitrag in einer geschlechtergerechten Sprache.

Fußnoten nur für inhaltliche Kommentare, nicht für bibliographische Angaben benutzen.

Literaturhinweise im Text durch Nennung des Autorennamens, des Erscheinungsjahres und ggf. der Seitenzahl in Klammern. Zum Beispiel: (König 1962: 17). Bei *zwei Autor/innen* beide Namen angeben und durch Komma trennen, bei *drei und mehr Autor/innen* nach dem ersten Namen »et al.« hinzufügen.

Mehrere Titel pro Autor/in und Erscheinungsjahr durch Hinzufügung von a, b, c ... kenntlich machen: (König 1962a, 1962b).

Bei *wiederholter Zitierung* ein und derselben Quelle Literaturhinweis wiederholen, nicht Abkürzungen wie »a.a.O.« oder »ebda.« benutzen.

Mehrere aufeinander folgende Literaturhinweise durch Semikolon trennen: (König 1962: 64; Berger, Luckmann 1974: 137)

Auf die Angabe von *online-Quellen* im Text sollte nach Möglichkeit verzichtet werden. Ist dies unvermeidlich, bitte URL mit Datum des Aufrufs angeben: (<http://www.sueddeutsche.de/wissen/artikel/625/56569>, 23. Juni 2007)

Literaturliste am Schluss des Manuskriptes: Alle zitierten Titel alphabetisch nach Autorennamen und je Autor/in nach Erscheinungsjahr (aufsteigend) geordnet in einem gesonderten Anhang aufführen. Hier bei mehreren Autor/innen alle namentlich, durch Kommata getrennt, nennen. Verlagsort und Verlag angeben.

Bücher: Luhmann, N. 1984: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Zeitschriftenbeiträge: Müller-Benedict, V. 2003: Modellierung in der Soziologie – heutige Fragestellungen und Perspektiven. Soziologie, 32. Jg., Heft 1, 21–36.

Beiträge aus Sammelbänden: Lehn, D. von, Heath, Ch. 2003: Das Museum als Lern- und Erlebnisraum. In J. Allmendinger (Hg.), Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich, 902–914.

Online-Quellen: Berger, R., Hammer, R. 2007: Links oder rechts; das ist hier die Frage. Eine spieltheoretische Analyse von Elfmeterschüssen mit Bundesligadaten. Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie der Universität Leipzig Nr. 47, http://www2.uni-leipzig.de/~sozio/content/site/a_berichte/47.pdf (letzter Aufruf 23. Juni 2007).

Fügen Sie Ihrem Manuskript bitte **deutsche und englische Zusammenfassungen von maximal je 15 Zeilen**, sowie **Name, Titel und Korrespondenzadresse** bei. Speichern Sie Ihren Text bitte im Format Ihres Schreibprogramms und als rtf-file (Rich Text Format) und schicken Sie die Dateien **per E-Mail oder Diskette** an die Redaktion der Soziologie.